Guido Reil rechnet mit der SPD ab, S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 28 – 14. Juli 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Hamburg, nicht Mossul oder Beirut: Feuerwehreinsatz im Stadtteil Altona nach den Krawallen

Bild: Imago

Die tödliche Krankheit

Wenn Gewalt zur Alltagserfahrung wird, steht das Leben aller auf dem Spiel

IS-Terroristen, Raubmörder und Linksextreme mögen wenig miteinander zu tun haben. Ihre Wirkung auf unser Zusammenleben aber ist gleichermaßen zerstörerisch.

Von einer tödlichen Krankheit ist hier die Rede. Geschwürartig breitet sie sich aus. Immer neue Teile des Körpers sind betroffen. Explosionsartig bricht sie hervor. Die Krankheit heißt Gewalt. Unsere Gesellschaft scheint großflächig infiziert. Vergangene Woche wütete sie in Hamburg. Linksextreme Terroristen nahmen den G 20-Gipfel zum Anlass, die Stadt in eine Bürgerkriegs-Zone zu verwandeln. Knapp 500 Polizisten wurden zum Teil schwer verletzt. Es gab Plünderungen, Brände und andere Gewaltexzesse. Schwarze Rauchsäulen hingen über der Stadt.

Das aber ist nur eine Ansicht der Gewalt. Die Krankheit hat verschiedene Gesichter. Der IS-Terrorist, der einen Lkw in eine Menschenmenge steuert oder mit dem Messer ein Blutbad anrichtet, gehört ebenso dazu wie der Vergewaltiger und Raubmörder, der als Einzeltäter Unheil bringt.

Es sei ein Irrtum zu glauben, Gewalt sei ein Merkmal vormoderner Gesellschaften. Sie würde in der zivilisierten Welt verschwinden „wie der Geisterglaube oder das Telefon mit Wählscheibe“, stellt die Soziologin Teresa Koloma Beck, Professorin an der Universität der Bundeswehr München, fest. Die Fähigkeit des Menschen zur Gewalt und seine gleichzeitige Verletzlichkeit durch Gewalt seien Teil der conditio humana, der menschlichen Natur, erläutert sie. In einer modernen Gesellschaft stiftet der Staat allerdings Ordnung, indem er die Gewalt für sich beansprucht. Versagt er dabei, ist das Chaos nur einen Wurf mit dem Molotowcocktail entfernt.

> Der Staat versagt gefährlich oft in dieser Zeit

Der Staat versagt gefährlich oft in dieser Zeit. Um beim Bild der Krankheit zu bleiben: Das schützende Immunsystem scheint sich dem Totalversagen zu nähern. Gewöhnliche Kriminelle sickern als Asylbewerber über ungeschützte Landesgrenzen ein. Gleiches tun die Terroristen des IS. Andere Islam-Fanatiker sind Eigengewächse, die sich hierzulande in den Blutrausch beten. Der Staat lässt sie gewähren.

Linke Extremisten werden staatlicherseits nicht nur geduldet, sondern auch finanziert. Die Radikalen-Hochburg Rote Flora, die bei den G 20-Krawallen offensichtlich als eine Art Kommandozentrale diente, ist über die Lawaetz-Stiftung im Besitz der Stadt Hamburg.

Egal von welcher Seite die Gewalt kommt, sie bleibt nicht folgenlos, wenn sie zur Alltagserfahrung wird. Für die Unzufriedenen wird das Faustrecht zur Handlungsmaxime. Schaudernd beschreibt eine Hamburger Journalistin ihre Eindrücke der Krawalle: „Am Straßenrand stehen Bürger, die das augenscheinlich cool finden und zu feixen scheinen, dass die ‚Bullen‘ mal richtig auf die Mütze kriegen.“

Manche sagen, die Gleichgültigkeit der Politiker gegenüber dieser Entwicklung liege daran, dass sie sich dem Volk entfremdet hätten. Das haben sie sicherlich nicht, dafür können sie ihre Wähler viel zu gut manipulieren. Vielleicht sind auch sie längst mit dem Krankheitsvirus infiziert. *Frank Horns*

Jan Heitmann:

Kontrollverlust

Die Irrsinnsidee, den G 20-Gipfel mitten in Hamburg stattfinden zu lassen, stammt bekanntlich von Angela Merkel. Daran, was das für die Stadt bedeutet, hat sie vermutlich keinen einzigen Gedanken verschwendet. Man weiß ja, dass sie sich für die Folgen ihrer fatalen Entscheidungen grundsätzlich nicht interessiert. Einer aber hätte sie hier in die Schranken weisen müssen: Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz. Dass ihn seine Sicherheitsexperten nicht unmissverständlich darüber informiert haben, was da unausweichlich auf die fast zwei Millionen Hamburger zukommen würde, ist unwahrscheinlich. Aber ignorant und arrogant, wie es nun einmal die Art von „König Olaf“ ist, hat er das in den Wind geschlagen, um sich auch einmal im Licht internationaler Staatsgäste sonnen zu können. Wer aber Staatsgäste zu sich einlädt, hat nicht allein die Verpflichtung, für deren Sicherheit zu sorgen, sondern auch für die der Bewohner. Und er hat bei allen Sicherheitsvorkehrungen die Funktionsfähigkeit der Stadt zu gewährleisten.

Dabei hat der Staat auf ganzer Linie versagt. Schon lange, bevor der erste Staatsgast im Anflug, der erste Demonstrant auf der Straße war, hatte die Staatsmacht die Millionenstadt – teilweise sogar rechtswidrig – unter Kuratel gestellt und lahmgelegt. Sie hat auf maximale Kontrollmaßnahmen gesetzt und dann doch die Kontrolle verloren. Der Polizei darf man das alles nur bedingt vorwerfen. Sie hat von der Politik einen unerfüllbaren Auftrag erhalten und versucht, ihn so gut es geht zu erfüllen. Dabei hat sie vieles falsch gemacht. Schuld tragen einzig und allein Merkel und Scholz. Sie haben die Stadt für ihre eigenen Interessen geopfert.

Rechtsextreme, Reichsbürger und Hacker im Osten

Verfassungsbericht für 2016 vorgestellt – Laut de Maizière und Maaßen kommt die größte Gefahr für die Bundesrepublik von rechts

Am vorletzten Dienstag haben Bundesinnenminister Thomas de Maizière und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, den Verfassungsschutzbericht für 2016 vorgestellt. Dabei mussten sie eingestehen, dass drei der fünf islamischen Anschläge des Vorjahres „von Asylsuchenden verübt wurden“. Der Bericht lässt aber offen, wie viele Muslime, die als „Flüchtlinge“ nach Deutschland kamen, den „ungläubigen“ Deutschen noch nach dem Leben trachten. Denn die 680 konkret bekannten sogenannten Gefährder und die 24 400 vermuteten radikalen Moslems bilden definitiv nur die Spitze eines gigantischen Eisbergs. Schließlich vermag der Verfassungsschutz nicht einmal ansatzweise zu sagen, in welcher Größenordnung Taliban-Kämpfer sowie Mitglieder der Terrororganisationen Islamischer Staat, al-Kaida, al-Shabaab und Boko Haram seit der Merkelschen Entscheidung zur Grenzöffnung in die Bundesrepublik eingesickert sind. Deshalb floss deren Zahl am Ende in keine Schätzung ein, wie die Tabelle zum „Personenpotenzial islamistischer Terrorismus/Islamismus“ zeigt.

> Abwiegeln beim Linksextremismus

Und auch an anderen Stellen des Berichtes fehlen belastbare Angaben. So zum Beispiel, wenn es um angebliche russische oder chinesische Cyber-Attacken geht, durch die „unbemerkt Informationen abfließen“ und das Risiko einer „Beeinflussung der Bundestagswahl“ im September bestehe. Gleichermaßen schwammig sind sämtliche Ausführungen über die Aktivitäten der „Nachrichtendienste sonstiger Staaten“, allen voran der USA, Frankreichs und Großbritanniens. Das wirft natürlich die Frage auf, wofür das Bundesamt für Verfassungsschutz eigentlich 350 Millionen Euro pro Jahr erhält, wenn es beispielsweise die Aktivitäten der NSA in Deutschland lediglich anhand einiger Enthüllungen bei Wikileaks zu rekonstruieren vermag.

Andererseits hatte Maaßens Behörde aber ein überaus waches Auge auf die Reichsbürger-Szene, die nun plötzlich fast 13 000 Mitglieder haben soll, nachdem die Innenministerien der Länder noch im Oktober 2016 von 1100 Reichsbürgern ausgingen. Zudem überschlägt sich in diesem Bereich der Verfassungsschutzbericht geradezu mit Warnungen vor der „staatsfeindlichen Bewegung, deren Gefährdungspotenzial sichtlich gestiegen ist“.

> Plötzlich gibt es 13 000 Reichsbürger

Ansonsten stechen natürlich wie immer die Passagen über den Links- und Rechtsextremismus ins Auge. Auf der Seite des Letzteren identifizierte man 12 100 gewaltorientierte Personen – ein Plus von 2,5 Prozent –, die für 1600 entsprechende Delikte verantwortlich gewesen seien und damit 192 mehr als 2015. Dahingegen ging die Zahl der erfassten linksextremen Gewalttaten von 1608 auf 1201 zurück. Das findet dann auch gebührende Würdigung. Dabei ist ein anderer Umstand mindestens ebenso hervorhebenswert: Während 2015 noch 7700 gewaltbereite Linksextremisten ihr Unwesen trieben, zählte der Verfassungsschutz im Jahr darauf dann schon 8500 dieser Leute. Also gab es hier einen Zuwachs von mehr als zehn Prozent.

Damit kann das Fazit zu dem vorgestellten Bericht nur lauten: Im Falle des Linksextremismus und des islamischen Terrorismus sowie der Spionage durch die sogenannten Freunde im Bündnis dominiert das mehr oder weniger subtile Abwiegeln, während die Gefahren, die von Rechtsextremen, Reichsbürgern und Hackern im Osten ausgehen sollen, mit deutlich größerer Eindringlichkeit behandelt werden.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Genital-Verstümmelung

London – Mehr als 5000 Fälle von Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen registrierte die englische Gesundheitsbehörde im vergangenen Jahr. Etwa ein Drittel der Betroffenen stammt aus Somalia. Die Beschneidung von Klitoris und Schamlippen ist in weiten Teilen Afrikas Praxis und breitet sich im Zuge der Masseneinwanderung zunehmend in Europa aus. Obwohl sie seit 1985 in Großbritannien verboten ist, wurde noch nie ein Fall vor Gericht gebracht. Die englische Ukip-Partei fordert angesichts der Entwicklung eine jährliche medizinische Untersuchung für Mädchen, die zur Risikogruppe gehören. In Frankreich wird es bereits praktiziert. *FH*

Atomwaffen-Gerücht

New York – Denkt Deutschland über die Teilhabe an Atomwaffen nach? Diese Frage beschäftigt gerade Militärexperten in den Vereinigten Staaten. Auslöser ist unter anderem ein Artikel in der „New York Times", der wiederum aus einem Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zitiert. In der Kurzstudie heißt es: „Die derzeitigen völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands beschränken sich auf das Verbot eines Erwerbs von eigenen Atomwaffen. Die ‚nukleare Teilhabe' verstößt ebenso wenig gegen den Nichtverbreitungsvertrag wie die Ko-Finanzierung eines ausländischen (zum Beispiel französischen oder britischen) Nuklearwaffenpotenzials. Eine solche Finanzierung ließe sich zwar nicht aus dem EU-Haushalt, wohl aber aus dem deutschen Verteidigungshaushalt bestreiten und auf der Grundlage einer bilateralen völkerrechtlichen Vereinbarung rechtlich ausgestalten." Nicht zitiert wird allerdings die Aussage, dass Deutschland wenig davon hätte, da französische und britische Atomwaffen immer schon als Teil einer europäischen Abschreckungsstrategie verstanden wurden. *FH*

Deutsche in der Minderheit

Frankfurt – Erstmals leben in einer deutschen Großstadt mehr Menschen mit Immigrationshintergrund als ohne. Das geht aus dem „Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring" hervor, das die Stadträtin und Integrationsbeauftragte Sylvia Weber jüngst vorlegte. Danach haben 51,2 Prozent der Frankfurter ausländische Wurzeln. Einen ausländischen Pass besitzen 28,6 Prozent. Hauptherkunftsländer der Einwanderer sind die Türkei (12,9 Prozent), Kroatien (7,3 Prozent) und Italien (7,2 Prozent). Brennstoff birgt unter anderem die Erkenntniss, dass fast die Hälfte der Haushalte von Einwanderern an der Armutsgrenze von weniger als 1300 Euro Nettoeinkommen liegt. Die Integrationsbeauftragte Weber zeigte sich trotzdem begeistert: „Wir sind eine Stadt ohne Mehrheit." Frankfurt bestehe jetzt aus „mehr oder weniger großen Minderheiten". Die Minderheit der ethnischen Deutschen dürfte in Zukunft rasch noch weiter ins Hintertreffen geraten: Bei den Kindern unter sechs Jahren haben etwa 75 Prozent einen Immigrationshintergrund. *FH*

»Verblendete Realitätsverweigerer«

Vom SPD-Parteisoldaten zum AfDler – Guido Reil rechnet im *PAZ*-Interview mit der Sozialdemokratie ab

Guido Reil (47) kann auf eine klassische SPD-Karriere zurückblicken. Er war 26 Jahre Parteimitglied im Ruhrgebiet, der sogenannten Herzkammer der deutschen Sozialdemokratie. Geradezu typisch auch sein beruflicher Werdegang: Er absolvierte eine Ausbildung im Bergbau, war dort Steiger und fungiert als Gewerkschafter. In der Kommunalpolitik war er als Bezirksvertreter tätig. Außerdem ist er Ratsherr in seiner Heimatstadt Essen. 2016 verließ Reil demonstrativ die SPD und wurde wenige Monate später Mitglied der Alternative für Deutschland (AfD), die er auf dem Weg zur Volkspartei sieht. Über Motive und Hintergünde seines politischen Weges sprach Bernd Kallina in Essen mit Guido Reil.



Bergmann, Gewerkschafter und überzeugter AfDler: Guido Reil vor einer Zeche in Bottrop Bild: pa

PAZ: *„Mehr SPD ging nicht", sagen Sie im Rückblick auf Ihre jahrzehntelange Mitgliedschaft in der ältesten deutschen Partei. Trotzdem haben Sie die Sozialdemokratie vergangenes Jahr plötzlich verlassen. Das muss schwerwiegende Gründe gehabt haben. Welche?*

Guido Reil: Es gab mehrere Gründe. In erster Linie hing das mit einer anhaltenden Realitätsverweigerung des heutigen Establishments der SPD zusammen. Das Hauptproblem bei diesen Berufspolitikern besteht darin, dass sie mit dem wahren Leben der kleinen und lohnabhängigen Menschen, mit den Arbeitern und Angestellten, also mit denjenigen, deren Interessen sie eigentlich vertreten sollten, nichts mehr zu tun haben.

PAZ: *Wie erklären Sie sich diese Distanz?*

Reil: Sie kennen das ganze Leben der Menschen an der Basis zu wenig, wenn überhaupt! Diese Realitätsverweigerer, wie ich sie bezeichne, sind hier in erster Linie Akademiker, die über mehrere Semester – meist im sozialwissenschaftlichen Bereich – Theoriearbeit geleistet haben. Nichts gegen Theoriearbeit. Nur hat sie bei vielen zu einer unglaublichen Distanz zum wirklichen Leben der einfachen Leute geführt, oftmals gepaart mit linksideologischer Utopiegläubigkeit, die nicht weiterführt, sondern konkrete Problemlösungen erschwert! In aller Regel ist dieser Personenkreis schon sehr jung in die Parteiarbeit eingestiegen, hat sich hochgedient und gleichzeitig Kadavergehorsam gelernt. Denn wer querschießt, auch mit besten Argumenten, kann seine Parteikarriere frühzeitig begraben. Die SPD steht mit diesem Missstand allerdings nicht alleine, unsere alten Parteien sind allesamt streng und straff durchorganisiert. Wer da aufmuckt, muss eine Hausmacht haben, und die hatte ich, weil ich wusste, die Leute stehen hinter mir.

PAZ: *Wann kam es dann zum eigentlichen Bruch? War es die Asylkrise?*

Reil: Zunächst war es die Tatsache, dass ich seit 2005 den grundsätzlichen Kurs der SPD nicht mehr verstanden habe. Meine Parteifreunde hatten eigentlich nur noch Interesse am Verbleib in der Regierungskoalition. Dann hatten wir einen massiven Zuzug von Migranten aus Rumänien und Bulgarien seit 2010 und ein paar Jahre später die alles übertreffende Flüchtlingskrise seit September 2015. Sie erwies sich gewissermaßen als Speerspitze einer strategischen Fehlentwicklung, die im Land und in den Kommunen massiv ankam und das Fass zum Überlaufen brachte. Ich sage ganz klar: Der überwiegende Teil dieser Menschen war keine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Ich meine nicht nur Kriminelle, sondern auch Zuwanderer, die sich durch Schwarzarbeit ernähren und dabei gnadenlos ausgebeutet werden. Hinzu kommt eine Vielzahl von Migranten, die sich überhaupt nicht integrieren wollen und ganz bewusst zur Entstehung von konfliktträchtigen Parallelgesellschaften in unserem Land beitragen. Offenkundig ist auch, dass große Bereiche von schwerster Kriminalität Migranten aus dem Balkan zuzurechnen sind. Da wird zum Beispiel Kindergeld von Kindern aus dem Ausland bezogen, die es gar nicht gibt, und viele andere Gesetzwidrigkeiten, die von unseren Parteivertretern, allen voran der SPD, in den Parlamenten schlicht und einfach hingenommen werden. Das macht den eigentlichen Skandal aus.

> »Als Rassist und angeblicher Fremdenfeind wurde ich gebrandmarkt, als ›Nazi-Sozi‹ an den Pranger gestellt«

PAZ: *An welche anderen Gesetzwidrigkeiten denken Sie dabei?*

Reil: Ich denke an Menschen aus dem Libanon, die ohne Pässe schon vor Jahrzehnten zu uns kamen und noch heute enorme Schwierigkeiten bereiten. Wir haben es dabei auch mit organisierter Kriminalität schwerster Art zu tun, vor allem in Berlin, Hamburg und Essen. Ich habe dies als ehrenamtlicher Richter in Essen hautnah miterlebt. Da gibt es zum Beispiel Libanesen, die gleich viermal nach arabischem Recht verheiratet sind und für vier Familien Sozialhilfe auf unsere Steuerkosten kassieren. All das passiert ohne wirksame Gegenmaßnahmen!

PAZ: *Aber das müssten Ihre damaligen sozialdemokratischen Parteifreunde doch auch registriert haben?*

Reil: Eben nicht! Ich hatte nie das Gefühl, dass sie die himmelschreiende Problematik ernsthaft interessiert hätte. Es war vielmehr so, dass ich, der die unhaltbaren Zustände immer wieder aufgriff, dafür massiv beschimpft wurde, auch vom Integrationsrat der Stadt Essen. Ich wurde als Rassist und angeblicher Fremdenfeind gebrandmarkt und als „Nazi-Sozi" an den Pranger gestellt. Oder, das war dann die andere Flucht-Variante vor Verantwortung, mir wurde beschwichtigend entgegengehalten, dass es sich doch nur um marginale Einzelfälle handle, die man nicht überbewerten dürfte.

PAZ: *Wie erklären Sie sich diese Ablenkungs- und Verdrängungssymptome?*

Reil: Das heutige SPD-Parteiestablishment will die ganze Misere aus ideologischen Gründen nicht wahrhaben. Multi-Kulti muss aus dessen Sicht immer eine Bereicherung sein. Abweichungen vom Idealbild werden nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen. Dabei handelt es sich aber um eine ideologisch bedingte Wahrnehmungsstörung mit staatspolitisch gemeingefährlichen Auswirkungen für unser Land.

PAZ: *Welche Lösung schlagen Sie vor?*

Reil: Die Lage ist durch jahrelange Fehlentwicklung leider sehr verfahren, und eine Ideallösung habe ich auch nicht parat, aber es gibt eine ganze Menge Lösungsansätze. Fangen wir bei der Flüchtlingsproblematik an, dem entscheidenden Punkt, bei dem bei mir das Fass zum SPD-Austritt endgültig übergelaufen ist. Wichtig ist: Man muss die Probleme offen ansprechen, das ist der allererste Schritt. Ich habe die Bilder vor den Bahnhöfen doch gesehen, mit den Tausenden von jungen Männern – und nachdem ich weiß, wo diese Menschen landen, nämlich bei uns, wo die ungelösten Probleme schon übergroß sind und durch weiteren Zuzug noch verschärft werden. Dem Ruhrgebiet und insbesondere dem Essener Norden geben diese nicht zu bewältigenden Menschenmassen endgültig den Rest! Das musste ich doch massiv thematisieren, auch gegen Widerstände. Deswegen hatte ich ja im Herbst 2015 zu Demonstrationen vor Ort aufgerufen, die dann von oben, das heißt von der damaligen NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft SPD-intern verboten wurden.

PAZ: *Nicht nur Frau Kraft, vor allem die Jungsozialisten hatten Sie schon frühzeitig auf dem Kieker und deckten Sie mit Nazi-Vorwürfen ein. Herr Reil, meinten sie das wirklich ernst oder waren das nur Totschlag-Argumente gegen einen parteiinternen Gegner?*

Reil: Ich habe mir diese Frage zu Beginn der jahrelangen Auseinandersetzungen auch oft gestellt und muss heute leider sagen: Ja, eine deutliche Mehrheit dieser Jusos sind tatsächlich so verblendet. Die glauben das wirklich! Die sehen in jedem, der für Zuzugsbegrenzungen von Migranten eintritt, einen Nazi! Deswegen sind sie auch so aggressiv. Man kann mit denen gar nicht vernünftig reden. Ich habe mehrfach versucht, mit ihnen zu einem fairen Dialog zu kommen. Das ging nicht. Die bekommen sofort Schaum vor dem Mund und fangen an zu schreien. Ein rationaler Dialog mündiger Bürger, immerhin das Erziehungsziel der Bundesrepublik Deutschland in Abgrenzung zur NS- und SED-Diktatur, ist mit diesen Leuten, so wie ich sie kennenlernte, nicht möglich. Aber ich muss noch ergänzen: Mit der Faschismuskeule fuchtelten nicht nur die jungen, unerfahrenen Jusos wild herum, auch einige etablierte Sozialdemokraten schlossen sich dieser Totschlagsgebärde an.

> »Ich habe die Szialdemokratie mit der Muttermilch aufgenommen, SPD-Genossen von altem Schrott und Korn kennengelernt«

PAZ: *Nun gab es in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine ganze Reihe von anerkannten, ja berühmten Sozialdemokraten, die vor grenzenloser Zuwanderung nach Deutschland und Europa warnten. Otto Schily hielt schon 1998 die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung für überschritten. Nicht zuletzt Helmut Schmidt sprach im Interview mit der „Frankfurter Rundschau" angesichts massiver Migration von der ernsten Gefahr einer, so wörtlich, „Entartung der Gesellschaft". Warum sind diese klaren Worte staatsmännischer Verantwortungsethik in der heutigen SPD keine handlungsleitenden Vorbilder mehr?*

Reil: Weil die, die jetzt und in den vergangenen Jahren in der Verantwortung standen, in keiner Weise mehr in der traditionellen Sozialdemokratie verwurzelt sind. Ich habe die Sozialdemokratie sozusagen noch mit der Muttermilch aufgenommen und habe SPD-Genossen und Gewerkschaftssekretäre von altem Schrot und Korn kennengelernt. die waren ganz nah am Volk. Auch Herbert Wehner hat schon in den 80er Jahren eindringlich vor einer übertriebenen Multikulturalisierung gewarnt. Helmut Schmidt, Sie erwähnten ihn, ist und bleibt für mich der größte Sozialdemokrat der Bundesrepublik, nicht nur wegen seiner realistischen Einschätzung in der Zuwanderungsfrage. Doch das will man heute in der SPD nicht mehr wahrhaben und erleidet dadurch Schiffbruch.

PAZ: *Nach Ihrem SPD-Austritt und vor allem durch Ihren Wechsel zur Alternative für Deutschland, AfD, mussten Sie viele Ausgrenzungen und Schikanen hinnehmen. Welche waren besonders belastend?*

Reil: Ja, die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern, vor allem im ausufernden „Kampf gegen Rechts", haben an Härte und Brutalität enorm zugenommen. Konkret: Mein Haus wurde beschmiert, das Auto meiner Frau völlig zerstört. Rein materiell ein Gesamtschaden in Höhe von 14 000 Euro.

PAZ: *Das sind ja ähnliche Vorkommnisse wie in Rheinland-Pfalz beim dortigen AfD-Landesvorsitzenden Uwe Junge, oder?*

Reil: Bei meinem Parteifreund Junge war die Gewaltanwendung noch schlimmer. Bei ihm drangen Extremisten ins Haus ein und verwüsteten es. Außerdem haben sie ihn auch tätlich angegriffen. Das ist schon eine Nummer krasser als bei mir – vorläufig. Aber: Hätte ich nicht Personenschutz in letzter Zeit gehabt und wären bei meinen Auftritten nicht ständig Polizisten dabei, ich befürchte, dass ich manche Konfrontation nicht heil überstanden hätte, so zum Beispiel bei der traditionellen Maikundgebung in diesem Jahr. Eine Hundertschaft Polizei musste einschreiten, sonst hätten mich fanatisierte Gegendemonstranten sicherlich gelyncht. Das ist jetzt keine Übertreibung, Video-Aufzeichnungen belegen die erschreckenden Szenen eindeutig! Und ich muss gestehen: Als ich hautnah in die Augen dieser aufgeputschten und hasserfüllten Menschen gesehen habe, stieg in mir Angst auf, obwohl ich bestimmt kein Weichei bin! Es ist mir unheimlich, was sich da zum schlechten Stil der politischen Auseinandersetzung leider entwickelt hat.

PAZ: *„Was mir auf der Seele brennt!" heißt der Untertitel Ihres im April erschienen Buches „Wahrheit statt Ideologie". Was liegt Ihnen beim Blick in die Zukunft besonders auf der Seele?*

Reil: Mein Hauptziel ist die Ent-Dämonisierung der AfD. Der einzige Grund, warum die AfD noch nicht die Stimmenanteile hat, die sie eigentlich haben müsste, ist eine geschlossene, sogenannte Volksfront gegen sie. Fast alle gesellschaftlich relevanten Gruppen agitieren gegen diese junge und aufstrebende Partei: Kirchen, Parteien, mit Steuergeldern finanzierte Anti-Rechts-Gruppen und ein Großteil unserer Leitmedien. Uns wird dabei immer unterstellt, wir hätten Vorurteile. Aber ich frage Sie: Warum wählen die Leute genau dort, wo sie den Migranten besonders ortsnah verbunden sind, in den sogenannten Mulitikulti-Zonen, warum wählen diese Bürgerinnen und Bürger verstärkt die AfD? Da frage ich mich doch, wer hat denn hier nachvollziehbare Vorurteile? Die hat doch der, der von etwas spricht, wovon er keine Ahnung hat.

»Unseriös und ungenau«

Wenigstens der zweite Teil der Kritik von Martin Schulz am CDU/CSU-Wahlprogramm ist berechtigt

Die Umfragewerte für die Union sind hervorragend, die Zustimmung zur Kanzlerin mittlerweile wieder so groß wie vor der Einwanderungswelle. Überall dort, wo es Konfliktpotenzial hätte geben können, haben CDU und CSU in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm Festlegungen vermieden. So bleibt das Programm auch beim Thema Zuwanderung vage. Mitten in den Wahlkampfauftakt platzte jedoch ein Fehltritt von Generalsekretär Peter Tauber.

Der seit 2013 amtierende Generalsekretär der CDU hatte sich via Kurzmitteilungsdienst Twitter zum Thema Arbeitsmarkt geäußert und einem Kritiker erwidert: „Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs.“ Die öffentliche Aufregung folgte sofort. Politiker der Opposition warfen dem CDU-General Instinktlosigkeit und Arroganz vor. Die „Bild“-Zeitung mutmaßte gar, Angela Merkel könnte Tauber nun fallen lassen. Doch die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende tat das, was sie gerne tut. Sie tauchte ab und äußerte sich nicht zur Einlassung ihres engen Mitarbeiters. Tauber selbst versuchte einen Tag später, via Pressemitteilung die Wogen zu glätten, und wies daraufhin, dass er nur die Wichtigkeit einer guten Ausbildung habe unterstreichen wollen.

Der Fauxpas des CDU-Politikers fällt in eine Zeit, in der die Union gemäß der jüngsten Meinungsumfragen wieder im Bereich der 40-Prozent-Marke liegt, die sie zuletzt vor der großen Einwanderungskrise im Herbst 2015 erreichte. Und so konnten Merkel und der CSU-Chef Horst Seehofer bei der Vorstellung des gemeinsamen Wahlprogramms die Dissonanzen bewusst kleinreden. „Einen wirklichen Trennungsgedanken gab es nie. Die Zusammenarbeit ist wirklich hervorragend“, sagte Seehofer einer bass erstaunten Journalistenschar. Zwar sind die Meinungsverschiedenheiten um eine Asylsucherobergrenze immer noch nicht ausgeräumt, aber „ein großes Streitthema“ sei das nicht.

Das hatte sich vor einigen Monat noch ganz anders angehört. Seehofer warf Merkel damals vor, mit ihrer Öffnung der deutschen Grenzen eine „Herrschaft des Unrechts“ befördert zu haben. Merkel behauptete, Seehofer könne seine Vorstellungen mit den Mitteln des Rechtsstaates nicht durchsetzen. Der Bayer konterte daraufhin, niemals werde er einen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem das Stichwort „Obergrenze“, verbunden mit der Zahl 200 000, nicht erscheine.

Diese ominöse Zahl erscheint weder im neuen Wahlprogramm noch in sonstigen offiziellen Verlautbarungen. Seehofer und Merkel scheinen die Gunst der Stunde auf keinen Fall gefährden zu wollen. Die beiden Unions-Führer wollen sich zum neuerlichen Wahlsieg lächeln. Und dabei bleibt das Programm entsprechend vage. „Bei keinem einzigen Punkt“ habe es eine fachliche Kontroverse gegeben, versicherte Seehofer und erntete ein zustimmendes Nicken der Kanzlerin. „Es gab nie streitige Debatten über den Kurs.“ Bei Erstellung des Programms habe er „blindes Vertrauen“ zur Kanzlerin gehabt. Die Schnittmenge der beiden Schwesterparteien sei enorm hoch.

> Angela Merkel hat sich mit dem Programm einen Freifahrtschein für die Fortsetzung ihres Linkskurses ausstellen lassen

Zur Ehe für alle beziehen CDU und CSU in ihrem Programm für die Bundestagswahl am 24. September keine Stellung, sie sprechen sich auch nicht für ein Familienmodell aus. Warum auch? Merkel hat zu dem Thema alles gesagt, versucht die Partei auf ihrem Kurs der Sozialdemokratisierung mitzunehmen. Die CSU war dagegen und wird abwarten, was das Bundesverfassungsgericht sagt.

Merkel findet, dass Deutschland ein liebens- und lebenswertes Land sei. Ziel des Wahlprogramms sei es, dass es den Menschen in Deutschland am Ende der nächsten Legislaturperiode besser gehe als heute, sagte die Bundeskanzlerin. Bis 2025 solle Vollbeschäftigung erreicht werden, angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftsdaten erscheint das nicht unrealisierbar.

Damit nach den Worten der Kanzlerin „kein Arbeitsplatz unbesetzt bleibt“, wollen die Unionsparteien im Falle eines Wahlsieges ein „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ auf den Weg bringen. Darin sollen bestehende Regeln gebündelt und gegebenenfalls verbessert werden. „Das ist eine gute Regelung für eine legale Migration“, sagte Merkel. Ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild für ausländische Fachkräfte soll es aber nicht geben. Dies wurde vor allem aus CSU-Kreisen über Monate vehement gefordert. Seehofer spricht nun von der nötigen Flexibilität, die man brauche. Ein Gesetz würde diesen Gestaltungsspielraum einengen.

Locker und unverbindlich geht es auch bei der Steuerpolitik weiter. Die Bürger sollen bei der Einkommenssteuer um 15 Milliarden Euro entlastet, der Solidaritätszuschlag soll ab 2020 schrittweise abgeschafft werden. Steuererhöhungen soll es nicht geben, interessant hierbei ist der Passus, dass man dieses „vermeiden wolle.“ Derart an der Oberfläche bleibend, ging Seehofer noch zum Angriff über und warf der SPD vor, „trotz sprudelnder“ Steuerquellen nur eine Umverteilung anzustreben.

Der Parteivorsitzende und Spitzenkandidat der Sozialdemokraten stellte fest, dass das Programm der Union „unseriös und ungenau“ sei. Merkel und Seehofer wird dieser Einwand in ihrer neu gewonnenen Harmonie kaum gestört haben. „Die Zeichen stehen auf Sieg“, gibt sich der Bayer zuversichtlich. *Peter Entinger*



Harmonie pur bei der Präsentation des Wahlprogramms: Angela Merkel und Horst Seehofer Bild: pa

MELDUNGEN

Strafzinsen: Erstmals Klage

Reutlingen – Immer mehr Banken verlangen auf Tagesgeld einen Strafzins oder eine Extragebühr. Nun hat die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg erstmals eine Unterlassungsklage gegen die Volksbank Reutlingen eingereicht. Die Bank hatte die Negativzinsen zwar wieder aus ihrem Preisaushang gestrichen, sich aber geweigert, eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen. „Wir möchten weiterkommen und die Frage der Zulässigkeit zugunsten der Verbraucher klären“, so die Verbraucherschützer. *FH*

Neue Regeln für Pflegeberufe

Berlin – Der Gesundheitsausschuss des Bundestages hat nach monatelangen Beratungen das Pflegeberufereformgesetz gebilligt. Es sieht eine mindestens zweijährige generalistische Ausbildung vor sowie eine mögliche einjährige Vertiefung in den Bereichen Kinderkranken- und Altenpflege. Künftig sind somit weiterhin differenzierte Abschlüsse in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie der Altenpflege möglich. Der Schwerpunkt liegt jedoch künftig in der Generalistik. Die Ausbildung dauert in Vollzeit drei Jahre, in Teilzeit fünf Jahre. *J.H.*

Umsatzpotenzial Behinderte

Berlin – Durch den Mangel an behindertengerechten Angeboten entgehen der Fremdenverkehrswirtschaft erhebliche Umsätze. In Deutschland leben zehn Millionen Behinderte. Einer Umfrage von Bayern-Tourismus-Marketing zufolge wären über 60 Prozent bereit, für passende Urlaubsangebote auch mehr zu bezahlen. Dass sie gern häufiger verreisen würden, wenn die touristische Infrastruktur auf ihre Bedürfnisse besser eingerichtet wäre, gaben 48 Prozent an. *J.H.*

Linkes Experiment in Kiel

Neue Landesregierung will bedingungsloses Grundeinkommen

Die neue schwarz-gelbgrüne Landesregierung von Schleswig-Holstein will das bedingungslose Grundeinkommen testweise einführen. Dieses bedingungslose Grundeinkommen, das sonst nur linke Parteien fordern, findet sich nun auf der Agenda der bürgerlich-grünen Landesregierung. So steht es im Koalitionsvertrag.

Bis zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens kann es allerdings noch dauern. Erst einmal soll mit Fachleuten „die Umsetzbarkeit neuer Absicherungsmodelle“ erörtert werden. Das von der FDP favorisierte „Bürgergeld“ und ein „Grundeinkommen“ stehen zur Debatte. Der neue zuständige Sozialminister, der Freidemokrat Heiner Garg, will „zentrale Fragen der Arbeitswelt neu stellen“. Im Koalitionsvertrag heißt es nebulös: „Wir werden ein Zukunftslabor mit den Akteurinnen und Akteuren der Arbeitsmarktpolitik und aus der Wissenschaft ins Leben rufen, in dessen Rahmen die Umsetzbarkeit neuer Absicherungsmodelle, zum Beispiel ein Bürgergeld, ein Grundeinkommen oder die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, diskutiert und bewertet werden soll.“ Umweltminister Robert Habeck von den Grünen ließ sich wie folgt zitieren: „Ein Grundeinkommen wollen wir regierungsseitig entwickeln und in Schleswig-Holstein als Modellregion erproben“. Konkret sollen 1000 Euro pro Erwerbsfähigen und 500 Euro je Kind gezahlt werden.

Möglicherweise soll die Ankündigung auch ein Tritt vor das Schienenbein der SPD sein, die sich anschickt „soziale Gerechtigkeit“ als Wahlkampfthema zu etablieren. Im Wahlprogramm der FDP hieß es, dass man das Arbeitslosengeld II zugunsten eines Bürgergeldes abschaffen wolle, das allen Erwerbsfähigen mit einem Einkommen von weniger als 1500 Euro pro Monat gewährt werden soll.

> Vorerst erfolgt die Einführung nur testweise

Während die um eine bürgerliche Leserschaft bemühte Tageszeitung „Die Welt“ versuchte, das Thema distanziert-sachlich darzustellen, ergoss sich auf dem Leser-Blog des Blattes Hohn und Spott über die neue CDU-geführte Landesregierung. Ein Schreiber formulierte: „Mir fällt dazu noch ein, dass ein Pilotprojekt in Deutschland schon läuft. Mit zirka 1,5 Millionen Teilnehmern und nahezu völlig unbürokratisch. In vielen Fällen braucht man noch nicht mal seinen echten Namen und Herkunft zu nennen. Fehlende Personaldokumente werden durch Ausfüllen von Fragebogen ersetzt.“ Gemeint ist die staatliche Unterstützung für Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen.

Auch in der linken Satirezeitschrift „Titanic“ fand das Regierungsvorhaben seinen Niederschlag. Unter den Vorteilen listen die Spaßvögel auf: „Sie müssen sich keine Sorgen machen, wegen Mietrückstands aus der Wohnung zu fliegen. Sie können sich endlich eine sinnvolle Tätigkeit suchen (Fußballtrainer, Kindergärtner, Nazischlächter). Sie brauchen nicht jeden Drecksjob anzunehmen.“

Anders als in der Mainstreampresse findet das bedingungslose Grundeinkommen in der Bevölkerung nur wenig Rückhalt. 2009 scheiterte eine Online-Petition mit rund 50 000 Unterzeichnern kläglich. *Hans Lody*

Aus für Bankgeheimnis

Paragraf 30a der Abgabenordnung gestrichen

Im Jahre 1619 wurde in Deutschland das Bankgeheimnis eingeführt, das die Vermögensinteressen der Kunden von Geldinstituten seitdem recht effektiv geschützt hat. Allerdings nur bis zum April des Jahres 2005. Denn damals höhlte der Staat das jahrhundertealte Gewohnheitsrecht seiner Untertanen erstmals auf ganz eklatante Weise aus. Dies tat er durch den Artikel 2 des Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit, der es den Finanzbehörden ermöglichte, im Falle des Verdachts auf Unregelmäßigkeiten Kontodaten von Bürgern abzufragen. Beim Vorliegen eines entsprechenden Antrags konnten diese an Sozial- und Wohngeldämter, die Arbeitsagentur sowie ähnliche Institutionen weitergeleitet werden.

Wenigstens setzte der Paragraf 30a der Abgabenordnung (Schutz von Bankkunden) der sammel- und schnüffelwütigen Obrigkeit Grenzen. Gleich eingangs besagte er, dass der Fiskus „auf das Vertrauensverhältnis zwischen den Kreditinstituten und deren Kunden besonders Rücksicht zu nehmen“ habe. Desgleichen enthielt er das Verbot „der allgemeinen Überwachung … von Konten“ und verpflichtete die Finanzämter, immer zuerst Auskunftsersuchen an die Steuerpflichtigen selbst zu stellen, bevor sie sich an deren Banken wenden.

Diese Regelungen wurden nun unter dem Vorwand, man müsse die Kapitalflucht in ausländische Steueroasen wie Panama verhindern, komplett abgeschafft. Hierbei ging die Legislative ebenso geschickt wie geräuschlos vor. Zunächst verabschiedete der Bundestag am 27. April dieses Jahres das Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz (StUmgBG), in dessen Artikel 1 nur ganz lapidar steht: „Die Abgabenordnung … wird wie folgt geändert: § 30a (weggefallen).“ Dem stimmte der Bundesrat am 2. Juni zu, sodass die Neuregelung nach ihrer Verkündung im Bundesgesetzblatt am 25. Juni in Kraft treten konnte. Das war ein höchst geschickt gewählter Moment, konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit zu dieser Zeit doch ganz auf die bevorstehende parlamentarische Abstimmung über die „Ehe für alle“ und das höchst umstrittene Netzwerkdurchsetzungsgesetz.

> Der Moment der Streichung war geschickt gewählt

Für all jene, die dennoch aufmerkten, hielt die Bunderegierung eine nachgerade höhnische Rechtfertigung bereit. Im totalen Gegensatz zu den geschaffenen Tatsachen wird behauptet, die Aufhebung des Paragrafen 30a der Angabenordnung habe nicht zugleich den „gläsernen Bürger“ zur Folge. Vielmehr gehe es nur darum, bisherige Ermittlungsbeschränkungen zu beseitigen. Weiter heißt es: „Neue Ermittlungsbefugnisse werden dadurch aber nicht geschaffen.“

Die Reaktion der Vertreter von Wirtschaft und Bankwesen fiel knieweich aus. Nur Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, kritisierte die Neuregelung mit deutlichen Worten.

Angesichts dessen droht nun wohl als Nächstes die Einführung einer Bargeldobergrenze sowie nachfolgend die Abschaffung des Bargelds insgesamt. Dann könnte der Staat den Zahlungsverkehr und die finanziellen Verhältnisse seiner Bürger bis ins letzte Detail überwachen, was offenbar auch das Ziel ist. *Wolfgang Kaufmann*

Zeitzeugen



Bild: CF

François Hollande – Der damalige französische Staatspräsident befahl im Januar 2013 die Operation Serval, die überwiegend französische Militärintervention in den malischen Bürgerkrieg. Diese Operation verhinderte, dass die islamischen Rebellen aus dem Norden auch den Süden und die Hauptstadt erobern konnten. In der Resolution 2085 billigte der UN-Sicherheitsrat die Intervention.

Mahamadou Djieri Maiga – Der Angehörige der Volksgruppe der Songhai, neben den Tuareg einer der größten im Norden Malis, war zwischen April und Juli 2012 Vizepräsident des Übergangsrates des neuen Staates Azawad und gehörte auch der Widerstandsgruppe MNLA an. Als die radikal islamischen Gruppen die MNLA vertrieben, floh er ins Nachbarland Niger.

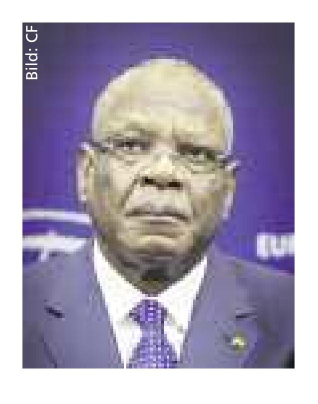


Bild: CF

Ibrahim Boubacar Keita – Der heutige Präsident von Mali bemüht sich, dem Land eine stabile Ordnung zu geben. Bei den Präsidentschaftswahlen 2013 ging er als Kandidat der Bewegung für Mali ins Rennen und konnte sich in zwei Wahlgängen durchsetzen. Keita ist seit der Erlangung der Unabhängigkeit in der malischen Politik aktiv. Er war Botschafter, Außenminister und zwischen 1994 und 2000 Regierungschef und ist einer der reichsten Männer des Landes.

Iyad Ag Ghaly – Der Gründer und Anführer der al-Kaida nahestehenden und weiter aktiven Rebellengruppe Ansar Din führte im April 2013 in Timbuktu die Scharia ein, was zur Flucht der christlichen Bevölkerung, aber auch zur Zerstörung zahlreicher Kulturdenkmäler führte. Ag Ghaly gehört zum Tuareg-Klan der Ifogha und ist seit den 1980er Jahren im Kampf gegen die malische Zentralregierung aktiv.

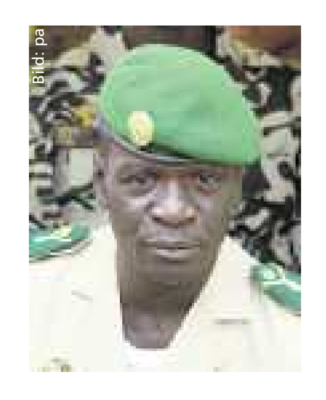


Bild: pa

Amadou Haya Sanogo – Der Hauptmann der malischen Armee und Anführer des Putsches vom März 2012 stammt aus der Stadt Segou im Süden des Landes. Nach der Offiziersausbildung in Mali nahm er mehrfach an Ausbildungsprogrammen in den USA teil. Bis 2011 war Sanogo Ausbilder an einer Militärschule. Dann wurde er mit allen anderen Lehrern abgelöst, weil fünf Schüler bei Disziplinarstrafen getötet worden waren.

Fast jeder gegen jeden

In Frankreichs Schlepptau engagiert sich die Bundeswehr massiv in dessen Ex-Kolonie

Die Mali-Mission unter dem Mandat der UNO ist zurzeit die größte Auslandsoperation der Bundeswehr. Mali machte in Deutschland jüngst wieder Schlagzeilen, weil ein Kommando bewaffneter radikaler Moslems die luxuriöse Hotelanlage „Campement Kangaba“ im Osten von Bamako angriff und Geiseln nahm. Die Verantwortung für die Geiselnahme übernahm Nusrat al-Islam wal Muslimin, ein Ableger von al-Kaida.

Auch Bundeswehrsoldaten wurden schon bei mehreren Gelegenheiten angegriffen. Ein deutsches Kontingent ist seit 2015 im Land. Es ist rund 1000 Soldaten einschließlich Heeresfliegern, Aufklärungsdrohnen und Spähpanzern stark. Neben der Friedensmission der Vereinten Nationen MINUSMA (Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali, Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali) beteiligt sich Deutschland mit 140 Soldaten an der Ausbildungsmission der Europäischen Union EUTM Mali (European Union Training Mission Mali), die neue malische Streitkräfte ausbildet.

Mali gehört zum subsaharischen Afrika. Im Norden grenzt es an Algerien, im Süden und Osten an den Niger, Burkina Faso und Guinea, im Westen an Mauretanien. Das Land hat 16 Millionen Einwohner und beherbergt eine große Zahl eigenständiger Ethnien. Im Norden leben hauptsächlich berbero-arabische Halbnomaden, die Tuareg. Der Süden ist schwarzafrikanisch und agrarisch geprägt. Auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahre 1960 kam das Land nicht zur Ruhe. Zuletzt brach 2012 ein Tuareg-Aufstand aus, mit dem diese einmal mehr einen eigenen Staat erkämpfen wollten. Am 6. April 2012 riefen sie im Norden ihren eigenen Staat Azawad aus. Kurz darauf putschten Teile des Militärs gegen die malische Regierung, um eine härtere Gangart gegen die Rebellen durchzusetzen. Außerdem waren die putschenden Soldaten erbost darüber, dass sie schlecht ausgerüstet und über längere Zeit nicht bezahlt worden waren.

Die zurzeit größte Auslandsoperation der Bundeswehr

Der Putsch machte die Lage nur noch schlimmer. Die Rebellen konnten weit nach Süden vorstoßen. Erst eine Intervention durch die ehemalige Kolonialmacht und verschiedene afrikanische Staaten unter UN-Mandat 2013 führte zu einem brüchigen Waffenstillstand.

Die Tuareg-Rebellion von 2012 ist nur ein weiteres Glied einer langen Kette von Aufständen und politischen Bewegungen, mit denen das Wüstenvolk versucht hat, seine Eigenständigkeit zu erlangen. Der Zusammenbruch der staatlichen Ordnung in Libyen trug zu diesem neusten Konflikt bei, denn viele Tuareg hatten in den libyschen Streitkräften gedient und kehrten nun mit modernen und schweren Waffen in ihre Heimat zurück. Sie gründeten die Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad (MLNA) und vertrieben die Kräfte der Zentralregierung. Die MLNA war anfangs mit den radikalen islamischen Gruppierungen Ansar Dine (Unterstützer des Glaubens) und Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO) verbündet, geriet aber mit ihren Verbündeten über Kreuz, weil diese die Scharia einführten. Ein Bürgerkrieg im Bürgerkrieg begann, in den auch die Organisation al-Kaida des Islamischen Maghreb (AQMI) eingriff. Gemeinsam drängten die radikalen Moslems die eher weltlich-traditionalistische MLNA zurück. Die wiederum begann nun, mit den Regierungstruppen und den seit 2013 im Lande befindlichen französischen Truppen zu kooperieren.

Die UN-Intervention konnte schließlich den Bürgerkrieg beenden und die radikalen Moslems vertreiben. Im Juli 2013 wurden Wahlen für eine neue Regierung abgehalten. Die MLNA gab ihre Forderung nach Unabhängigkeit auf, setzte aber ihre Forderung nach Autonomie für den Norden Malis durch. Allerdings fragmentierten sich die verschiedenen Konfliktparteien immer mehr, was den Friedensprozess erschwerte. Denn nicht alle Tuareg-Stämme unterstützen die MLNA. Einige unterstützen die Regierung, andere stehen den radikalen Moslems nahe. Im Vertrag von Anefis vom Oktober 2015 konnten dann zumindest die Konflikte zwischen den einzelnen Tuareg-Fraktionen beigelegt werden.

Die radikalen Moslems sind ebenfalls in kleinere Fraktionen zerfallen und bleiben weiterhin eine Bedrohung. Allerdings geht es nur an der Oberfläche um politische Fragen. Wichtiger sind wirtschaftliche Interessen, die oft mit organisierter Kriminalität verflochten sind. *Friedrich List*



Rund 1000 Bundeswehrsoldaten sind im Rahmen der MINUSMA und der EUTM in den unübersichtlichen Konflikt involviert: Einige von ihnen bei einer Übung im Camp Castor in Gao

Bild: pa

Alle Seiten missbrauchten Kinder

In den Kriegen der Welt leiden die Schwächsten am meisten. In den Kriegen Afrikas sind das Kinder, die zu Zwangsarbeit oder Kriegsdienst gezwungen oder von Menschenhändlern verschleppt werden. Weltweit leben laut UNICEF rund 250 Millionen Kinder in Kriegsgebieten. Schlagzeilen macht immer wieder die in Nigeria operierende Terrorgruppe Boko Haram, die entführte Jungen entweder massakriert oder zum Kämpfen zwingt, während die Mädchen als Bräute herhalten müssen.

Im malischen Bürgerkrieg war das nicht viel anders. Alle Kriegsparteien zwangen auch zehnjährige Jungen zum Kämpfen, während die Mädchen entweder mit den älteren Frauen verschleppt wurden oder in den eroberten Ortschaften ausharren mussten.

Bereits 2012 kritisierten Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International (AI) den Einsatz von Jungen und Mädchen als Kämpfer. Sowohl die verschiedenen Rebellengruppen

Kriegsdienst häufig alternativlos

als auch die malische Regierung setzten Kindersoldaten ein, die malischen Loyalisten nicht in der regulären Armee, sondern in irregulären Selbstverteidigungsmilizen. 2013 bereisten Angehörige von AI Mali und fanden heraus, dass die Regierung angebliche ehemalige Kindersoldaten wie Kriegsgefangene behandelte und zusammen mit Erwachsenen festhielt. Das verstößt gegen das Völkerrecht, das auch die malische Regierung ratifiziert hat. AI deckte zudem auf, dass die Gefangenen, meist Jungen zwischen neun und 15 Jahren, gefoltert wurden und oft willkürlich festgenommen worden waren. Zudem werden sie angeklagt, an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein.

Das führt dazu, dass sich viele ehemalige Kindersoldaten aus Angst vor Repressalien verstecken. Viele flohen mit ihren Familien in die Nachbarländer, aber dort sind die Lebensbedingungen schwierig. So schließen sie sich aus wirtschaftlichen Gründen doch wieder Rebellengruppen an. *F.L.*

Traditionell bunt

Ethnische, sprachliche und kulturelle Vielfalt prägen die Geschichte

Wie die weitaus meisten anderen Staaten Afrikas entstand Mali am Kartentisch der Kolonialmächte, als sie die von ihnen eroberten Gebiete in handliche Verwaltungseinheiten untergliederten. Mali macht da keine Ausnahme. Allerdings war die ethnisch, sprachlich und kulturell vielfältige Region südlich der Sahara bereits davor immer wieder zwischen rivalisierenden Reichen aufgeteilt worden. Zwischen dem 12. und dem 14. Jahrhundert war die heutige Republik Mali zusammen mit weiten Teilen Westafrikas im sogenannten Großreich Mali vereinigt.

Am Ende des 14. Jahrhunderts gründete das Volk der Songhay ein eigenes Reich und eroberte das Nachbarreich sowie weite Teile Westafrikas. Hauptstadt war Gao. Von dort aus war vorher das malische Großreich regiert worden. Die Songhay verbreiteten den Islam und legten die Grundlage für die reichhaltige islamische Tradition in Westafrika.

Im 16. Jahrhundert eroberten dann marokkanische Truppen das Songhay-Reich, konnten die Region aber nie völlig kontrollieren. Zahlreiche kleinere Staaten bildeten sich, die sich aber nach und nach den aus Guinea vorrückenden Toucouleur unterwerfen mussten. Die Toucouleur dominierten zwar in der Region, blieben aber letztlich nur ein Volk unter vielen. Hervorzuheben sind hier die Tuareg, welche die Handelswege durch die Wüste kontrollierten und später unter Unterdrückung zu leiden hatten.

Frankreich schlug Tuareg-Aufstände erbarmungslos nieder

Die ethnische, kulturelle und auch politische Vielfalt blieb bis zur französischen Eroberung im späten 19. Jahrhundert erhalten. Frankreich zog mehrfach neue Grenzen, führte Zwangsumsiedlungen durch und schlug speziell die Tuareg-Aufstände erbarmungslos nieder. Deren traditionelle Lebensweise als Bauern, Viehzüchter und Händler kam unter starken Druck. 1958 entstand in Westafrika zunächst ein halbautonomer Staat, die „Republique Soundanaise“, danach mit anderen westafrikanischen Ländern eine unabhängige „Mali-Konföderation“, die aber schnell zerfiel. Der Staat Mali in seinen heutigen Grenzen wurde am 22. September 1960 ausgerufen. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

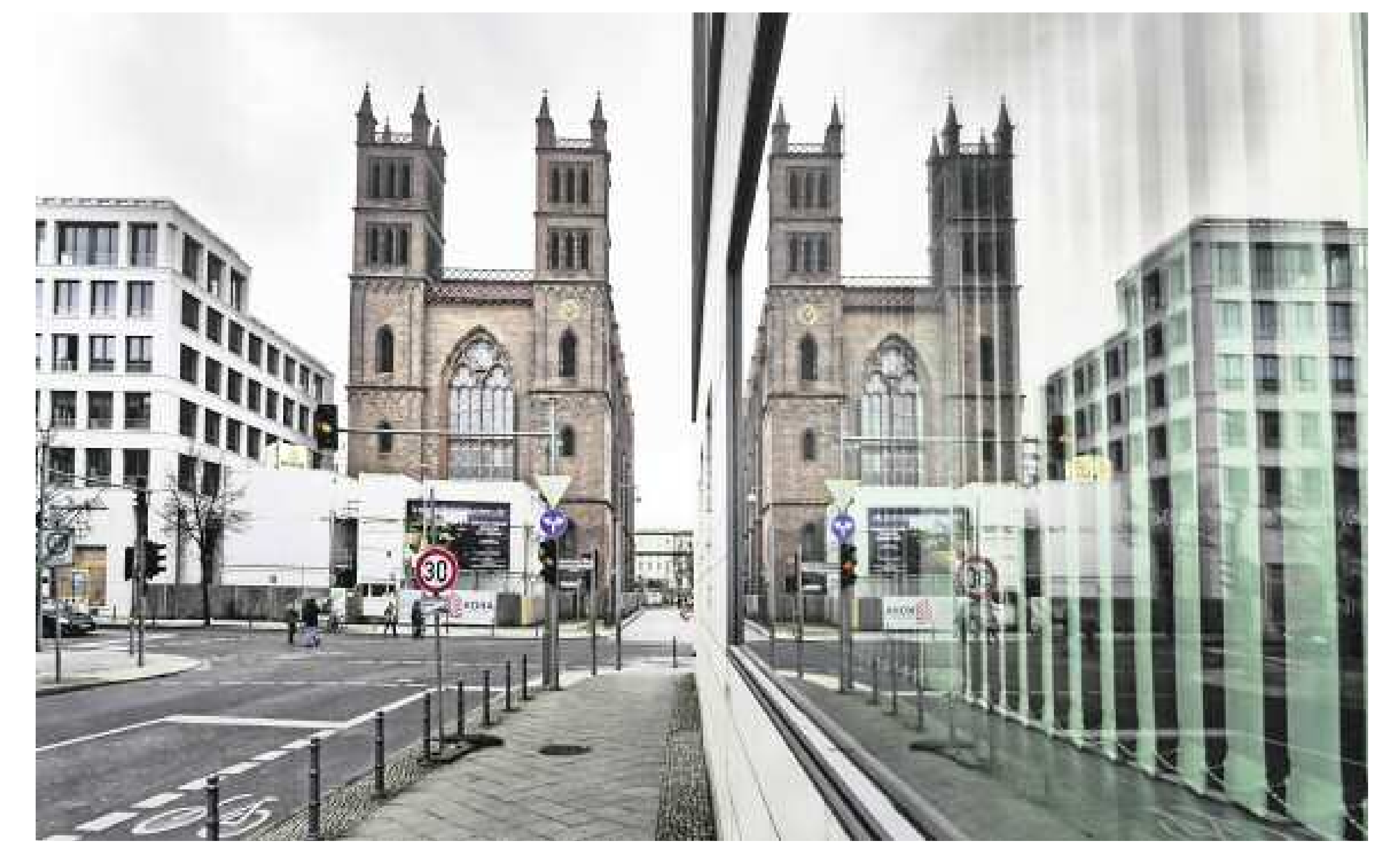
Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Goldgräberstimmung in Berlin

In der traditionell billigen Hauptstadt ziehen die Preise insbesondere für luxuriöses Wohnen an



Ausschachtungsarbeiten am Luxusprojekt „Kronprinzengärten“ führten zu sichtbaren Schäden: Die zwischen 1824 und 1831 nach Plänen von Karl Friedrich Schinkel erbaute Friedrichswerdersche Kirche

Bild: Imago

Während in Europas bekannten Luxusorten Cannes, Saint-Tropez oder Paris die Preise für das Luxuswohnen fallen, herrscht in Berlin Goldgräberstimmung. Die Preise teurer Miet- und Kaufobjekte ziehen an. Die Metropole sucht im oberen Wohnsegment Anschluss an Weltstädte. Die Umsätze steigen teils um 50 Prozent. Hohe Renditen heizen den Markt an – unabhängig von politischen Debatten um bezahlbares Wohnen.

Als Metropole stand Berlin bisher kaum für gehobenes Wohnen. „Berlin vereint die Nachteile einer amerikanischen Großstadt mit denen einer deutschen Provinzstadt“, ätzte der Schriftsteller Kurt Tucholsky schon 1926. In München, Hamburg und Frankfurt belächelt die Wohnbranche noch heute das niedrige Preisniveau der Hauptstadt. Mittlerweile steigen jedoch die Preise an der Spree – und das stärker als in anderen deutschen Großstädten. In Berlin kostet eine Mietwohnung durchschnittlich 28 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. Der durchschnittliche Mietpreis liegt mittlerweile bei 9,29 Euro pro Quadratmeter.

Eine Klasse für sich bilden bei der Preisexplosion die luxuriösen Eigentumswohnungen. Im ersten Halbjahr 2016 gingen 409 Luxuswohnungen für 523 Millionen Euro an neue Eigentümer. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015 galoppierten die Umsätze um 50 Prozent nach oben. Das belegen auf den beurkundeten Verkäufen basierende Zahlen. Während in Hamburg das Angebot trotz höherer Preise nicht zuletzt wegen fehlender Grundstücke schwächelt, hat Berlin noch bauliche Lücken. Sie könnten zunehmend mit edlen Lofts sowie Hoch- und Penthäusern geschlossen werden.

Und ein Ende der Entwicklung ist nicht in Sicht

Besonders gefragt sind die Bezirke Mitte und Friedrichshain. Nahe der Schinkelschen Bauakademie, die wiederaufgebaut werden soll, sieht das Projekt „Berlin Schinkelplatz – von Preußen nach Europa“ einen „künstlerisch gestalteten Courtyard“ mit weißen Fassaden vor. Für eine 65 Quadratmeter große Zweizimmerwohnung hinter den schlichten Fronten sind 1,349 Millionen Euro zu bezahlen. Für fünf Zimmer mit Terrasse und Lift wären 5,863 Millionen laut Katalog fällig. Bis zu 35 000 Euro pro Quadratmeter zahlen Neueigentümer inzwischen laut Eingeweihten an dem Standort. Das Hochhaus „Grandaire“ in Mitte ist mit Einstiegspreisen von 399 500 Euro für zwei Zimmer mit 54 Quadratmetern fast schon günstig – 7387 Euro kostet dort der Quadratmeter. Die Makler im Luxussegment berichten von spektakulären Bieterschlachten, bei denen problemlos einige Hunderttausend Euro über bereits vereinbarte Preise gezahlt werden und somit letztlich der Zuschlag an den „Überbieter“ geht.

Ein Drittel der neuen Eigentumswohnungen in Berlin kostet mehr als 4000 Euro pro Quadratmeter. US-Stararchitekt Daniel Libeskind, der selbst mit dem „Sapphire“ gerade ein Luxusobjekt umsetzt, kritisiert, der Boom vertreibe die Menschen aus der Stadt. Ähnlich wie dieser Bau sollen die „Kronprinzengärten“ „höchsten Ansprüchen“ genügen und sind auch bereits großteils verkauft. Deren Luxus erregt viel Kritik, nicht zuletzt daran, wie viel Berlins Politik dem neuen Luxus opfert. So gingen beispielsweise die Ausschachtungsarbeiten mit sichtbaren Schäden an der rund zehn Meter entfernten Friedrichswerderschen Kirche einher.

Die Goldgräberstimmung für gehobenes Wohnen hält dessen ungeachtet an. Der Trend geht weg von der Villa, hin zur abgeschirmten Privatresidenz mitten im Zentrum. Der Alexander-Tower im Projektstadium trägt dem Rechnung, soll „höchstes Wohngebäude der Stadt“ sein. „Guardian“, „Villa Agricola“ und „The Wilhelm“ sind weitere Projekte mit Anspruch suggerierenden Namen in Mitte. Die Neupreise treiben die Ansprüche der Besitzer von Bestandsimmobilien in die Höhe. Sie wollen deutlich höhere Preise, was laut Maklern dafür sorgt, dass die Vermarktung der Wohnungen sich spürbar in die Länge zieht.

Die zu erwartenden hohen Renditen rufen Großinvestoren auf den Plan. Während in Europas bekannten Luxusorten Cannes, Saint-Tropez oder Paris die Preise für das Luxuswohnen fallen, verzeichnete Berlin im sogenannten Prime International Residential Index (Piri) 2015 ein neunprozentiges Plus. Diese Rangliste sieht Berlin bundesweit auf Platz zwei hinter München und sagt weitere Wertzuwächse beim Premiumwohnen voraus. Berlins Markt ist noch nicht überhitzt wie der Londons. Er ist für flüchtendes Vermögen aus Großbritannien (Brexit) ebenso attraktiv wie für Investoren, die angesichts der wachsenden Bedeutung von Wohnungen als Anlage einen langfristig attraktiven Standort suchen. Experten rechnen daher weiter mit steigenden Preisen und Wachstum. Wie viel die oberste Kategorie langfristig hergibt, wird die Zeit zeigen. „Geisterstraßen“, in denen kaum Menschen wohnen und Häuser nur Anlageobjekte für im Ausland Lebende sind, bleiben an der Spree – anders als in London – aus. *Sverre Gutschmidt*

Berliner Echo

Von Vera Lengsfeld

Das Hamburger Bürgerkriegs-Intermezzo hat Schockwellen im politischen Berlin ausgelöst. Jahrzehnte hatte man die Schlange Antifa an seinem Busen genährt, mit Steuergeld gefüttert und sich klammheimlich gefreut, wenn unliebsame politische Konkurrenten, wie die AfD, handfest eingeschüchtert wurden.

Die Gewaltexzesse in Hamburg brachten alle Parteien in Erklärungsnot. Um unangenehmen Fragen auszuweichen, flüchtete sich die Politik in Legenden. Spätestens am Tag zwei der Ausschreitungen wurde die Mär von den unpolitischen Krawallmachern erfunden. Den Anfang machten „Taz“-Journalisten, linke Politiker griffen dankbar nach dem Strohhalm, mit dem sie sich aus dem linksradikalen Sumpf zu ziehen versuchen. Statt kritisch zu reflektieren, dass einer der Ihren als Anmelder einer der größten Demonstrationen entscheidenden Anteil an der Anheizung des Terrors gegen die Hamburger Bevölkerung hatte, weisen Linke-Politiker einen Zusammenhang zwischen Linken und Gewalttaten weit von sich. Als die Linke noch SED hieß und den Befehl über die Mauerschützen hatte, war die Partei für Hunderte Menschen gewaltig tödlich.

An Perfidie ebenbürtig sind die Grünen. Als es in Hamburg losging, kamen von den Grünen die üblichen Schuldzuweisungen an die Polizei. Der grüne Apo-Uropa Christian Ströbele behauptete, die Polizei hätte mit ihrem Verhalten die Demonstranten provoziert, um die Bilder zu bekommen, die gebraucht wurden, um die Proteste zu diskreditieren. Als der schwarze Mob die Elbchaussee entlang tobte und später das Schanzenviertel verwüstete, ließ sich diese Argumentation nicht mehr aufrecht erhalten. Da wurden die laut antifaschistische Parolen brüllenden Gewalttäter zu unpolitischen Kriminellen umetikettiert, die mit der guten Sache, für die in Hamburg gefochten würde, nichts zu tun hätten. Siegmar Gabriel (SPD) verstieg sich sogar zu der Behauptung, es hätte sich um Neonazis gehandelt. Womit er nicht mal falsch lag, denn es waren Nazi-Methoden, die da von der Antifa praktiziert wurden.

Seit Jahren gibt es brennende Barrikaden, angezündete Autos, mit Steinen, Zaunlatten, Molotowcocktails und Zwillen attackierte Polizisten. Wie in Hamburg die Rote Flora, so sollte in Berlin die Rigaer Straße als eine Heimstätte der gut gemeinten Politik-Folklore betrachtet werden. Dabei wurden in Berlin längst nicht nur Büros, Autos und Wohnungen von AfD-Mitgliedern attackiert. Tom Schreiber, Abgeordnetenhaus-Mitglied der SPD in Berlin, ist immer wieder Ziel von Antifa-Übergriffen gewesen. Seine Parteigenossin Manuela Schwesig stellte den Tätern Geld zur Verfügung. Der „Kampf gegen Rechts“ ist längst ein Kampf gegen den Rechtsstaat geworden.

Ärger mit Borstenvieh

Wildschweine werden in Berlin und Brandenburg zum Problem

Die Schätzungen bezüglich der Zahl der in Berlin frei lebenden Wildschweine schwanken zwischen 2000 und 4000. Gelegentlich wird aber auch schon die Zahl von 6000 Wildschweinen in Berlin genannt. Pro Jahr sterben zwar bis zu 400 Wildschweine bei Verkehrsunfällen und rund 1000 Tiere werden durch Jagd erlegt, doch ist die Population inzwischen so stark angewachsen, dass Berlin in den Medien regelmäßig als „Hauptstadt der Wildschweine“ bezeichnet wird.

Die Wildschweine sind jedoch nicht nur äußerst vermehrungsfreudig, sondern haben oftmals auch jegliche Scheu vor Menschen verloren. Vor allem in der warmen Jahreszeit dringen Tiere deshalb in den dichtbesiedelten innerstädtischen Bereich, in dessen Grünanlagen sie leichter Nahrung finden als in den Wäldern um Berlin.

Das Resultat sind teilweise erhebliche Schäden an Berlins öffentlichen Grünanlagen, Friedhöfen und Parks, aber auch in privaten Gärten.

Auch für den Autoverkehr, für Radfahrer und Fußgänger stellen die Tiere mittlerweile regelmäßig ein Problem dar. So haben Anfang des Jahres Wildschweine in Tegel einen Verkehrsunfall verursacht. Eine ganze Rotte war über den vielbefahrenen Kurt-Schumacher-Platz gerannt. Ein Keiler, der sich von der Rotte abgesondert hatte, verletzte im nahegelegenen Volkspark Rehberge eine Frau am Oberschenkel, zwei Männer erlitten Blessuren. Am Ende blieb den herbeigeeilten Polizisten nur übrig, den Keiler zu erschießen. Bilanz des Vorfalls waren mehrere Verletzte und drei demolierte Autos.

Vermehrungsfreudig und ohne große Scheu vor Menschen

Ebenfalls in Reinickendorf hatten Wildschweine bereits im September 2016 einen schweren Verkehrsunfall verursacht, als eine streunende Rotte die Heiligenseestraße überquerte. Auch dabei waren drei Menschen verletzt worden.

Die Tiere stellen allerdings nicht nur in Berlin mittlerweile ein Sicherheitsproblem dar. Auch das benachbarte Brandenburg leidet an einer Wildschweinplage. So haben Wildschweine an Oderdeichen erhebliche Schäden angerichtet. Die Deiche waren nach der Oderflut von 1997 für Milliarden Euro saniert worden.

Brandenburgs Landesregierung hat zur Eindämmung der Schäden mit dem Landrat des Kreises Oder-Spree vor einigen Monaten eine „Erlegungsprämie“ vereinbart. Pro zusätzlich erlegtem Wildschein bekommen die Jäger nun 20 Euro gezahlt. Solche Verträge sind nun mit allen Kreisen im Osten des Bundeslandes geplant. *Norman Hanert*

Potsdam plant Bürgerticket

Freie Nutzung des ÖPNV gegen Zahlung einer Zwangsgebühr

Potsdam scheint die Einführung einer von seinen Bewohnern zwangsweise zu entrichtenden Gebühr zwischen 15 und 25 Euro pro Monat zu erwägen. Dafür sollen die Gebührenzahler den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ohne weitere Kosten nutzen können.

Auch in Berlin, Erfurt, Kiel, Osnabrück, Tübingen oder Leipzig hat es bereits Diskussionen zur Einführung eines derartigen umlagefinanzierten ÖPNV-Systems gegeben. Das rot-rot-grüne Regierungsbündnis in der Bundeshauptstadt hat in seinem Koalitionsvertrag das Vorhaben aufgenommen, eine „solidarische Umlagefinanzierung“ von Gutachtern prüfen zu lassen. In Osnabrück stand vor einigen Jahren die Einführung eines sogenannten Bürgertickets zur Diskussion. Allerdings nahmen SPD und Grüne wieder Abstand von der Idee, nachdem Zweifel an der Umsetzbarkeit aufgekommen waren.

Auch ohne dieses sogenannte Bürgerticket ist in Potsdam die Zahl der Fahrgäste von Bussen und Straßenbahnen stark gestiegen. Das liegt an dem seit Jahren zu verzeichnenden erheblichen Bevölkerungszuwachs. Im Rathaus wird geplant, in den kommenden Jahren mehr als 50 Millionen Euro in die Sanierung und den Ausbau des Nahverkehrsnetzes zu investieren.

Die Monatsgebühr soll zwischen 15 und 25 Euro liegen

Dem steht allerdings ein Einnahmeproblem gegenüber. Ein bundesweiter Vergleich des Instituts Civity im Auftrag der Wochenzeitung „Die Zeit“ förderte Anfang dieses Jahres zutage, dass Potsdams Nahverkehrsangebot nicht nur zu den umfangreichsten Deutschlands gehört, sondern auch noch sehr preisgünstig ist. Bei den untersuchten 50 Städten war nur in Erfurt ein Einzelfahrschein günstiger als in Potsdam. Die Einnahmen der Potsdamer Verkehrsbetriebe aus dem Fahrscheinverkauf decken Presseberichten zufolge gerade einmal 40 Prozent des Budgets. Eine Quersubventionierung über einen Verbund mit den Potsdamer Stadtwerken sowie direkte Subventionen der Stadt und des Landes ermöglichen dieses große Angebot zu niedrigen Preisen. Diese Subventionierung ist jedoch nicht unproblematisch. Eine parlamentarische Anfrage im Stadtparlament hat vor einigen Monaten zutage gefördert, dass die Stadt, der stadteigene Kommunale-Immobilien-Service (KIS) und die übrigen kommunalen Unternehmen zum Jahresende 2016 mit rund 968 Millionen Euro verschuldet waren. Die Stadtwerke hatten am Schuldenberg einen Anteil von 186 Millionen Euro. *N.H.*

MELDUNGEN

Jeder Siebente ist Fundamentalist

Wien – Etwa acht Prozent der Österreicher sind Muslime und 14 Prozent von diesen gelten als fundamentalistisch. Derzeit zählt Österreich rund 8,2 Millionen Einwohner, darunter etwa 700 000 Muslime. Unter diesen stehen 29,6 Prozent für eine „pragmatische Religiosität“. Sie praktizieren ihren Glauben, ohne Aufsehen zu erregen. Auf dem zweiten Platz rangieren mit 26,6 Prozent jene, für die der Islam zu ihrer „kulturellen Identität“ gehört. Sie feiern nur bestimmte Anlässe Auf 15 Prozent kommt die Gruppe, der „ungebundenen Restreligiosität. Sie lässt ihren Glauben im Alltag nicht erkennen. 14,1 Prozent machen die Muslime mit einer „bewahrenden Religiosität“ aus, die traditionalistisch eingestellten Fundamentalisten. 14,8 Prozent leben von Glauben und Koran unabhängig. *J.H.*

Mehr Gefährder in Schweden

Stockholm – Durch den Zuzug zehntausender Menschen aus dem Nahen Osten und Nordafrika nach Schweden steigt dort auch die Zahl der radikalen Muslime. Nach Erkenntnissen des Inlandsgeheimdienstes Säpö hat sich die Zahl der radikalen Moslems innerhalb von sieben Jahren verzehnfacht. Dabei konzentrieren sich die Aktivitäten der Dschihadisten vorrangig auf die größeren Ballungszentren mit ihren Ausländervierteln in Stockholm, Göteborg und Malmö. Innerhalb von fünf Jahren haben sich zudem die Geheimdiensteinsätze mit Verbindungen zu mutmaßlichem Terrorismus verdreifacht. Polizei und Geheimdienste würden rund um die Uhr an der Verhinderung von Terroranschlägen arbeiten. Gleichwohl ist die von der Politik festgelegte Bedrohungsstufe in Schweden dieselbe wie vor sieben Jahren, als es noch deutlich weniger islamische „Gefährder“ im Land gab. *J.H.*

Heimlicher Sieg für Wladimir Putin

Höhepunkt des G20-Gipfels: Trump sprach über zwei Stunden lang mit seinem russischen Amtskollegen

Das Treffen zwischen Donald Trump und Wladimir Putin sei der Höhepunkt des gesamten G 20-Gipfels gewesen, resümieren dieser Tage viele Medien. Tatsächlich kann der Profi Putin Bilder mit nach Hause bringen, die ihn auf Augenhöhe mit dem Neuling Trump zeigen.



Sichtlich zufrieden: Wladimir Putin unterhält sich mit Donald Trump auf Augenhöhe Bild: Imago

Arm an konkreten politischen Erfolgen, reich an Krawallen – so lässt sich der G 20-Gipfel vom vergangenen Wochenende in Hamburg zusammenfassen. Bei den verhandelten Themen Freihandel und offene Märkte, Maßnahmen gegen Protektionismus sowie Bekämpfung des weltweiten Terrors ist es im Wesentlichen bei Absichtserklärungen geblieben.

Und doch gibt es einen, der zumindest einen kleinen Trumpf mit nach Hause nehmen kann: der russische Präsident Wladimir Putin. Das lange und mit Spannung erwartete erste Treffen zwischen ihm und dem neuen US-Präsidenten Donald Trump verlief nach beider Einschätzung positiv.

Allein die Tatsache, dass das auf 35 bis 45 Minuten angesetzte Gespräch schließlich zwei Stunden und 15 Minuten gedauert hat, ist ein Erfolg für den russischen Präsidenten, war er doch mit wenig Erwartungen zum G 20-Gipfel gereist. Zu sehr waren Moskaus Hoffnungen auf eine Verbesserung der Beziehungen mit den USA in jüngster Zeit enttäuscht worden. Auch US-Außenminister Rex Tillerson wertete das Treffen als Erfolg. Nicht nur habe es länger gedauert als geplant, sondern es sei auch viel erfolgreicher als gedacht verlaufen.

Während noch gerätselt wird, ob die besprochenen Themen und Vereinbarungen – die Waffenruhe im Süden von Syrien, Dialogbereitschaft im Ukrainekonflikt sowie die Lage in Nordkorea und die Verhinderung von Cyberattacken – nach dem Treffen noch von Bedeutung sein werden, steht eines fest: Die beiden Staatschefs Donald Trump und Wladimir Putin, beide als schwierige Machos verschrien, sind sich bei ihrem ersten Treffen höflich und freundschaftlich auf Augenhöhe begegnet.

Offenbar wusste Trump bei Antritt seiner Europareise noch nicht so recht, wie er mit Russland umgehen soll. Vor dem G 20-Gipfel reiste er nach Polen, wo er eine kämpferische Rede hielt, in der er Moskau destabilisierendes Verhalten im Ukrainekonflikt vorwarf. Laut dem polnischen Außenminister Antoni Macierewicz haben die USA der Lieferung von Patriot-Flugabwehrraketen an Warschau zur Abwehr der im Königsberger Gebiet stationierten russischen Iskander-Mittelstreckenraketen zugestimmt.

Vor dem ersten Treffen mit Putin hatte Trump eine Zusammenarbeit an die Bedingung geknüpft, dass Russland den weiteren Einsatz jeglicher Chemiewaffen durch die syrischen Regierungstruppen unterbinden müsse.

Diese harten Töne sowie die beschlossene Ausweitung der Sanktionen gegen Russland hatten in Moskau jegliche Hoffnung auf einen positiven Effekt des Treffens schwinden lassen. Umso überraschender ist es, dass der Verlauf des Gesprächs auf einen heimlichen Sieg Putins beim G 20-Gipfel hindeutet.

Nach Trump-Treffen: Putin spricht von einem Durchburch

Wie von ihm erwartet, hatte Trump Putin auf die angeblichen russischen Wahlmanipulationen angesprochen, die dieser einmal mehr abstritt. Der US-Präsident ließ das Thema schnell fallen und verkündete später auf Twitter, es sei an der Zeit, „konstruktiv“ mit Russland zusammenzuarbeiten.

Prompt erntete Trump seitens US-Demokraten, aber auch einiger Republikaner wie John McCain Kritik und Spott. Er habe Putin einen Persilschein für Wahlmanipulationen erteilt, es ihm zu einfach gemacht, lauteten die Vorwürfe. Mit Putin eine gemeinsame Arbeitsgruppe über Cyberabwehr zu beschließen, sei so, als „schlage man eine Arbeitsgruppe gegen Einbruch vor, gemeinsam mit demjenigen, der dein Haus ausgeraubt hat“, unkte der ehemalige Verteidigungsminister Ash Carter. Nur 13 Stunden nach dem Gespräch machte Trump in Sachen Cyberabwehr einen Rückzieher

Trumps ständige Kurswechsel, die Unzuverlässigkeit der USA als Führungsnation unter seiner Leitung nähren in Moskau den Eindruck, dass der amerikanische Präsident ein Getriebener sei, der nicht besonders frei handeln könne. Nach dem Treffen sprach Putin dennoch von einem Durchbruch. Russische Medien griffen das Thema auf. Beim G 20-Gipfel sei deutlich geworden, dass nicht Trump der Feind Russlands sei, sondern das Establishment um die bei der Wahl unterlegene Hillary Clinton. Sie würden immer neue Gründe für die Verlängerung der Sanktionen erfinden.

Im Gegensatz zu Trump, der Washingtons Austieg aus dem sogenannten Klimaschutzabkommen bekräftigte und auch beim Thema Protektionismus auf Ausnahmeregelungen für die USA drang, konnte Putin damit punkten, dass er sich bereits vor Beginn des Gipfels als führender Mitstreiter im internationalen Klimaprozess bekannte. Russland habe seine Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll übererfüllt. „Im Wesentlichen kompensieren wir somit die zunehmenden Emissionen anderer Länder und Regionen der Welt“, sagte Putin. Er sprach sich darüber hinaus für einen freien Zugang zum Internet aus.

Neben Russland hatte das Weiße Haus auch China verstimmt, indem es Waffenlieferungen an Taiwan im Gesamtwert von 1,42 Milliarden Dollar angekündigt hatte und US-Kriegsschiffe künftig wieder taiwanesische Häfen anlaufen dürfen. Russland und China sehen überdies ihre strategischen Interessen durch die Einrichtung eines US-Raketenschilds vor Südkorea bedroht. Der chinesische Staatschef Xi Jinping besuchte Putin vor dem G 20-Gipfel in Moskau, wo sie eine Reihe von Wirtschaftskooperationen beschlossen. Russland will – um die Verluste durch die amerikanische Fracking-Konkurrenz auf dem europäischen Markt zu kompensieren – wichtigster Energielieferant für China werden. Die Erdgas-Pipeline „Sila Sibiri“ (Kraft Sibriens) aus der russischen Teilrepublik Jakutien an die Pazifikküste wird 2019 fertiggestellt.

Russland wird dennoch bemüht sein, eine Balance zwischen seinen Ost- und Westbeziehungen zu halten, um seine Rolle als wichtiger Partner nicht zu verlieren. Hamburg war vielleicht wirklich ein erster Lichtblick für die Rückkehr Russlands auf die Weltbühne. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Schwedens Frauen in Gefahr

Vergewaltigungen – jetzt werden Musikfestivals abgesagt

Das Bråvalla-Festival, das mit jährlich fast knapp 50 000 Besuchern größte und populärste Musikfestival Schwedens, das bislang an vier Tagen Ende Juni bei Bråvalla flygflottilj außerhalb von Norrköping stattfindet, wird 2018 ausfallen. Der Grund für diese Entscheidung des deutschen Veranstalters FKP Scorpios, der in Schweden auch das Hultsfredfestival und das Getaway Rock Festival veranstaltet, sind die Vergewaltigungen auf dem diesjährigen Konzert vom 28. Juni bis 1. Juli. 23 Anzeigen nahm die Polizei wegen sexueller Belästigung auf. In einem Fall gab eine 15-Jährige an, während eines Konzertes in der Zuschauermenge misshandelt worden zu sein. Bereits letztes Jahr hatte eine britische Band wegen der „abscheulich hohen Rate sexueller Gewalt“ abgesagt. Schwedens Polizei ist das Problem seit einigen Jahren bekannt. Es handele sich um Einzeltaten, wurde das Problem relativiert.

Laut dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) gab es bereits 2010 für Frauen kein gefährlicheres Land in Europa als Schweden. Auf 100 000 Einwohner kamen 63,5 offiziell registrierte Fälle von Vergewaltigung. Diese Rate wird weltweit nur noch von Botswana mit 92,9 übertroffen. In den nordischen Nachbarstaaten liegt die Rate jeweils unter 20.

Das zeitliche Zusammenfallen zwischen der Zunahme der Vergewaltigungen und der Zuwanderungswelle ist offensichtlich. Der Anteil der Zuwanderer an den Tätern ist in Schweden jedoch ein striktes Tabu. Eine öffentliche Debatte über das Problem ist so nicht möglich. Weder die Polizei noch die Medien nennen die Herkunft mutmaßlicher Täter, geschweige denn, dass sie es wagen würden, mögliche Zusammenhänge zwischen Tat und Täterherkunft zu thematisieren. Der Polizei ist es nicht gestattet, Kriminalfälle bekanntzugeben, an denen Asylsucher beteiligt sind. Intern fallen solche Taten unter „Code 291“.



Polizei auf dem Bråvalla-Festival

Beim westlichen Nachbarn Norwegen gilt dieses Tabi weniger. gibt es eine öffentliche Debatte über den Anteil von Zuwanderern an den Tätern. So durchleuchtete Norwegens größter kommerzieller Fernsehkanal, TV 2, bereits vergangenes Jahr sämtliche zugänglichen Gerichtsdaten zu dem Deliktfeld von 2015 auf die Herkunft der Täter. Menschen mit Zuwanderungshintergrund waren bei rund jeder vierten Verhandlung zu sexuellen Übergriffen in Norwegen angeklagt, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur rund 15 Prozent entspricht.

Seit den sexuellen Übergriffen in Köln und anderen deutschen Städten Silvester 2016 beginnt sich auch in Schweden langsam die Wahrnehmungsbereitschaft zu wandeln. Vergangenes Jahr zeigten neun Frauen und Mädchen nach dem Festival „We are Stockholm“ ihre Peiniger an – es war das dritte Jahr in Folge mit solchen Übergriffen. Die Polizei sagte daraufhin, sie sei „dankbar für jede Anzeige“. Nur ein Fall wurde aufgeklärt. Inzwischen sollen mehr Polizei und Kameras auf Festivals für Sicherheit sorgen. *SV*

»Das Herz Europas«

Trump-Besuch war Balsam für das PiS-regierte Polen

Donald Trumps Reiseplanung im Vorfeld des G 20-Gipfels stellt ein politisches Signal an die europäischen Regierungen dar. Der US-Präsident besuchte nicht London, Paris oder Berlin, sondern stattete Warschau einen Besuch ab und hielt dort eine vielbeachtete Rede. Der US-Präsident würdigte Polen darin als ein leuchtendes Beispiel für die Widerstandsfähigkeit der westlichen Zivilisation und bezeichnete Polen als „das Herz Europas“.

Trump war zudem Ehrengast auf dem Treffen der sogenannten Drei-Meere-Initiative, die in Warschau stattfand. Insbesondere Polens Präsident Andrzej Duda versucht, mit dieser Initiative an das sogenannte Intermarium-Konzept der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Staatschef Jozef Pilsudski hatte versucht, eine Zwischenmeer-Allianz unter polnischen Führung zu schmieden, die von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichen und einen Block zwischen Deutschland und Russland bilden sollte.

Die nun von Warschau favorisierte Drei-Meere-Initiative umfasst insgesamt ein Dutzend mittel- und ostmitteleuropäische EU-Mitglieder, darunter Anrainer von Ostsee, Schwarzem Meer und Adria. Im Kern des Bündnisses stehen die bereits eng miteinander kooperierenden Staaten der Visegrád-Gruppe Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei.

Trumps Besuch kann nicht nur als symbolische Stärkung der polnischen Bemühungen um die Schaffung eines östlichen Machtblocks in der EU als Gegenpol zur deutsch-französischen Achse gewertet werden. Polens Führung kann sich durch den US-Präsidenten auch in ihrer Haltung gegenüber Russland bestätigt fühlen. Noch im Wahlkampf hatte Trump mit Äußerungen zur Nato und zu Russlands Präsident Wladimir Putin in Warschau Irritationen ausgelöst.

Warschau wurde London, Berlin und Paris vorgezogen

Neben der Außen- und Sicherheitspolitik spielte beim Trump-Besuch auch der wirtschaftliche Handel eine große Rolle. Trump nutzte die Gelegenheit, um für US-amerikanische Exporte von Flüssiggas (Liquefied Natural Gas) nach Osteuropa zu werben. Gelänge es den USA tatsächlich, auf dem europäischen Gasmarkt Fuß zu fassen, könnte dies dem Land dabei helfen, seine hohen Handelsbilanzdefizite abzubauen. Die Aussichten für das Vorhaben sind günstig. Eine Reihe osteuropäischer Staaten will ohnehin ihre Abhängigkeit von russischem Erdgas verringern. Eine erste Flüssiggaslieferung des US-Unternehmens Cheniere Energy ist im Juni am LNG-Terminal in Swinemünde angekommen.

Diese Bemühungen stehen im Kontrast zu den Plänen einer zweiten Leitung für russisches Erdgas durch die Ostsee direkt nach Mecklenburg-Vorpommern. Sollte das „Nord Stream 2“ genannte Projekt Realität werden, könnte Deutschland zur zentralen Drehscheibe des Erdgashandels auf dem europäischen Kontinent aufsteigen. Belastet wird das Pipelineprojekt durch Sanktionsmaßnahmen, die der US-Senat unlängst beschlossen hat. Darin wurden nicht nur die bisherigen Strafmaßnahmen gegen Russland bestätigt, sondern sogar noch erweitert. Die Bundesregierung befürchtet inzwischen, dass deutschen Unternehmen auf dem US-Markt Strafen drohen, wenn sie sich an Energieprojekten wie Nord Stream 2 beteiligen oder sie finanzieren. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) äußerte als Reaktion auf die Ausweitung der Sanktionen durch den US-Senat, die USA bezwekkten „völkerrechtswidrige extraterritoriale Sanktionen gegen europäische Unternehmen“. *N. Hanert*

Kann Frankfurt vom Brexit profitieren?

Paris ist ein starker Konkurrent und London wird seine führende Position nicht kampflos aufgeben

Innerhalb weniger Tage haben sich gleich drei japanische Banken für Frankfurt am Main als Standort ihrer Repräsentanz in der Europäischen Union entschieden. Ob die Mainmetropole zum großen Brexit-Gewinner wird, hängt sehr stark von einer wichtigen Entscheidung der EU-Kommission ab.

Mit Japans drittgrößter Bank, der Sumitomo Mitsui Financial Group, zeigt nun bereits das dritte japanische Finanzinstitut Interesse an Frankfurt als Standort. Nur wenige Tage zuvor hatten Daiwa Securities und Nomura, Japans größtes Geldhaus, angekündigt, sich in Frankfurt niederlassen zu wollen.

Punkten konnte die Mainmetropole auch bei großen US-Banken. Die Investment Bank Goldman Sachs will nach dem Brexit Teile ihres Handels von der Themse an den Main verlagern. Auch der Konkurrent Morgan Stanley soll bereits auf der Suche nach Büros in Frankfurt sein.

Trotz solcher Erfolge für Frankfurt ist der Vorsprung Londons riesig. Während die „City“, so eine gebräuchliche Kurzform, im Global Financial Centres Index auf Platz eins der wichtigsten Finanzzentren der Welt rangiert, ist Frankfurt nur die Nummer 23. Auch bei den Arbeitsplätzen spielt London in einer anderen Liga. Allein in der City of London, dem historischen und wirtschaftlichen Zentrum von Greater London (Groß-London) arbeiten mehr als 380 000 Angestellte. Im neuen Finanzentrum Canary Wharf sind noch einmal gut 130 000 Menschen beschäftigt. In Frankfurts Finanzsektor sind dagegen nur etwa 65 000 Personen beschäftigt. Der Verband der Auslandsbanken schätzt, dass durch dem Brexit in den nächsten zwei Jahren zusätzlich 3000 bis 5000 Arbeitsplätze in Frankfurt entstehen werden.

> Dass nun gleich drei japanische Banken sich für die Mainmetropole entschieden haben, ist zumindest ein Teilerfolg

Einen großen Schwung könnte die Mainmetropole erhalten, wenn es ihr gelänge, zumindest teilweise die Abwicklung von Derivategeschäften auf Eurobasis von London abzuziehen. Bereits im Frühjahr hatte Hessens grüner Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir die Hoffnung geäußert, dass es beim sogenannten Euro-Clearing eine Verteilung auf mehrere kontinentale Standorte geben werde.

Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) werden 75 Prozent des außerbörslichen Derivatehandelsgeschäfts auf Euro-Basis bislang in London abgewickelt. Dort hängen an dem Geschäftsmodell Zehntausende Arbeitsplätze. Theoretisch könnten sowohl die in Frankfurt ansässige Eurex Clearing, als auch die Clearnet SA in Paris von einer Verlagerung des Geschäfts aus London profitieren. Experten sehen allerdings Paris in einer Favoritenrolle.Die Clearnet SA ist eine Tochter der London Stock Exchange (LSE) und auf dem Kontinent schon jetzt der führende Anbieter. Naheliegend ist die Vermutung, dass die Briten im Fall der Fälle ihre Beteiligung in Paris durch das Euro-Clearing weiter stärken würden.

Ob es überhaupt zu Verlagerungen in großem Umfang kommt, ist allerdings zunehmend fraglich. Ein von der EU-Kommission unlängst präsentierter Plan lässt beim Euro-Clearing nämlich zunächst einmal vieles in der Schwebe. Als sicher kann gelten, dass die in Paris angesiedelte Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mehr Befugnisse erhalten wird, auf die auch der Finanzplatz London Rücksicht nehmen muss, falls er im Spiel bleiben will. Zudem soll die ESMA auch entscheiden können, ob Euro-Clearing-Unternehmen außerhalb der EU eine Systemrelevanz haben. In letzter Konsequenz will sich die EU-Kommission das Recht vorbehalten, Teile des Derivate-Clearings in die EU verlagern zu können.

Durch die Abzugsoption besitzt die EU-Kommission ein Druckmittel gegenüber Großbritannien in den Brexit-Verhandlungen. Der kürzliche Besuch von Vertretern der City of London in Brüssel macht deutlich, dass eine derartige Verhandlungsstrategie durchaus erfolgreich sein könnte. Laut einem Bericht der „Financial Times“ geht es bei den Kontakten, die unabhängig von der britischen Regierung laufen, darum, für den Notfall wenigstens die Möglichkeit eines Freihandelsvertrags zwischen der EU und Großbritannien auszuloten. Die Aussage der britischen Regierungschefin Theresa May, wonach kein Deal besser sei als ein schlechter, hat Ängste geweckt, dass im März 2019 ein EU-Austritt erfolgt, ohne dass Großbritannien und die EU wichtige Fragen geklärt haben. Dass Vertreter der Londoner Finanzbranche nun einen direkten Kontakt nach Brüssel suchen und damit eine Art Nebenaußenpolitik neben der der Regierung betreiben, zeugt von einem gesunden Selbstbewusstsein. Gründe hierfür sind zum einen die wirtschaftliche Macht, die hinter der City of London steht, und zum anderen die Tradition. Die City of London Corporation ist die älteste Kommunalverwaltung der Welt. Einfluss und alte Sonderrechte haben dazu geführt, dass die Quadratmeile in der Londoner Innenstadt gelegentlich sogar als „Staat im Staate“ bezeichnet wird.

Norman Hanert



Hat angekündigt, sich in Frankfurt niederlassen zu wollen: Japans größtes Geldhaus, Nomura Bild: Imago

MELDUNGEN

Steuersatz: 0,005 Prozent

Brüssel – Im Streit um Steuernachzahlungen in Milliardenhöhe spielt der I-Phone-Hersteller Apple offenbar geschickt Europäische Union und USA gegeneinander aus. Die EU fordert von dem kalifornischen Technologieunternehmen 13 Milliarden Euro. 2014 hatte Apple auf seine Gewinne in Europa einen effektiven Körperschaftssteuersatz von 0,005 Prozent bezahlt. Der europäische Firmensitz liegt in Irland. Dort hat illegale Staatshilfe die Miniabgabe ermöglicht, so EU-Steuerfahnder. Nun hat die US-Regierung Einspruch erhoben und möchte, dass die Anklage fallengelassen wird. Das Ziel: Eigene Steuerschulden bei Apple eintreiben. *FH*

Keiner ist besser als Benno Dorer

Oakland – Ein Deutscher ist der beliebteste Chef in den USA. Benno Dorer (53) führt den Konsumgüterkonzern Clorox mit Hauptsitz im kalifornischen Oakland. Das Unternehmen hat 8000 Mitarbeiter. Sie müssen ihrem Chef bei einer Umfrage der Karriereplattform Glassdoor Bestnoten gegeben haben. Glassdoor veröffentlicht alljährlich eine Liste der beliebtesten Vorstandsvorsitzenden. Dorer, der aus Furtwangen im Schwarzwald kommt, rangiert noch vor Facebook-Legende Mark Zuckerberg. *FH*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.986.886.547.488 €
Vorwoche: 1.986.851.488.114 €

Verschuldung pro Kopf:
24.177 €
Vorwoche: 24.177 €

(Dienstag, 11. Juli 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Umstrittener Tunnel

Massive Kritik an der Festen Fehmarnbeltquerung

Vergangenen Monat hat in Kiel das Planfeststellungsverfahren für die Straßen- und Schienenanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung (FFBQ) begonnen. Der 18 Kilometer lange Absenktunnel unter der Ostsee soll Fehmarn mit Skandinavien, genauer mit der dänischen Insel Lolland verbinden. Das Verfahren dürfte sich zum Leidwesen der dänischen Planer lange hinziehen, da das Mammutprojekt in Schleswig-Holstein hoch umstritten ist. 12 000 Einwendungen der Tunnelgegner müssen abgearbeitet werden.

Nach dem Tunnelbau werden starke Verkehrsströme auf Schiene und Straße erwartet, die höher und anders ausfallen dürften als 2008 prognostiziert. Zu rechnen ist mit einer deutlich weiter steigenden Zahl von Lastkraftwagen aus Dänemark auf den deutschen Autobahnen A 20 und A 7 durch Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Derzeit werden diese Autobahnen auf Teilstrecken bereits ausgebaut. Nach „Spiegel“-Informationen ist der Lkw-Verkehr auf allen deutschen Autobahnen seit Jahren stetig gestiegen, auch weil immer mehr ausländische Laster unterwegs sind – mit fatalen Folgen für die übrigen Verkehrsteilnehmer. Dies zeige eine von Verkehrsminister Alexander Dobrindt in Auftrag gegebene Studie, die seit über einem Jahr unter Verschluss gehalten werde.

Für die Schienen- und Straßenanbindung der FFBQ durch Ostholstein ab Puttgarden auf Fehmarn ist der deutsche Staat zuständig. Ein Abschnitt von 55 Kilometern der geplanten rund 80 Kilometer langen, zweigleisigen Bahntrasse bis Lübeck ist Neubaustrecke. Befürchtet wird eine immense Lärmbelastung durch

> Hoteliers und Gastwirte fürchten den Ruin

täglich 60 bis 80 Güterzüge, die laut Gutachten nach Fertigstellung der FFBQ vor allem nachts von und nach Skandinavien rollen werden. Aus diesem Grund sollen die Gleise außerhalb der Badeorte an der Ostsee verlaufen. Dennoch werden diese und andere Orte von den Auswirkungen hart betroffen sein. Erstmals hat die Deutsche Bahn Details über die Maßnahmen zum Lärmschutz auf der Eisenbahnstrecke bis Lübeck vorgelegt. Kernstück sind 24 Kilometer Lärmschutzwände, für die 87 Millionen Euro veranschlagt sind. Geblieben ist eine besondere Belastung für die Stadt Bad Schwartau, wo die 1928 gebaute Ortsdurchfahrt in den Schienenweg einbezogen wurde. Hier fordert eine Bürgerinitiative wesentlich weitergehende Maßnahmen zum Schutz vor Lärm, Erschütterungen und Feinstaub, und zwar eine Tieferlegung des Gleiskörpers mit einer Deckelung im Stadtbereich. Die Deutsche Bahn lehnt das strikt ab.

Das Forum der Tunnelbau-Gegner namens „Beltretter“ verlangt schon lange eine neue Verkehrsprognose im Zusammenhang mit der FFBQ auf Grundlage der neueren Entwicklungen. Bisher reagierte der zuständige Bundesminister auf diese Forderung nicht. Außerdem sind die Beltretter empört darüber, dass Beschwerden von Gegnern der FFBQ, die weiter als 15 Kilometer von der Eisenbahnlinie entfernt wohnen, im Planfeststellungsverfahren wohl keine Beachtung finden werden. Darunter sind jedoch auch zahlreiche Vertreter des Hotel- und Gaststättengewerbes, die durch den zu erwartenden Einbruch des Tourismus während und nach dem Tunnelbau den vollständigen Ruin für ihre Unternehmen befürchten. *D. Jestrzemski*

Arbeitskräfte zum Nulltarif

Ein neues Konzept für Langzeitarbeitslose sehen Experten kritisch

Nach der Schaffung der Ein-Euro-Jobs für Inländer und 80-Cent-Jobs für Asylsucher plant das Bundesarbeitsministerium nun zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) die Vermittlung von Hartz-IV-Beziehern an öffentliche und private Arbeitgeber zum Nulltarif. Die Vermittelten gehen arbeiten und erhalten weiter staatliche Transferleistungen. Den Arbeitgebern entstehen vorerst keine Kosten, denn im ersten Jahr des Beschäftigungsverhältnisses übernimmt die Agentur die volle Bezahlung. Im zweiten Jahr soll das Unternehmen dann zehn und im dritten Jahr 20 Prozent des Lohnes tragen. „Die hohe Förderung soll dem Arbeitgeber einen Anreiz zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen geben“, heißt es dazu aus dem Ministerium.

Bremen wurde für das 2018, also erst nach der Bundestagswahl, beginnende Pilotprojekt als Versuchsfeld gewählt. Das muss kein Zufall sein. Fast jeder sechste Einwohner des Stadtstaates lebt von Grundsicherung. Aus dem Bundesarbeitsministerium heißt es dazu, man wolle „nachhaltige Chancen für Langzeitarbeitslose schaffen“.

Das Ganze ist nicht mehr und nicht weniger als ein Paradigmenwechsel. Lange Zeit wollten die Verantwortlichen von einem sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose nichts wissen. Vorherrschende Philosophie war, dass es in Zeiten des Jobbooms für jeden eine Chance auf reguläre Arbeit geben müsse. Doch während die Beschäftigung steigt und steigt, verharrt die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit Jahren bei rund einer Million.

> Gratisjobber werden zur Konkurrenz für regulär Beschäftigte

Erst in seiner Schlussphase gab der inzwischen abgelöste BA-Chef Frank-Jürgen Weise zu erkennen, dass er sich für einen harten Kern Lohnsubventionen vorstellen kann. Sein Nachfolger Detlef Scheele wurde jetzt konkreter: Von einem sozialen Arbeitsmarkt könnten deutschlandweit bis zu 200 000 schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose profitieren – vorausgesetzt, die notwendigen Milliarden stehen zur Verfügung. Die Grundidee lautet: Statt Hartz IV und Wohnung wird ein regulärer, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz finanziert. Langzeitarbeitslose kommen so aus dem Hilfebezug raus und nehmen am normalen Arbeitsleben teil. In Betracht kommen „marktferne Menschen, die mittel- bis längerfristig keine Chance auf eine Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt haben“. Arbeitsmarktexperten sehen das Vorhaben allerdings skeptisch: Die Gefahr ist groß, dass die Gratisarbeitskräfte regulär angestellte Beschäftigte verdrängen. Neue Arbeitslosigkeit wäre die Folge.

Zimperlich waren die Arbeitsagenturen allerdings auch in der Vergangenheit nicht, wenn es darum ging, ihren „Kunden“ Jobs anzubieten. Nach der Legalisierung der Prostitution wurden arbeitslosen Frauen tatsächlich entsprechende Arbeitsstellen offeriert, kombiniert mit der Drohung, die gewährten Leistungen zu kürzen, wenn das Vermittlungsangebot ausgeschlagen werden sollte. Erst 2009 schob das Bundesarbeitsgericht dem einen Riegel vor. Das schien sich aber nicht überall herumgesprochen zu haben. 2013 wurde einer 19-Jährigen von der Arbeitsagentur Augsburg eine Stelle an der Theke eines Eros Centers angeboten. Ein Versehen, wie dann der Chef der Agentur behauptete. *Hans Lody*

Gipfel-Zumutung

Von Harald Tews

Brennende Autos, geplünderte Geschäfte und in einem Stadtteil ein Festival der Gewalt waren der höchste Preis, den die Hamburger für den G20-Gipfel zu zahlen hatten. Hinzu kam für alle der Preis für Verspätungen und Behinderungen im Verkehr. In Nebenstraßen standen Autofahrer bis zu vier Stunden im Stau fest, weil die Hauptverkehrsadern der Stadt gesperrt waren. Die Gipfelteilnehmer sollten freie Fahrt haben – so wie Despoten in Diktaturen.

Immerhin war es ein Fest für Radfahrer, sie durften die gesperrten Straßen benutzen. Wer auf öffentliche Busse wartete, hatte gleich schlechte Karten, und U-Bahnen fuhren ohne Ankündigung an manchen Haltestellen vorbei, die kurzfristig dichtgemacht wurden.

Das sind nur die verkehrspolitischen Zumutungen, welche die Hamburger zu ertragen hatten. Viel schwerwiegender waren die sicherheitspolitischen Zumutungen. In Altona und an der Elbchaussee zogen marodierende Chaoten durch die Straßen und zündeten ungehindert parkende Autos an. Wer die Polizei rief, musste lange auf ihr Eintreffen warten. Da waren die Brandstifter längst verschwunden, kein einziger wurde wegen Brandschatzung verhaftet. Wo waren da die 20000 Polizisten, die für den Gipfel in die Stadt gerufen waren? Sie scheinen nicht für die Bürger dagewesen zu sein. So machte sich in Hamburg das Gefühl breit, dass den Politikern der eigene Schutz wichtiger ist als der des Volkes. Das ist gelungen. Glückwunsch!

In Endloskolonnen begleiteten ganze Polizeimassen die G 20-Teilnehmer zum hermetisch abgeriegelten Konzert in die Elbphilharmonie, während die Sternschanze zu brennen anfing. Drei Stunden lang tobte sich dort der Mob aus, ehe eine Spezialeinheit der Polizei an den Tatort kam. Viele hatten eine Schlacht in dem links-alternativen Szeneviertel, das in unmittelbarer Nachbarschaft zum Tagungszentrum liegt, vorhergesagt. Warum wurde es also nicht ebenso zur höchsten Sicherheitsstufe erklärt wie das Viertel, in dem Donald Trump residierte und in das die Chaoten gar nicht erst hineingekommen sind?

Im Vorfeld gab es genug Warnungen vor diesen Gewalttätern, nicht umsonst wurde in Hamburg die größte Polizeiaktion aller Zeiten in Deutschland organisiert. Sieht man sich das Ergebnis an, muss man von einem gigantischen Versagen sprechen. Und sieht man sich die „Ergebnisse“ des G 20-Gipfels an, irgendeine Absichtserklärung zum Freihandel und ein Klima-Dissens, der als Kompromiss verkauft wird, dann müssen sich die Hamburger verhohnepiepelt fühlen. Sie bezahlten einen hohen Preis für Nichts.

Hamburger bezahlten einen hohen Preis

Angela Merkel, die den G 20-Gipfel in ihre Geburtsstadt geholt hat, wird es wieder schaffen, die Verantwortung für dieses Versagen auf andere abzuwälzen. Bürgermeister Olaf Scholz muss es jetzt ausbaden. Es sind schon Politiker zurückgetreten, deren Versagen weit geringeren Schaden angerichtet hat. Wenn in der Stadt keine politischen Konsequenzen aus diesem Debakel gezogen werden, dann ist das für die Hamburger der Gipfel an Zumutung.

So versagt der Bundestag

Von Hermann Paul Winter

Der Bundestag hat am 30. Juni ein Gesetz zur Ehe für Homosexuelle beschlossen, das geschätzte 50000 Bürger, also nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung, besserstellt als bisher. Das mag löblich sein. Bei der Diskussion über die Rechte Homosexueller auf der einen und den Verfall von Werten auf der anderen Seite sind jedoch wichtige Aspekte unter den Tisch gefallen, die diese Gesetzgebung in ein höchst kritisches Licht rücken.

Bei ihrer Entscheidung beriefen sich die Abgeordneten unter anderem auf nicht näher dargelegte Umfragen, nach denen 70 bis 80 Prozent der Befragten die „Ehe für alle“ befürworten. Online-Befragungen ergaben hingegen eine eher minimale Mehrheit für das Gesetz. Die Belastbarkeit der zu Rate gezogenen Umfragen ist also äußerst zweifelhaft.

Wenn nun neuerdings Meinungsumfragen als Grundlage parlamentarischer Entscheidungen dienen sollen, so wäre es nur konsequent, diese auch im Falle der Rettungspakete für Griechenland, der millionenfachen illegalen Einwanderung und der Etablierung islamischer Strukturen zu Rate zu ziehen. Die diesbezüglichen Entscheidungen des Bundestages lehnen die Deutschen laut seriöser Umfragen mit großer Mehrheit ab.

Politisch korrekter Minderheitenschutz vor Kindeswohl

Im Siegestaumel ließen die grünen Abgeordneten im Plenarsaal Konfetti regnen. Wie unwürdig! Mehr noch: Der Großteil der Abgeordneten verließ danach den Saal, um sich hinter den Kulissen der Feierlaune hinzugeben.

Skandalös: Bei der sich anschließenden Abstimmung war dann gerade noch ein Zehntel der Abgeordneten anwesend. Dabei stand Heiko Maas' Zensurgesetz auf der Tagesordnung, dessen Folgen nicht eine Minderheit, sondern alle Bürger zu tragen haben. Die Interessen von Millionen Bürgern waren den Abgeordneten in ihrer Siegeseuphorie schlicht gleichgültig.

Mit der „Ehe für alle“ können nunmehr Kinder auch von Homosexuellen adoptiert werden. In der kurzgehaltenen parlamentarischen Debatte blieb auf der Strecke, was dies für das Kindeswohl bedeutet. Jahrzehntelang hat der Staat höchste Ansprüche an Paare gestellt, die ein Kind adoptieren wollten. Spätestens ab einem bestimmten Alter werden die von Homosexuellen adoptierten Kinder möglicherweise in schwere innere Nöte geraten, weil sie nicht die Möglichkeit hatten, ein Vater- und ein Mutterbild zu finden. Allein wo dieser Verdacht besteht, hätte der Schutz der Kinder Vorrang vor den Rechten homosexueller Erwachsener haben müssen.

Der Bundestag hat sich in einer Gewissensentscheidung für den politisch korrekten Minderheitenschutz und gegen das Kindeswohl entschieden. Der Konservatismus in Deutschland hat erneut verloren.



Nach der Entscheidung des Deutschen Bundestags für die Ehe für alle: Grüne Abgeordnete lassen im Plenarsaal Konfetti regnen

Bild: pa

Gegenwind



Wo ist das Sprachgefühl der Journalisten?

Von Florian Stumfall

Es gab Zeiten, in denen war die deutsche Sprache mehr als ein Medium für Mitteilungen, sie war Instrument von großen Geistern und Ästheten, ein Kulturgut, konstitutiver Baustein einer Nation, die ideelle Verbindung zu den Hervorbringungen vergangener Jahrhunderte. Solche Zeiten sind vorbei, und diese traurige Bilanz belegt niemand eindringlicher und unabweislicher als die Gilde der Journalisten, die täglich mit dem, was von der Sprache übriggeblieben ist, umzugehen haben, zum Schaden der Letzteren.

Wenige Tage, die man mit dem Sammeln von Belegen verbringt, ergeben eine derartige Fülle an Beispielen, dass es geboten erscheint, diese zu ordnen. Da scheinen zunächst die Hässlichkeiten auf, die keineswegs als nebensächlich angesehen werden dürfen, denn sprachliche Hässlichkeiten sind sündhaft. Da rangiert weit vorne die aus dem Bergbau entnommene Floskel „vor Ort“, wobei sich kaum jemand darüber im Klaren sein dürfte, dass „Ort“ in diesem Zusammenhang sächlich ist. Es handelt sich um ein meist völlig überflüssiges Füllsel, das in seiner Wirkung mehrere andere Ausdrücke verdrängt und somit dem Schwinden des Wortschatzes Vorschub leistet. Unerträglich auch das grassierende „Bauchgefühl“. Abgesehen davon, dass es keine alternierende Rücken- oder Fußgefühle gibt, unterstellt es, das Wort „Gefühl“ für sich allein besitze nicht genügend Aussagekraft um auszudrücken, was gemeint ist.

Von peinlicher Idiotie ist das weitverbreitete „klammheimlich“, einst von irgendeinem namenlosen Gymnasiasten hervorgebracht, der „heimlich“ mit dem lateinischen Synonym „clam“ zusammenfügte, um durch diese Verdoppelung eine gewisse Heiterkeit zu erzeugen. Heute feiert der nicht ganz auspubertierte Pennäler-Witz verbreitete Urständ in TV-Kommentaren, Leitartikeln und anderswo. Mit einem Unterschied: Der Versuch, witzig zu sein, ist längst gefallen, man nimmt den Blödsinn ernst.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Das leitet über in die Region, in der sich die Hässlichkeiten mit sprachlichen Fehlern vereinen. So etwa das sinnwidrige „in keinster Weise“. Wer eine Spur von Sprach-Logik besitzt, weiß, dass man „kein“ nicht steigern kann. Es gibt demnach auch keine „keinere“ Weise. Auch hier ein lang zurückliegender flacher Versuch, komisch zu sein, der einer unsinnigen Formulierung zu bleibendem Aufenthalt im deutschen Wortschatz verholfen hat.

Dem Mangel an Sprachgefühl verdankt auch die gewandelte Handhabung des Wortes „ganz“ im Sinne einer unbestimmten Mengenangabe ihre Wirkung. Diese Verwendung von „ganz“ beschreibt eine geringe Menge: „Er gab ganze zehn Pfennig Trinkgeld“, wodurch der Nachweis des Geizes erbracht ist. Die Fühllosigkeit gegenüber der eigenen Sprache hat den Sinn ins Gegenteil verdreht: Heute ist die Rede von „ganzen“ xyz Lichtjahren, die dieser oder jener Stern von der Erde entfernt ist. „Ganz“ soll also eine große Menge ausdrücken.

Unsinnig auch eine sprachliche Neuerscheinung, die sich verbreitet hat wie ein Steppenbrand: das Wort „zeitgleich“. Es ist dabei, „gleichzeitig“ vollständig zu verdrängen. Dabei bedeutet es etwas ganz anderes. Wenn zwei Ski-Fahrer eine Piste „zeitgleich“ hinunterfahren, so kann es sein, dass es der eine heute, der andere aber nächste Woche tut. Etwas anderes, sie täten es „gleichzeitig“, dann gälte für beide derselbe Startschuss. Doch dann ist noch nicht ausgemacht, dass sie dazu dieselbe Anzahl von Sekunden brauchen. Sprachgefühl? Fehlanzeige. Es scheint nicht zur Stellenbeschreibung von Journalisten zu gehören.

War da nicht eben die Rede von „derselbe“? Es lohnt sich, darauf zu achten, wer von der schreibenden Gilde seine Muttersprache soweit beherrscht, dass er „derselbe“ und „der gleiche“ zu unterscheiden vermag. Oder wie die Bedeutungen von „scheinbar“ und „anscheinend“ bedenkenlos durcheinander geworfen werden.

Ganz zu schweigen von zahlreichen Finessen wie etwa der unterschiedlichen Bedeutung der Plural-Bildungen „Haufe“ und „Haufen“; das eine ist eine Ansammlung von Menschen, das andere zusammengekehrtes Laub. Oder: Wer hält denn die Begriffe „verhindern“ und „vermeiden“ auseinander? So gut wie niemand. Dazu ein Beispiel fürs schlichte Gemüt: Der Torwart sucht den Treffer des Gegners zu verhindern. Dazu muss er jeden Fehler vermeiden. „Verhindern“ richtet sich an einen anderen, „vermeiden“ an die eigene Person. Oder: Das Wort „überreden“ stirbt einen leisen Tod, es heißt nur noch „überzeugen“. Wieder dasselbe Bild: kein Sprachgefühl und als Ergebnis ein Dahinschmelzen des Wortschatzes. Diese Entwicklung ist kein Zufall: mangelnde Bildung und geringer Wortschatz gehören zueinander.

Und weiter, wenn auch nur stichwortartig. A propos „Wort“. Wann lautet der Plural „Worte“ und wann „Wörter“? Auch hier gibt es einen Sinn-Unterschied. Reporter „evakuieren“ bei Katastrophen die Menschen – nur, dass „evakuieren „leeren“ heißt, bei Menschen nennt man das den Magen auspumpen. Evakuiert werden Häuser oder Ortschaften. Wer kennt den Unterschied zwischen „hängen“ und „hangen“ und den sich dahinter verbergenden zwischen transitiv und intransitiv? Gut – man muss das nicht wissen, aber wenn man es nicht weiß, sollte man nicht Journalist werden. Dann ist wieder die Rede von einem „bestellten Sachverständigen“. Das müsste im Ohr wehtun. Bestellt wird ein Schnitzel, allenfalls ein Acker. Sachverständige bestallt man.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Es kann nicht verwundern, dass, wenn bei den meisten Journalisten das Sprachgefühl schon bei einfachen Fragen versagt, die anspruchsvolleren völlig unbeantwortet bleiben. Daher noch einmal das Beispiel einer sprachlichen Delikatesse, die man im täglichen Umfang missachten mag, die jemand, dessen Werkzeug die Sprache ist, aber beherrschen sollte. Kaum jemand tut's. Es geht um die Frage: wann sagt man „sei“ und wann „wäre“, analog die entsprechenden Formen stark flektierter Verben. Eigentlich ist die Sache ganz einfach. „Sei“ ist der einfache Konjunktiv, „wäre“ gehört zum Irrealis, Potentialis oder Eventualis. Wer sagt, oder schlimmer, schreibt, dieser oder jener „wäre“ gekommen, und dabei nicht innerlich hört, dass sich daran eine Bedingung knüpft, „wäre“, wenn dies und das nicht eingetreten wäre, der beherrscht seine Muttersprache nicht, auch wenn er mit Schreiben sein Geld verdient.

Dasselbe gilt für die Abfolge der Zeiten, in Fachkreisen auch consecutio temporum genannt, und einst Bestandteil des Lehrplanes solch alberner Pennäler, die das „klammheimlich“ erfunden haben. Der Einfachheit halber ein Beispiel aus jüngster Zeit, zur Verfügung gestellt vom Bayerischen Rundfunk: „Gurlitt ist gestorben und vermachte seine Sammlung einem Schweizer Museum.“ Könnte der Autor Deutsch, so müsste ihm klar sein, was er da sagt: Gurlitt ist zuerst gestorben, im Anschluss hat er seine Verfügung getroffen. Die Regel, dass das Präsens mit dem Perfekt, das Imperfekt mit dem Plusquamperfekt korrespondiert, ist nicht Gemeingut der schreibenden Gilde. Gerne sagt man „hatte“, ohne Rücksicht auf die Sinnhaftigkeit, weil es für viele vornehmer klingt als „hat“. Es ist ein Trauerspiel. Jaja, die Sprache habe sich immer geändert, mag jemand einwerfen. Gewiss. Doch ehedem verursachten diese Änderung die Dichter und Philosophen, heute sind es Journalisten und Politiker. Ein schmerzlicher Unterschied.

So viel wert wie eine Insel

Der 14. Juli ist in der Geschichte als Jahrestag des Sturms auf die Bastille und damit als Geburtstag der Französischen Revolution eingegangen. An jenem Tag vor genau 200 Jahren starb eine Frau, die ganz dicht die Ereignisse von 1789 miterlebt hat, die mit deren Protagnisten wie Talleyrand oder Napoleon bekannt oder sogar liiert war und die später in ihrem Buch „De l'Allemagne" Deutschland eine Vorreiterrolle zusprach im Kampf um die Einheit Europas.

In ihrem Buch hat Germaine de Staël, die in der Literatur besser bekannt ist als Madame de Staël, das positive Bild eines Deutschlands der „Dichter und Denker" entscheidend mitgeprägt. Über sie selbst machte das Zitat die Runde: „Es gibt drei Mächte in Europa: England, Russland und Madame de Staël."

Tatsächlich galt sie damals als eine der mächtigsten Frauen Europas, und das, obwohl sie nie ein offizielles Amt besaß, dafür aber viel Geld und Geist. Das Geld kam von ihrem Vater, der Genfer Bankier Jacques Necker, der bis zur Französischen Revolution Finanzminister unter Ludwig XVI. war. Seine hellsichtige Tochter hätte um ein Haar die königliche Familie vor der Guillotine gerettet, als sie dieser zur Flucht riet, was aber auf Ablehnung stieß.

Die 1766 geborene Germaine galt wegen des väterlichen Vermögens als begehrteste Partie Frankreichs. Allerdings konnte sie dort, wo der Protestantismus seit 1685 verboten war, als Anhängerin dieser Konfession nicht so einfach einen katholischen Adeligen heiraten. Nun betrieb der Vater eifrig Heiratspolitik und erkor, als Germaine zwölf Jahre alt war, den schwedischen Stabsfähnrich Eric



Bild: CF

Madame de Staël um 1812

Magnus Staël von Holstein zum Heiratskandidaten. Er war Protestant, kam aus einem deutschbaltischen Adelsgeschlecht, war aber wenig vermögend und „nur" Legationssekretär an der schwedischen Botschaft in Paris.

Doch nur als Botschafter dürfe er um Germaines Hand anhalten, so wollte es der Vater. Schwedens König Gustav III. knüpfte eine Bedingung an die Ernennung Staëls zum Botschafter: Erst wenn es ihm gelänge, dass Frankreich eine seiner Kolonialinseln an Schweden abtritt, würde er befördert. Nach sieben Jahren zäher Verhandlungen gelangte Staël unter tätiger Hilfe des Finanzministers Necker zum Ziel: Schweden kam in den Besitz der kleinen Antillen-Insel Saint-Barthélemy und Staël in den von Germaine.

Die war aber inzwischen klug genug, um sich nicht einfach für eine Insel an den sterbenslangweiligen Staël verhökern zu lassen. Sie ging fremd, zeugte fünf Kinder von vier verschiedenen Vätern und bereiste Deutschland, nachdem sie sich mit Napoleon überworfen hatte und aus Paris verbannt worden war.

In dem Romantiker August Wilhelm Schlegel fand sie einen Geistesverwandten. Er rettete vor der Zensur ihr Manuskript „De l'Allemagne", das auch als Übersetzung „Über Deutschland" bis heute den Ruhm der Madame de Staël aufrechterhält. *H. Tews*

Feiner Pinselstrich

Die erstaunliche Wiederentdeckung der Jane Austen – Die britische Romanautorin starb vor 200 Jahren

Seit Mitte der 1990er Jahren erlebt die britische Autorin Jane Austen eine unerwartete Renaissance im Kino. Dabei widersetzen sich ihre handlungsarmen Romane dem von Sex, Drogen und Rock geprägten modernen Zeitgeist.

Als Startschuss der Jane-Austen-Renaissance gilt das Jahr 1995. Damals kamen nahezu zeitgleich drei Verfilmungen von Austen-Klassikern heraus: „Jane Austens Verführung" nach ihrem Roman „Persuasion" (zu Deutsch eigentlich: Überredung), die BBC-Miniserie „Stolz und Vorurteil" mit Colin Firth – sowie „Sinn und Sinnlichkeit". Letztere schlug ein wie eine Bombe, gewann einen Oscar und war auch hierzulande dank eines brillanten Ensembles um Hugh Grant, Kate Winslet, Emma Thompson und Alan Rickman einer der Kinohöhepunkte des Jahres.

Jetzt gab es kein Halten mehr. Die Wiederbelebung setzte sich auf allen Ebenen fort. 1996 schrieb die englische Autorin Helen Fielding mit „Bridget Jones – Schokolade zum Frühstück" eine Art moderne Fortsetzung von „Stolz und Vorurteil". In der Kinofassung von 2001 trat erneut Colin Firth als Mr. Darcy auf wie zuvor schon in dem Austen-Film von 1995. Es folgten bis heute eine ganze Reihe von Austen-Filmen, Biografien, Neuübersetzungen der Romane (siehe Kasten) und irrwitzige Randprodukte, die den Austen-Schub kommerziell für sich nutzten wie zum Beispiel der Horrorfilm „Stolz und Vorurteil und Zombies" von 2016.

Und nicht genug damit: Zum 200. Todestag verdrängt das einzig erhaltene Konterfei Jane Austens,



Das einzige authentische Porträt von Jane Austen stammt von ihrer Schwester Cassandra (zirka 1810) Bild: National Portrait Gallery, London

das ihre Schwester Cassandra mit künstlerisch recht unbeholfener Hand angefertigt hat, das des Evolutionisten Charles Darwin auf der neuen Zehn-Pfund-Banknote, welche die Bank of England im September herausgibt. Ein nicht authentischer Scherenschnitt der Romantikerin wird außerdem eine Zwei-Pfund-Münze zieren.

In Zeiten der Frauenbewegung kann man diese Idealisierung einer vorviktorianischen Autorin als Zugeständnis an den Feminismus deuten. Auch wenn eines der Meisterwerke Jane Austens – genau wie Alice Schwarzers Zeitschrift – „Emma" heißt, wäre es jedoch fatal, sie auf die Rolle einer Vorkämpferin der Em(m)anzipation zu reduzieren.

Als sie zu schreiben anfing, gab es bereits eine reichhaltige Erzähltradition britischer Autorinnen. Ende des 18. Jahrhunderts schrieb Anne Radcliffe Gothic Novels wie „Udolpho", Maria Edgeworth den historischen Roman „Castle Rackrent" und Fanny Burney Sittenromane wie „Camilla". Vor allem letztere bereitete als Vorbild den Weg vor für Austen Romane, auch wenn diese zunächst keinen Verleger fanden. Erst 1811, rund 20 Jahre nachdem Austen ihr Jugendwerk umgeschrieben hatte, erschien anonym ihr erster Roman „Sinn und Sinnlichkeit" mit dem Zusatz „By a Lady" (von einer Dame).

In der Zwischenzeit hatte die in Südengland als Pfarrerstochter aufgewachsene Austen erzählerische Fortschritte gemacht. Ihre Jugendwerke waren meist Briefromane in der Nachfolge des englischen Schriftstellers Samuel Richardsons. Das ermöglichte zwar Perspektivwechsel je nach Sicht des Briefautors, aber eben keinen Blick aufs Ganze aus der Distanz heraus. Das wiederum hätte nur ein allwissender Erzähler erreicht, so wie Fielding seinen Roman „Tom Jones" aus der Objektive erzählt, was allerdings auf Kosten der Subjektivität geht.

Jane Austen hat nun einen wichtigen Beitrag zur Erzählkunst dadurch geleistet, dass sie beide Erzählebenen miteinander kombiniert hat. Sie erfindet die Rolle des ironisch distanzierten Erzählers und lässt das Geschehen abwechselnd aus der Sicht ihrer Protagonisten berichten.

Ihre Liebesromane sind daher so etwas wie Rosamunde Pilcher in subtiler Ironie statt in Rosarot. Auch wenn ihre Werke meist mit einer Heirat enden, lässt Austen, die bis zu ihrem Tod mit 41 Jahren unverheiratet und kinderlos blieb, leise Zweifel an der Institution der Ehe.

Auch an der Tugendhaftigkeit ihres weiblichen Personals zweifelt sie ironisch. Sie bricht das gewohnte Rollenschema vom naiven Opferlamm und dem ruchlosen Verführer auf. In „Stolz und Vorurteil" sind Elizabeth Bennet und in „Emma" die Titelheldin die Blamierten, die wegen ihres blinden Stolzes den Anstand der ihnen anfangs unsympathisch erscheinenden Männer (Mr. Darcy, Mr. Knightley) nicht erkennen.

„Waverley"-Autor Sir Walter Scott beneidete Jane Austen um ihren „feinen Pinselstrich". In unserer hektischen, grobschlächtigen Zeit 200 Jahre nach dem Tod von Jane Austen – sie starb tuberkulosekrank am 18. Juli 1817 in Winchester – ist die Sehnsucht nach feinen, sanften und ironische Strichen offenbar wieder besonders groß. *Harald Tews*

Lektüretipps: Jane Austens Werke sind bei dtv, Reclam und Manesse erschienen. Bei Manesse frisch auf dem Markt ist Andrea Otts Neuübersetzungen von **Vernunft und Gefühl** (416 Seiten, 26,95 Euro) und im (deutschen) Penguin Verlag **Stolz und Vorurteil** (640 Seiten, 24,90 Euro). Bei Lambert Schneider gibt es die neue Austen-Biografie **By a Lady** von Rebecca Ehrenwirth und Nina Lieke (224 Seiten, 24,95 Euro). Mit **Jane Austen. Eine Entdeckungsreise durch ihre Welt** blickt Holly Ivins hinter die Romankulissen (DVA, 240 Seiten, 14,99 Euro), und Brigitte Ebersbach stellt **Gäste und Feste bei Jane Austen** anhand von Original-Texten und -Rezepten vor (ebersbach & simon, 144 Seiten, 16,80 Euro).

Große Bandbreite

Dirigent Hansjörg Albrecht tritt mit dem Hamburger Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Chor auf

Die Feiern zum 250. Todestag von Georg Philipp Telemann sind in Hamburg kaum verklungen (die *PAZ* berichtete), da drängt sich wieder dessen Patenkind Carl Philipp Emanuel (CPE) Bach in den Vordergrund. Der weltweit einzige Chor, der nach dem in Hamburg wirkenden berühmtesten Sohn Johann Sebastian Bachs benannt ist, tritt zum Ende der Konzertsaison 2016/17 am 16. und 17. Juli in der Musik- und Konzerthalle in Lübeck mit Maurice Ravels „Daphnis und Chloe" auf, dirigiert von Ryusuke Numajiri, dem Generalmusikdirektor des Lübecker Theaters.

Der CPE-Bach-Chor ist an der Elbe eine Institution. Seine Weihnachtskonzerte, bei denen Prominente Geschichten und Gedichte vorlesen, sind bis auf den letzten Platz besetzt. Sogar Heinz Rühmann trat hier bis 1993 regelmäßig auf. In den vergangenen Jahren waren Gaby Dohm, Sky du Mont, Senta Berger und Margot Käßmann mit dabei. Seit 1998 ist das Ensemble selbstständig und arbeitet mit verschiedenen Chorleitern und Dirigenten zusammen.

Dass sie sich auch im modernen Repertoire zu Hause fühlen, haben die Sänger des CPE-Bach-Chors Anfang 2017 bewiesen. Im Januar dirigierte Hansjörg Albrecht zwei Konzerte mit dem „War Requiem" von Benjamin Britten im Hamburger Michel sowie in St. Nikolai in Rostock – ein gemeinsames Projekt mit der Musikhochschule in Rostock.

Knapp einen Monat später folgte in St. Johannis in Hamburg-Harvestehude der „Sonnengesang" für Chor, Cello, Celesta und Schlagzeug, eine Komposition der russischen Komponistin Sofia Gubaidulina. Das Besondere daran: Das Werk wurde mit Bachs Motette „Jesu meine Freude" auf moderne Art und Weise kombiniert. „2016 ist die Hamburger Bach-Preisträgerin 85 Jahre alt geworden, und in Hamburg ist kaum etwas zu ihren Ehren geschehen", erklärt Jörg Bode, Vorsitzender des Chorvorstands: „Mit der Aufführung des ‚Sonnengesangs' wollten wir selbst etwas auf die Beine stellen. Unser ständiger Gastdirigent Hansjörg Albrecht hat dieses Stück extra dafür ausgesucht."

Albrecht ist Dirigent, Organist und Cembalist sowie künstlerischer Leiter des Münchner Bach-Chors und Bach-Orchesters. Mit dem CPE-Bach-Chor arbeitet er seit 2006 zusammen und experimentiert dabei besonders gern mit der Kombination älterer und moderner Musik. „Ich versuche das Repertoire in schlüssigen Querverbindungen immer wieder auszuweiten – nicht, weil ich Bach langweilig finde, sondern weil wir im Hier, Jetzt und Heute leben", sagt Albrecht. „Der Sonnengesang" sei für die Musiker eine bereichernde und wunderschöne Erfahrung gewesen. Sie erlebten, wie die scheinbar unvereinbare Musik des 18. und 21. Jahrhunderts ineinandergreift und sich gegenseitig befruchtet. Auch das Publikum war extrem verblüfft.

Die größte Herausforderung steht Albrecht und dem CPE-Bach-Chor allerdings noch bevor:



Weltweit auf Tour: Der CPE-Bach-Chor unter der Leitung von Hansjörg Albrecht in der Stettiner Philharmonie Bild: Jakub Gibowski

Bachs „Weihnachtsoratorium" am 22. Dezember in der Elbphilharmonie. Mit den Proben hat der Chor schon im Frühjahr begonnen, um sich intensiv auf die außergewöhnliche Akustik im großen Konzertsaal vorzubereiten. Im Herbst will Albrecht auf den optimalen, gemeinsamen Klang hinarbeiten: „Bach hat sein Oratorium ja nicht für eine Gesamtaufführung in einem modernen Konzertsaal komponiert, sondern für die Thomaskirche in Leipzig. Natürlich kann man sich fragen, ob große sinfonische Musik nicht besser zu einem solchen Saal passt. Doch für mich ist der große Konzertsaal der neuen Elbphilharmonie ein phänomenaler neuer Raum. Das Publikum wird die Feinheiten dieses Meisterwerks viel facettenreicher hören als in einer Kirche mit viel Hall."

Doch auch vor dem Debüt in der Elbphilharmonie hat der Chor noch viel vor. Im September startet in Lübeck eine Reihe mit Aufführungen von Orffs „Carmina Burana" unter der Leitung von Andreas Wolf. In der Kombination mit dem Violoncello-Konzert von Antonin Dvorák singt der Chor im November Mozarts Requiem in der Laieszhalle Hamburg und in der Berliner Philharmonie. Zur Adventszeit folgt ein Weihnachtskonzert mit Senta Berger.

Mit Beethovens Neunter in der Laieszhalle verabschieden der CPE-Bach-Chor und die Symphoniker Hamburg traditionell das alte Jahr und begrüßen das neue. Das Interesse ist so groß, dass die alte Hamburger Musikhalle bis auf den letzten Platz ausgebucht ist. Die Atmosphäre der beiden Konzerte ist für Musiker und Zuschauer eben eine ganz besondere. 2018 will sich der Chor wieder seinem Namenspatron widmen: mit einem Festkonzert aus Anlass des 250-jährigen Amtsantritts von C.P.E. Bach in Hamburg, der am 2. April 1768 als städtischer Musikdirektor und Johanneums-Kantor das Erbe Telemanns antrat. *Jolanta Lada-Zielke*

Konzerttermine und Karten-Infos unter www.cpe-bach-chor.de

MELDUNGEN

José Carreras folgt auf Sting

Regensburg – Bei den Thurn-und-Taxis-Schlossfestspielen, die zu den größten Freiluftveranstaltungen des Landes gehören, sind wieder viele Klassik- und Pop-Stars mit von der Partie. So auch Ronan Keating (16.7.), Amy MacDonald (17.7.), Zucchero (18.7.), Haindling (19.7.), Max Mutzke (20.7.), Art Garfunkel (21.7.) und José Carreras (23.7.). Eröffnet wird am 14. und 15. Juli mit Verdis „Aida". Infos und Karten: www.schlossfestspiele-regensburg.de *tws*

Das gläubige Staunen

Berlin – Am 14. Juli eröffnet im Pergamonmuseum die Ausstellung „Gläubiges Staunen – Biblische Traditionen in der Islamischen Welt". Bis zum 15. Oktober sind hochkarätige Handschriften aus den Beständen der Orientabteilung der Staatsbibliothek zu sehen, die Zeugnis abgeben über die Vielfalt der christlichen Traditionen im Vorderen Orient. *tws*

Auszeichnung für Brigitte Kronauer

Lübeck – Die Hamburger Schriftstellerin Brigitte Kronauer erhält den diesjährigen Thomas-Mann-Preis. Die 1940 in Essen geborene Autorin bekommt die mit 25 000 Euro dotierte Auszeichnung am 18. Oktober in der Akademie der Schönen Künste in der Münchener Residenz verliehen. *tws*

Thomas Dehler – ein »gescheiterter Politiker«?

Vor 50 Jahren starb der Gegenspieler Adenauers, erste Justizminister der Bundesrepublik und FDP-Vorsitzende von 1953 bis 1957

Jüngere werden bei Thomas Dehler noch am ehesten an das Thomas-Dehler-Haus denken, die Parteizentrale der FDP von 1993 bis März 2017. Der als außergewöhnlich selbstkritisch beschriebene Politiker konnte sich in der Deutschlandpolitik in der Tat nicht gegen Konrad Adenauer durchsetzen. Aber war er deshalb ein „gescheiterter Politiker", wie er am Ende seines Lebens selber meinte?

„Er war ein großer Mann. Wer wird der Nächste sein?" Dies soll Thomas Dehler geäußert haben, als er am späten Nachmittag des 25. April 1967 in Bonn das Vorbeigleiten des Schiffskonvois mit dem Sarg Konrad Adenauers verfolgte, der nach dem Pontifikalamt im Kölner Dom auf den Rhöndorfer Waldfriedhof überführt wurde. Sofern die Frage nach dem „Nächsten" mit Blick auf die Reihen der Bonner Politprominenz der frühen Bundessrepublik gestellt war, entbehrt die Antwort nicht einer gewissen Tragik. Dehler selbst war es, der kein Vierteljahr später, am 21. Juli 1967, verstarb. Mit knapp 70 Jahren war der einstige FDP-Vorsitzende und Justizminister weit vom nahezu biblischen Alter des ersten Bundeskanzlers entfernt.

Die anerkennenden Worte, die Dehler für Adenauer fand, sind umso bemerkenswerter, als die beiden es einander nie leicht gemacht haben. Hier der rheinisch-katholische, christlich-konservative Bundeskanzler, dort der katholisch getaufte Freimaurer und Liberale aus Franken, dessen zentrales Anliegen die Einheit des Landes war. Große Kämpfer waren sie beide. Vor allem in der Deutschlandpolitik und der damit zusammenhängenden internationalen Orientierung herrschten klar getrennte Auffassungen. Es kam mehrfach zu schweren Zusammenstößen. Dass Dehler dabei zu wenig Leidenschaft gezeigt hätte, wurde nie behauptet.

Geboren wurde Dehler am 14. Dezember 1897 in Lichtenfels im bayerischen Regierungsbezirk Oberfranken. Nach dem Jurastudium engagierte er sich in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei. Dehlers Lebensmittelpunkt bildete Bamberg. Als Anwalt war er gut situiert. Nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten hatte er vielfache Angriffe und Repressalien zu erdulden. Er vertrat jüdische Mandanten und stand zu seiner jüdischen Ehefrau. Diese Verbindung galt nach den Begrifflichkeiten der Nürnberger Gesetze als „privilegierte Mischehe". Irma Dehler war damit geschützt, aber Verwandte von ihr wurden deportiert. Thomas Dehler selbst wurde 1938 kurzzeitig verhaftet, 1944 wurde er zwangsweise bei der Organisation Todt arbeitsdienstverpflichtet.

Verborgen blieb den Nationalsozialisten, dass Dehler sich in der „Robinson-Strassmann-Gruppe" betätigte, die als einzige reichsweite liberaldemokratische Widerstandsgruppe von längerem Bestand gilt. Trotz seiner unbestrittenen Gegnerschaft zum NS-Regime und ohne jemals in Verdacht geraten zu sein, die politische Mitte verlassen zu haben, zeigte sich Dehler – hier ganz Liberaler – später großzügig, wenn es im Zusammenhang mit der sogenannten Vergangenheitsbewältigung um die Behandlung wegen ihrer NSDAP-Zugehörigkeit entlassener Beamten oder Verjährungsfragen ging.

Dehler übernahm 1946 den Landesvorsitz der bayerischen FDP und war 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates. Er war nach der Gründung der Bundesrepublik deren erster Justizminister. Aber bereits nach der Bundestagswahl von 1953 sorgte Adenauer dafür, dass er trotz weiterer Regierungsbeteiligung der FDP nicht in das nächste Kabinett übernommen wurde. Nolens volens übernahm der unbequeme Franke von Hermann Schäfer die Führung der Fraktion seiner Partei im Bundestag. Ein Jahr später übernahm er zusätzlich von Franz Blücher den Parteivorsitz. Beide Ämter behielt er bis 1957. Ein Jahr zuvor war die Koalition zerbrochen. Unmittelbarer Anlass war eine von der Union angestrebte Wahlrechtsänderung, die stark zulasten der FDP gegangen wäre, die eigentliche Ursache jedoch bildeten Differenzen in der Deutschlandpolitik. Infolge des Koalitionsbruchs verließ ein Teil der FDP-Abgeordneten die Partei und gründete die kurzlebige Freie Volkspartei. Für Dehler war dies eine schwere Niederlage. Von 1960 bis zu seinem Tode war er einer der stellvertretenden Bundestagspräsidenten.

Dehlers Ziel war die Einheit der Nation in Freiheit. Im Oktober 1953 hatte er ausgeführt: „Das Gesetz, nach dem nun nicht nur im 19. Jahrhundert, sondern auch in diesem Jahrhundert unsere Staaten angetreten sind, ist das Gesetz, dass die Menschen einer Geschichte, eines Volkes, einer gemeinsamen Sprache und Kultur zu ihrem Staate wollen." In den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 glaubte er, die „richtige Form" für Europa erkannt zu haben, „das freie Zusammenfügen von Einzelstaaten, von Nationalstaaten, das Bündnis". Dies lag ganz auf der Linie der späteren Formulierung von Charles de Gaulle vom „Europa der Vaterländer." Aber „das Vaterland zuerst!", fügte Dehler den Worten des französischen Staatspräsidenten hinzu. In einem Interview mit Günter Gaus von 1963 sagte er: „Gewiß, Europa muß sich finden, muß seine Kräfte sammeln, aber nicht in Form des Aufgehens in konzentrierten Instanzen, in Bürokratien, sondern im organischen Zusammenwirken der Völker."



Zeigte sich von Konrad Adenauer politisch wie menschlich schwer enttäuscht: Thomas Dehler

Adenauer hatte er zunächst voll und ganz unterstützt, weil er glaubte, dessen Westbindungspolitik verfolge das Ziel der deutschen Wiedervereinigung. Diese Sicht revidierte Dehler später vollständig. Adenauers Einsatz für das Saarstatut kritisierte er scharf. Dieses hätte eine „Europäisierung" der Saar bedeutet und wurde 1955 von der dortigen Bevölkerung zugunsten einer Angliederung an die Bundesrepublik klar abgelehnt. Auch bezüglich der ursprünglich im Deutschlandvertrag von 1952 enthaltenen Bindungsklausel griff er Adenauer an. Die Verpflichtungen der Bundesrepublik wären durch diese Klausel auf die mit ihr zu vereinigenden Gebiete übertragen worden und hätten der Einheit somit massiv im Wege gestanden.

Für einen Fehler hielt Dehler Adenauers pauschale Zurückweisung der Stalin-Note von 1952. Dies tat er allerdings erst im Nachhinein. Zunächst hatte er, seinen eigenen Worten zufolge, Adenauers Aussage vertraut, es handle sich lediglich um ein „Störmanöver". Einseitig sei der Blick auf den Westen, eine „Rolle der Vermittlung mit dem Osten" falle Deutschland zu, so Dehler 1956. Ein „Brücke-Konzept", wie es Jakob Kaiser vertrat oder gar ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisch „dritter Weg" wäre allerdings nicht im Sinne Dehlers gewesen.

Seine große, fast schon legendäre Abrechnung mit Adenauer erfolgte mit einer Rede im Bundestag am 23. Januar 1958. Der Wille zur Einheit sei gar nicht mehr gegeben. Der Regierung warf er vor, durch die Politik des Kalten Krieges diese aufgegeben zu haben. Er zeigte sich auch menschlich schwer enttäuscht von Adenauer, dessen staatsmännische Größe er dennoch anerkannte.

Die Lebensbilanz Dehlers ist von der Perspektive abhängig, wie sein Biograf Udo Wengst aufzeigt: Als „gescheiterter Politiker" habe er sich gegen Ende seines Lebens, in den 1960er Jahren, gefühlt. Die weitere Entwicklung und der Rückblick aus größerem zeitlichen Abstand sollte das selbstkritische Urteil – der Historiker Rainer Zitelmann charakterisiert Dehler als außergewöhnlich selbstkritischen Politiker – jedoch stark relativieren: Zu Aufbau und Stabilisierung der deutschen Nachkriegsdemokratie habe Dehler, so wiederum Wengst, „einen wesentlichen Beitrag geleistet". Vor allem aber: Die deutsche Einheit, „das Ziel eines demokratischen deutschen Nationalstaates" habe Dehler nie aus den Augen verloren – und er hat seinerzeit dafür gesorgt, dass es auch andere nicht taten. *Erik Lommatzsch*

Ein Konflikt um das heutige Uruguay war der Auslöser

Vor 200 Jahren unternahm Preußen die ersten Schritte, in Lateinamerika Fuß zu fassen – Auf imperialistische Methoden wurde verzichtet

Die Unabhängigkeitsbestrebungen in den spanischen und portugiesischen Kolonien Lateinamerikas eröffneten zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch der Außenpolitik und Exportwirtschaft Preußens neue Möglichkeiten. Darauf wies vor allem der spätere preußische Konsul in Rio de Janeiro Carl Wilhelm von Theremin in diversen Denkschriften hin. Trotzdem dauerte es noch bis 1817, ehe man in Berlin tatsächlich erste Schritte unternahm, um in Südamerika Fuß zu fassen.

Auslöser war ein Konflikt zwischen Spanien und Portugal um die Region Banda Oriental del Rio de la Plata, das heutige Uruguay. Beide Mächte machten begründete Ansprüche auf das Gebiet geltend. Daraufhin begann eine europaweite Diskussion über die Zukunft der südamerikanischen Kolonien, vor deren Hintergrund der preußische Gesandte Johann Friedrich August Detlev Graf von Flemming nach Brasilien beordert wurde. Der Neffe des Staatskanzlers Karl August Freiherr von Hardenberg traf am 16. Juli 1817 in Rio de Janeiro ein. Seine Aufgabe beschränkte sich weitgehend darauf, die Regierung daheim über die konkrete Entwicklung vor Ort zu informieren. Über sie hatte man in Berlin so gut wie keine Informationen. Das heißt, die Anbahnung von wirtschaftlichen oder diplomatischen Kontakten genoss keine Priorität und gelang dann auch nur ganz sporadisch. Im April 1821 kehrte Flemming in die Heimat zurück.

Ähnlich erfolgsarm verlief die preußische Flottenexpedition von 1852/53, die man als zaghaften Versuch betrachten kann, auch einmal Kanonenbootdiplomatie zu betreiben. Unter dem Befehl von Kommodore Jan Schröder segelten die Miniaturkorvette „Amazone" und die Fregatte „Gefion" nach Rio de Janeiro, wo das Versorgungsschiff „Mercur" zu dem Verband stieß. Zweck des Unternehmens war es, den mittlerweile in Brasilien ansässigen Deutschen zu demonstrieren, „daß Preußens starker Arm bereit sei, sie auch jenseits der Meere ... zu schirmen" – so die Aussage des neuen preußischen Gesandten, Eduard Ernst Lobo da Silveira Graf von Oriola. Danach wurde Buenos Aires angesteuert, da in Argentinien ein Bürgerkrieg begonnen hatte, der laut Oriola „das Erscheinen der Escadre Sr. Majestät zum Schutze preußischer Unterthanen in hohem Maße wünschenswerth erscheinen ließ". Allerdings besaß das einzige ernstzunehmende Kriegsschiff Schröders, die „Gefion", zu viel Tiefgang, um in den Hafen der argentinischen Hauptstadt einzulaufen. Trotzdem sollen die Marineeinheiten von Friedrich Wilhelm IV. großen Eindruck bei der dortigen Bevölkerung hinterlassen haben.

> Am 16. Juli 1817 traf der preußische Gesandte Johann Friedrich August Detlev Graf von Flemming in Rio de Janeiro ein

Anschließend ging es nach Barbados, Kolumbien und Venezuela. In Venezuela wollte der dortige preußische Konsul die „Amazone" nutzen, um Landsleute in Sicherheit zu bringen, weil nun auch hier Unruhen ausgebrochen waren. Doch da hatte er die Rechnung ohne den Wirt, also Schröder, gemacht. Dieser erklärte unmissverständlich, dass sich aus seinen Reisebefehlen keine Befugnis zum Eingreifen in Venezuela ergebe.

Insofern zeitigte die Südamerikareise des Flottenverbandes nur ganz marginale Effekte. Die preußische Marine war für wirksame Interventionen in Übersee einfach zu schwach. Dies bestätigten dann auch weitere neun Expeditionen während der Zeit von 1856 bis 1866.

Ebenso hielt sich Preußen beim Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit Lateinamerika zurück, was wiederum aus der Ansicht resultierte, nicht über die hierzu erforderlich scheinenden Ressourcen und Druckmittel zu verfügen. Zwar unterstützte der preußische Staat den Handel, der vor allem über die Rheinisch-Westindische Compagnie (RWC), die Gesellschaft Schlesien-Südamerika sowie die Preußische Seehandlung lief, trennte indes aber strikt zwischen privatem Geschäft und offizieller Diplomatie, die weiterhin eher durch restaurativ-konservatives als durch wirtschaftsliberales Denken geprägt war. So lehnte es der preußische Außenminister Christian Günther Graf von Bernstorff noch 1821 ab, den „Negerstaat" Haiti anzuerkennen, obwohl dessen Präsident Jean-Pierre Boyer der RWC ein offizielles Handelspatent ausstellte.

Nichtsdestotrotz wurde Haiti schließlich zum Eingangstor in die Karibik. Am liebsten wäre es den preußischen Kaufleuten gewesen, wenn ihr Staat dort eine eigene Insel erworben hätte, zum Beispiel Puerto Rico. Doch das kam für Bernstorff und seinen König nicht in Frage – eben wegen der fehlenden Seemacht. Außerdem kursierten permanent Gerüchte, dass Spanien, das wie Preußen der Heiligen Allianz angehörte, versuchen wolle, Teile seines alten Kolonialimperiums und hier insbesondere die großen Inseln in der Karibik zurückzugewinnen.

Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts litt der preußische Handel mit Lateinamerika zunehmend unter dem Verfall der Preise für das traditionelle Hauptexportgut des Königreiches. Das schlesische Leinen musste nun mit der englischen Baumwolle konkurrieren. Das führte streckenweise zu einer negativen Handelsbilanz, bis dann der Umstieg auf gefragte Alternativprodukte wie Eisenwaren, Möbel, Fliesen, Papierwaren, Seile, Farben, Schuhe, Glasartikel, Musikinstrumente und Alkoholika erfolgte.

Zusammenfassend lässt sich mit Blick auf die Jahre zwischen der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress und der Gründung des Deutschen Reiches sagen, dass Preußen im Verhältnis zu Süd- und Mittelamerika stets auf nüchternen Pragmatismus und Zurückhaltung setzte, was jedwedes militärische Abenteuer oder außenpolitische Konfrontationen ausschloss. Insofern kann die norddeutsche Großmacht im Herzen Europas durchaus als Vorreiter einer friedlichen Form der Globalisierung bezeichnet werden. *Wolfgang Kaufmann*

Ein großer Wurf ohne Fortune

Die Messerschmitt Me 262, der erste in Serie produzierte und eingesetzte Düsenjäger der Welt

Die Messerschmitt Me 262 ist eine dieser Konstruktionen in der Luftfahrt, deren Potenzial sich nie völlig entfalten konnte. Das politische und organisatorische Chaos des NS-Regimes sowie ihr spätes und zahlenmäßig schwaches Eintreffen an der Front verhinderten, dass die Me 262 mehr wurde als eine ausführliche und interessante Fußnote. Vor 75 Jahren, am 18. Juli 1942, flog der Prototyp mit den Serientriebwerken das erste Mal.

In den 1930er Jahren arbeiteten in verschiedenen Ländern Konstrukteure an Düsentriebwerken. In Deutschland waren das Hans-Joachim Pabst von Ohain und seine Mitarbeiter. Weil Pabst von Ohain für Ernst Heinkel und seine gleichnamigen Flugzeugwerke arbeitete, lag Heinkel beim Rennen um das erste gebaute Düsenflugzeug vorne. Ohain hatte im September 1937 sein erstes, noch mit Wasserstoff betriebenes Düsentriebwerk präsentiert. Daraufhin beauftragte das Reichsluftfahrtministerium (RLM) nicht nur Heinkel, sondern auch andere Flugzeug- und Triebwerkshersteller mit Arbeiten an Düsen-Kampfflugzeugen und den dazugehörigen Triebwerken.

Messerschmitt und Heinkel legten dem RLM im Juni 1939 ihre Entwürfe vor. Der Messerschmitt-Entwurf sah ein zweistrahliges Flugzeug mit Heckrad und leicht gepfeilten Flügeln vor. Heinkel präsentierte ebenfalls einen zweistrahligen Jet, der allerdings bereits ein Bugrad sowie eine Druckkabine und einen druckluftbetriebenen Schleudersitz vorwies. Das RLM ließ beide Firmen weiterarbeiten. Allerdings behielt Heinkel weiter die Nase vorn. Am 1. September 1939 startete die Heinkel He 178, das erste Düsenflugzeug der Welt, zum Jungfernflug. Nachdem die He 280 bereits vorher als Segler getestet worden war, flog sie am 30. März 1941 erstmals mit Triebwerken. Um diese Zeit konnte Messerschmitt die Me 262 V-1 nur mit einem Junkers-Kolbenmotor im Bug in die Luft bringen, weil die von Junkers zu liefernden Jettriebwerke noch nicht fertig waren.

Das verzögerte den Erstflug der rein strahlgetriebenen Me 262. Zudem zeigte sich, dass sie ohne Bugrad nur schwer zum Fliegen zu bringen war. Die Testpiloten mussten beim Start kurz bremsen, damit sich das Heck vom Boden hob und die Ruderwirkung des Leitwerks einsetzte. Das gelang nicht immer und führte zu mehreren Unfällen. Bis die Me 262 mit Bugrad versehen war, verging weitere Zeit.

Adolf Hitler sorgte für weitere Probleme. Als ihm am 26. November 1943 die endlich mit Bugrad ausgerüstete Me 262 V5 vorgeführt wurde, fragte er Willy Messerschmitt, ob dieses Flugzeug auch als Bomber eingesetzt werden könnte. Messerschmitt bejahte und meinte, belastungsmäßig sei sogar eine 1000-Kilogramm-Bombe zu verkraften. Daraufhin befahl Hitler, die 262 nur noch als Bomber zu bauen, was die Luftwaffe aber zunächst ignorierte. Hitler setzte sich naheliegenderweise am Ende durch. Er wollte die Me 262 als „Blitzbomber“ zur Abwehr der alliierten Invasion im Westen einsetzen. Also wurde das Flugzeug nun zum Tragen von zwei 250-Kilogramm- oder sogar 500-Kilogramm-Bomben unter dem Rumpfbug umkonstruiert – obwohl ein reiner Düsenbomber, die Arado Ar 234, längst in Entwicklung und am 15. Juni 1943 auch erstmals geflogen war.

Zudem machte die Triebwerksentwicklung weiter Probleme. Das Düsentriebwerk Junkers Jumo 004 war nicht betriebssicher. Es neigte zu Ausfällen, Bränden, war wartungsintensiv und hatte keine lange Lebensdauer. Für den schnellen Leistungswechsel im Luftkampf war das Triebwerk nicht geeignet.

Trotzdem kamen Mitte 1944 die ersten Me 262 bei Erprobungsverbänden zum Einsatz. Die Jagdbombervariante erwies sich als wenig beeindruckend, weil sie durch die Bombenlast ihren Geschwindigkeitsvorteil verlor. Außerdem fehlte ein Bombenzielgerät, mit dem Ziele effektiv hätten bekämpft werden können. Dagegen war die Jägerversion als Abfangjäger recht effektiv, obwohl sie den engen Luftkampf bedingt durch die Triebwerksprobleme meiden musste. Trotzdem wurden zunächst Bomberverbände mit der Me 262 ausgerüstet, die dann wenig erfolgreich Einsätze gegen die seit Juni 1944 in Frankreich vorrückenden alliierten Truppen flogen.

Ab August 1944 folgten dann Jagdverbände, darunter das Jagdgeschwader 7 als erstes Düsenjägergeschwader überhaupt. Ende des Jahres wurde eine Nachtjagdstaffel aufgestellt. Aber in der letzten Kriegsphase geriet das organisatorische Gefüge des Dritten Reiches immer mehr aus den Fugen. Das führte dazu, dass viele Me 262 an Erprobungskommandos und hastig aufgestellte Industrieschutzstaffeln gingen, nicht aber an echte Einsatzverbände. Von den 1433 gebauten Maschine erreichte nur etwa die Hälfte die Truppe. Die Luftwaffe verfügte zu keiner Zeit über mehr als 100 einsatzbereite Maschinen, die dann meist zu zweit oder in Schwärmen zu vier Maschinen operierten.

Nach dem Krieg produzierte die tschechoslowakische Luftfahrtindustrie eine kleine Serie von Me 262 als Avia CS-92. Diese Flugzeuge blieben bis 1951 im Einsatz und wurden dann durch moderne sowjetische Typen ersetzt. *Friedrich List*



Das Bugrad hilft beim Starten: Messerschmitt Me 262 — Bild: Imago

Deutsche U-Boote vor Südafrikas Küste

Vor 75 Jahren setzte Admiral Dönitz ein lange geplantes Angriffsunternehmen gegen die Route um das Kap der Guten Hoffnung in Gang

Während des Zweiten Weltkrieges operierten schon von 1939 an gelegentlich deutsche U-Boote im Südatlantik und damit auch vor der Küste Südafrikas. Obwohl offizielle Zahlen darüber nicht vorliegen, so geht man doch von mehr als 20 Booten aus, die sich in diesen Gewässern aufhielten. Da der Suezkanal während des Krieges geschlossen war, verlief der Schiffsverkehr zwischen Ost und West beziehungsweise Europa und Fernostasien sowie Australien zwangsläufig auf der alten Route um das Kap der Guten Hoffnung. Dort wurden alliierte Schiffe dann zur Zielscheibe deutscher U-Boote. In den Jahren 1939 bis 1942 befanden sich die meisten der in Südafrika stationierten Schiffe der Royal Navy auf den Kriegsschauplätzen in Europa, womit der strategisch wichtige Verkehrsknotenpunkt Kapstadt und auch die anderen Häfen im südlichen Afrika weitgehend ohne Schutz waren. Allerdings waren auch die deutschen Kriegsschiffe fast durchweg im Norden gebunden.

Das änderte sich jedoch 1941, als deutsche U-Boote während der im Nordatlantik tobenden Seeschlachten vereinzelt auch nach Süden vorstießen. Die erste Versenkung eines alliierten Schiffes durch ein deutsches U-Boot in südafrikanischen Gewässern ereignete sich am 23. Oktober 1941.

Mitte August 1942 setzte dann der Befehlshaber der U-Boote (BdU), Admiral Dönitz, das lange geplante Angriffsunternehmen gegen die Route um das Kap der Guten Hoffnung in Gang. Man entsandte vier U-Boote und einen U-Boot-Tanker dorthin, denn bei einer Entfernung von 6000 Seemeilen bis zum Operationsgebiet war es unumgänglich, die Boote unterwegs mindestens einmal mit Brennstoff zu versorgen. Der von deutscher Seite beabsichtigte Überraschungseffekt gelang, und die Aktion war äußerst erfolgreich. Allein im Oktober 1942 wurden 27 alliierte Schiffe, die größtenteils militärische Ladung mitführten oder als Truppentransporter dienten, versenkt, wohingegen im selben Monat nur ein einziges deutsches U-Boot (U 179) verlorenging. Bis zum Sommer 1944 setzten die Deutschen ihre Unterwasser-Angriffe vor der Südküste des afrikanischen Kontinents fort – oft in kleinen Gruppen von bis zu sechs Booten – und brachten so den Alliierten erhebliche Verluste bei. Bis zum Sommer 1943 gab es dabei keinerlei deutsche Verluste, und auch danach (bis Ende 1944) wurden nur fünf U-Boote versenkt, was im Vergleich mit den hohen Verlusten im selben Zeitraum auf der nördlichen Halbkugel militärisch kaum ins Gewicht fiel. Ab Oktober 1942 kamen überdies neue Fern-U-Boote vom Typ IX D 2 zum Einsatz, deren Aktionsradius bei Überwasserfahrten 31 500 Seemeilen, im Tauchgang immerhin noch 23 700 Seemeilen betrug, während es die bisherigen kleineren Boote vom Typ IX C nur auf 13 450 beziehungsweise 11 000 Seemeilen brachten.

Mindestens zwei deutsche U-Boote fuhren während des Krieges in die Tafelbucht hinein: U 69 unter Kapitänleutnant Jost Metzler tauchte sogar bis in den Kapstädter Hafen, wo die Männer durch das Periskop das illuminierte Panorama der Stadt betrachteten. Und der Erste Offizier von U 172 unter Kapitänleutnant Carl Emmermann fotografierte in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 1942 durch das Periskop die Silhouette des Tafelbergs sowie den beleuchteten Stadtteil Sea Point. In mindestens zwei Fällen ruderten Offiziere von deutschen U-Booten an Land, bewegten sich ungezwungen im Zentrum von Kapstadt, wo sie einkauften und auch eine Theateraufführung besuchten. Da sie fließend Englisch beziehungsweise sogar Afrikaans sprachen und in britischer beziehungsweise südafrikanischer Währung bezahlten, fielen sie nicht weiter auf.



Am Cape Point: Reste einer Radarstation — Bild: Reith

Doch inzwischen war man sich am Kap der Gefahren bewusst geworden und deshalb nicht untätig geblieben. Bereits Anfang 1941 hatte Großbritannien die südafrikanische Regierung gebeten, an der Küste und insbesondere in der Nähe von Häfen Radarstationen anzulegen, um den Schiffsverkehr überwachen zu können. Da sich die Briten zunächst selbst nicht in der Lage sahen, entsprechende Logistik zu liefern, fertigten Wissenschaftler der Universität Johannesburg zusammen mit Armeeangehörigen der Special Signals Services (SSS), die dem South African Corps of Signals unterstanden, einfache Rundumsuchradargeräte an, die eine Reichweite von 75 Kilometern erzielten. Das erste (mobile) Gerät dieser Art wurde im Mai 1941 auf dem Signal Hill über Kapstadt errichtet. Anfang 1942 installierte man oberhalb des neuen Leuchtturms am Cape Point (südliche Spitze der Kaphalbinsel) die zweite, jetzt feste Station, der bald weitere folgten. Ende 1942 trafen zwei hochmoderne Radargeräte aus Großbritannien ein, die auf die Kommandotürme der U-Boote spezialisiert waren. Letztlich gab es eine Kette von 50 solcher Stationen an der süd- und südwestafrikanischen Küste, davon 17 rund um das Kap der Guten Hoffnung. Der Erfolg blieb nicht aus, die Zahl der von deutschen U-Booten torpedierten alliierten Schiffe ging deutlich zurück. Die von den einzelnen Radarstationen gesammelten Daten und Informationen wurden an den SSS Filter Room im Kapstädter Kastell gemeldet und dort ausgewertet und koordiniert.

Die englischsprachigen Weißen Südafrikas trugen zwar die deutschfeindliche Haltung ihres Staates mit, aber nicht die Mehrheit der afrikaanssprachigen. Von diesen sympathisierte vielmehr ein großer Teil während des Krieges mit den Deutschen und unterstützte sie wenn möglich auch. So wurden beispielsweise gesichtete deutsche U-Boote mit Proviant und Treibstoff beliefert, nachdem man zuvor durch Lichtsignale von Land aus Kontakt mit ihnen aufgenommen hatte. Deshalb war die Existenz der Radarstationen ein gut gehütetes Geheimnis, und diejenigen, die dort beschäftigt waren, wurden zum Schweigen über ihre Arbeit verpflichtet.

Auf dem Signal Hill kann man noch heute das Fundament der ersten Radarstation sehen, und die einst westlich von Cape Point angelegte Stellung wurde später zu einem Aussichtspunkt ausgebaut, an dem eine Tafel an die frühere Funktion erinnert. Von den übrigen Radarstellungen sind etliche ganz verschwunden, manche dienen heute einem anderen Zweck, und von einigen wenigen gibt es noch erhaltene Überreste, die aber touristisch von keiner Bedeutung sind, weshalb militärhistorisch Interessierte es schwer haben, ihre Spuren ausfindig zu machen. *Wolfgang Reith*

Bild: tws

Der Moment der Woche

Nah dran am Weltgeschehen ist die *Preußische Allgemeine Zeitung* selbstredend immer. Diesmal aber schwappte der Politikbetrieb in seiner aufregendsten Form praktisch bis vor die Haustür. Die Redaktionsräume der *PAZ* liegen in der Hamburger Buchtstraße unweit der Alster. Nur wenige Gehminuten entfernt befindet sich das Gästehaus des Senates. Donald Trump residierte dort während des G 20-Gipfels. Mehrmals rauschte seine Wagenkolonne, inklusive der Präsidenten-Karosse „The Beast", in Sichtweite vorbei. Das Gebiet um das Gästehaus war weiträumig abgesperrt. Ein *PAZ*-Redakteur pirschte sich dennoch bis auf Schussweite heran. Natürlich war er nur mit einer Kamera bewaffnet. Trump ließ sich nicht blicken. Dafür gelang es, einen der Scharfschützen zu enttarnen, die ihn absicherten. Diverse Attentatsversuche auf US-Präsidenten – vier davon erfolgreich – machen derlei waffenstarrende Maßnahmen wohl notwendig. Ein kräftiges Gefühl des Unbehagens bleibt dennoch. Wie viele unbescholtene Hamburger Spaziergänger, Jogger, Segler, Ruderer, werden sich wohl im Visier des „Snipers" befunden haben, nur eine winzige Fingerkrümmung vom Tod entfernt? *FH*

Magische Zahlen

Warum die TV-Einschaltquoten mehr als unsicher sind

Stellen Sie sich einmal einen vegetarisch lebenden Hartz-IV-Empfänger mit zwei Kindern und einem Doktortitel vor. Jetzt überlegen Sie, wie viele dieser Zeitgenossen am vergangenen Donnerstag um 20.15 Uhr von der „Tagesschau" der ARD zu RTL 2 gewechselt sind, um sich bei der Sendung „Frauentausch" weiterzubilden oder zu gruseln. – Da müssen Sie passen? Kein Problem, die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) weiß es. Das Unternehmen mit Sitz in Nürnberg ermittelt die TV-Einschaltquoten. Seit 15 Jahren hat es ein Monopol darauf. Heiß begehrt sind seine Daten. ARD, ZDF, RTL und Co. bemessen daran den Erfolg ihrer Programme.

Die magischen Zahlen, die den Programmdirektoren stets am darauffolgenden Morgen des Sendetages vorliegen, bestimmen über das Schicksal von TV-Serien, Moderatoren-Honorare und die Preise von Werbeminuten rund um die jeweiligen Sendungen. Rückschlüsse auf die Stimmungslage der Bevölkerung lassen sie auch zu. Traumquoten für einen Tatort, in dem – zum gefühlt eintausendsten Mal – zynisch-bösartige Biodeutsche auf grundgute Migranten treffen, zeugen von einer braven Nation, deren Fernbedienungen politisch-korrekt programmiert sind.

Tatsächlich spiegeln die Werte wohl in keiner Weise wider, was die Leute zwischen Aachen und Görlitz beziehungsweise Flensburg und Garmisch-Partenkirchen tatsächlich vom Ausgestrahlten halten. Zum Ersten wird nur das Sehverhalten in 5000 ausgewählten Haushalten registriert. Die darin lebenden 10 500 Personen sollen angeblich repräsentativ für 75,02 Millionen Deutsche sein. Doch das ist mehr als zu bezweifeln. Schließlich erfordert es eine ganz spezielle Persönlichkeit, um Fremden bereitwillig jedwede Facette der eigenen Fernsehvorlieben zu offenbaren.

Nicht auf Sendung, aber 50 000 Zuschauer

Zum Zweiten bestehen auch Zweifel, ob sich die Probanden, in deren Wohnbereich ein „GfK-Meter" Dienst verrichtet, stets korrekt mit der dazugehörigen Spezialfernbedienung anmelden, wenn sie das TV-Gerät einschalten. Gerade bei Kindern und Jugendlichen bestehen da begründete Zweifel. Deshalb mussten schon Testhaushalte ausgeschlossen werden – die diesbezüglichen Zahlen gelten allerdings als streng vertraulich.

Zum Dritten verrät der Umstand, dass ein bestimmter Sender lief, noch lange nichts über denjenigen, der ihn einschaltete – möglicherweise dudelte die Flimmerkiste bloß unbeachtet vor sich hin. Zum Vierten hat die Mobilität der Menschen zugenommen, weswegen manche Mitglieder der Testhaushalte sicher an ganz anderer Stelle auf das Programm der Sender zurückgreifen als in den eigenen vier Wänden – abgesehen natürlich von der Verwendung von Handys und anderen mobilen Empfangsgeräten. Ebenso finden keine Fernseher Berücksichtigung, die in Hotels, Gefängnissen Krankenhäusern, Kasernen oder vergleichbaren Einrichtungen laufen. Und dann sind da noch diverse Computerfehler bei der Verarbeitung der Daten. Hierzu ein Beispiel: Am 17. Januar 1993 ermittelte die GfK um 13 Uhr 50 000 Zuschauer bei Arte. Dabei war der deutsch-französische Kulturkanal zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht auf Sendung!

Aus all dem ergibt sich, dass die Einschaltquoten, eine „Wirklichkeit" vorgaukeln, die so wohl kaum existiert. Wie so vieles, was die Flimmerkiste ihren Nutzern tagtäglich bietet. *Wolfgang Kaufmann*

»Spiegel« in Scherben

»Im Zweifel links« und allwissendes Gehabe ziehen nicht mehr – Das Hamburger Politmagazin leidet unter Auflagenschwund

Im 70. Jahr seines Bestehens laufen dem „Spiegel" die Leser weg. Die Themen setzen andere und der Belegschaft stehen erstmals betriebsbedingte Kündigungen bevor – vom Bedeutungsverlust eines Magazins, das einst stolz darauf war, sich die Wut der Mächtigen erabeitet zu haben.

„Schmierblatt" ätzte Konrad Adenauer. Willy Brandt sagte es noch deftiger: „Scheißblatt". Dass der „Spiegel" just in seinem Jubiläumsjahr das Verdikt der beiden Kanzler quasi in Endlosschleife zitierte, mag manchem als Zeichen von Selbstbewusstsein erscheinen. Man kann dieses Kokettieren mit der Vergangenheit („Wut kann man sich erarbeiten") allerdings auch anders deuten: als plumpen Versuch, Aufmerksamkeit zu erheischen. Denn mit dem Magazin geht es kontinuierlich bergab. Die verkaufte Auflage ist seit 1998 um fast 286 000 zurückgegangen, sie lag im ersten Quartal 2017 bei 771 066.

Die Zeiten, in denen Politiker und Ministeriale mit unruhigen Fingern das neue Heft aus Hamburg aufschlugen, sind Geschichte. Heute herrscht an jedem Quartalsende im „Spiegel"-Haus in der Hafencity das große Zittern. Das 70 Jahre alt gewordene einstige „Leitmedium" muss Woche um Woche gegen seinen Bedeutungsverlust ankämpfen. Zudem akzeptiert die Marke „Spiegel" unter einem Programm zur Kostensenkung, das vom nächsten Jahr an den Jahresetat von Redaktion, Dokumentation und Verlag um 15 Millionen Euro dauerhaft entlasten soll: Wegfall von etwa 150 Stellen und betriebsbedingte Kündigungen – ein Novum in der Blatt-Geschichte. Dazu weitere Verzahnung von Print, Online und „Spiegel"-TV. Die Publizistik auf allen Plattformen zu „choreografieren und möglichst viele Leser und Nutzer zu erreichen", hat Chefredakteur Klaus Brinkbäumer als Ziel ausgegeben. Der Münsteraner (Jahrgang 1967) tröstet sich über den Niedergang der Druckauflage mit dem Hinweis hinweg, dass das Blatt dank „Spiegel online" insgesamt „mehr Leser hat, als je zuvor".

„Wir investieren in zahlreiche neue Produkte", ließ sich Geschäftsführer Thomas Haas vor Jahresfrist vernehmen. Er meinte journalistische Beiboote. Eines davon wurde just im Jubiläumsjahr versenkt: „Spiegel Classic".

Alles gleich – vom Urchristentum bis zum Rock 'n' Roll

Das Heft, „das Themenschwerpunkte setzen wird und sich sehr klug an eine ältere Zielgruppe richten soll" (Brinkbäumer) ging im März an den Start, scheiterte aber schon nach einer Nummer – obwohl die Marktforscher optimistisch waren. „Der Titel sollte zur dringend benötigten Umsatz-Stabilisierung beitragen. Doch das Konzept fand offenbar bei der Zielgruppe nur ungenügende Resonanz", kommentierte der Branchendienst „media": „Spiegel Classic war ein Lebensgefühl-Magazin, dem es an Gefühl, Leidenschaft und Hingabe mangelt – und solche Versäumnisse bestraft der Markt gnadenlos."

In der Tat, man tat sich schwer mit neuen Zeitschriften, die rasch verkümmerten Ableger „Spiegel Reporter", „Econy", „New Scientist", „Spiegel Special" oder „Spiegel Job" belegen das. Nun war „Spiegel Fernsehen", ein „Programmheft für Anspruchsvolle", an der Reihe. Wieder ein Flop. Wie ein Regionalteil für Nordrhein-Westfalen. Am 23. September soll die Luxus-Beilage „S-Magazin" aufgelegt werden. Ihr könnte ein längeres Leben beschieden sein, denn am Kiosk muss sie sich nicht behaupten.

Klar, dass man sich an der Hamburger Ericusspitze im Jubiläumsjahr gern an die Gründerzeit erinnert. Das Titelblatt der ersten „Spiegel"-Ausgabe vom 4. Januar 1947 zeigte den österreichischen Gesandten Dr. Kleinwächter vor dem Weißen Haus. Der Text ließ schon etwas von der leichtfüßigen Art erkennen, in der das Magazin noch heute daherkommt: „Mit dem Hut in der Hand – wird man ein befreites Land." Es ist der Sound Rudolf Augsteins. Er hat die typische „Spiegel"-Geschichte erfunden und durch ein anonymes Heer von Schreibern, Redakteuren und Dokumentaristen zur Perfektion getrieben, eine Mischung aus Nachricht und Wertung, über die selbst Freunde der Redaktionslinie der frühen Jahre („Liberal, im Zweifel links") nicht immer glücklich waren.

Hans Magnus Enzensberger befand schon 1957, der Stil des Blattes sei eine Masche. Stil sei an den gebunden, der ihn schreibe. In Augsteins Blatt dagegen schrieben alle gleich, und zwar alles, „vom Urchristentum bis zum Rock and Roll, von der Lyrik bis zum Kartellgesetz". Ein Leitartikler werte natürlich, aber er versuche niemals, „seine Deutung der Nachrichten als diese selbst auszugeben". Eben dies tue der „Spiegel". Seine Autoren seien gehalten, Fakten zu interpretieren, zu modeln, zu arrangieren.

Enzensbergers nüchternes Urteil: Der „Spiegel" sei eigentlich gar kein Nachrichtenmagazin, sondern ein „Story-Magazin". Die Story sei eine degenerierte epische Form, „sie fingiert Handlung". Das stimmt bis heute. Es gibt allerdings auch Autoren, die sich mit einer eigenen Sprache zu Wort melden. Chef Brinkbäumer, ein Absolvent der Journalistenschule der katholischen Bischöfe, mag es, „dass wir etwas mehr Individualität im Blatt haben". Und er unterschreibt auch nicht Augsteins Forderung: „Nur nicht für etwas Stellung nehmen."

Ausgabe zum Tod des legendären Blattgründers Rudolf Augstein. Sein Credo: „Fakten interpretieren, arrangieren" Bild: pa

Dass man grundsätzlich Mächtigen kritisch gegenüberstehe, „das gehört für uns zum Programm. Aber warum nicht auch loben, wenn Lob angebracht ist?" Den Niedergang des Blattes werden solche Ansagen ebensowenig aufhalten wie des Chefredakteurs Beteuerung, heute seien „etwas mehr Zweifel erlaubt".

Der Gründer-Vater nannte seine Schöpfung stolz „Sturmgeschütz der Demokratie". Der ehemalige Deutsche Bank-Chef Hilmar Kopper fand das überhaupt nicht passend. Habe der einstige Artillerie-Leutnant daran gedacht, dass Sturmgeschütze in erster Linie für den direkten Beschuss von Zielen und nicht für Flächenfeuer geeignet seien? Wenn der „Spiegel" jemanden aufs Korn nehme, dann sei der Abschuss meist nur eine Frage der Zeit: „In die Brüche geht dabei leider oft mehr als nur das anvisierte Ziel. Dafür wird heute zu schnell und zu ungenau geschossen."

Femininer Journalismus statt stahlharter Themen

Nun gut, das Blatt aus Hamburg ist nicht mehr der „Enthüller der Nation". Investigativen Journalismus leisten heute auch andere. Viele Blätter haben nachgerüstet, die „Süddeutsche" zum Beispiel hat einen Recherverbund mit WDR und NDR gegründet. Ob heute noch jemand für den „Spiegel" auf die Straße gehen würde wie damals, 1962, als die Redaktion nach der „Bedingt abwehrbereit"-Story durchsucht und leitende Mitarbeiter verhaftet wurden? Nein, meint der Medienexperte Lutz Hachmeister. Er glaube, dass der „Spiegel", seinerzeit eine Art deutsches Zentralorgan kritischer Publizistik, sein studentisches Publikum weitgehend verloren habe: „Heute bewegen sich Studenten auf anderen medialen Flächen." Das Blatt ist, wie andere Medien, in der Realität angekommen. Die alten Kampfthemen – Westorientierung, Neue Ostpolitik, Oder-Neiße-Linie, Vertriebenenverbände – sind abgeräumt.

Vom „Spiegel"-Nimbus, vor allem im liberalen und linken Milieu, ist nicht viel übrig geblieben. Augsteins Nachfolger sind nicht mehr die alleinigen Taktgeber der deutschen Publizistik. Der Journalismus insgesamt, sagt Lutz Hachmeister, sei „femininer" geworden, es dominierten nicht mehr die „stahlharten" Themen (Militär, Geheimdienste et cetera), mit denen der „Spiegel" Furore machte. Geblieben ist der vielbeklagte Nihilismus und eine skeptische Allwissenheit, die an allem zweifelt außer an sich selbst. Die Stellung, die die Magazin-Macher von Fall zu Fall zu beziehen scheinen, richte sich „eher nach den Erfordernissen der Story, aus der sie zu erraten ist: als deren Pointe. Sie wird oft durch eine andere Geschichte dementiert, weil diese einen anderen ‚Aufhänger' verlangt" (O-Ton Enzensberger). Ein Beispiel aus jüngster Zeit scheint dem Schriftsteller Recht zu geben. Erst wurde Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab" vorab gedruckt, dann wurde der Autor als Provokateur zum Titelthema gemacht. Eine Masche, ganz nach dem Muster Augsteins.

Im Jubiläumsjahr 2017 ist die Frage erlaubt: Wo wird der „Spiegel" in etwa 15 Jahren stehen – nach den Erosionsprozessen in der Medienlandschaft? Die Antwort des Kommunikationsexperten Hachmeister dürfte in die richtige Richtung weisen: Mit einer wesentlich geringeren Auflage als heute, im Heftpreis wesentlich teurer und in den Händen eines reichen Eigentümers, der sich das Produkt leisten kann. Es sei denn, man finde ein Stiftungsmodell. Keine Alternative sonst? Hachmeister in einem Interview des Deutschlandfunks: „Es gibt ja die Anekdote, dass Stefan Aust (der ehemalige Chefredakteur und passionierte Pferdezüchter) gerne kaufen würde, wenn der Wert des ‚Spiegel' so gesunken ist, dass er sich das mit dem Verkauf einiger Rennpferde leisten kann aus Rache." *Gernot Facius*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 28 – 14. Juli 2017

MELDUNGEN

Ukrainer in Südostpreußen

Allenstein – In der Republik Polen wächst die Zahl der legal dort arbeitenden Ukrainer. Laut der Rentenversicherung sind es 230000. Die übrigen ausländischen Arbeitnehmer sind Weißrussen (15000) und Vietnamesen (7000). Im südlichen Ostpreußen sind bei der Rentenversicherung mehr als 4000 Ausländer versichert, von denen fast 3000 Ukrainer sind. Die Mehrzahl der Ausländer hat einen Arbeitsvertrag. Im ganzen Land wuchs in den letzten fünf Jahren die Beschäftigung von Fremden um 377 Prozent. *PAZ*

Engere Kooperation

Allenstein – Seit 20 Jahren machen Studenten der Ingenieurwissenschaft und des Umweltschutzes der Ermländisch-Masurischen Universität Praktika bei deutschen Firmen. Ermöglicht hat das der Rotary-Club von Detmold. Der 20. Jahrestag der Zusammenarbeit wurde in Allenstein gefeiert. Es begann mit der Investition deutscher Firmen bei der Allensteiner Möbel-Industrie. Jetzt wird die Zusammenarbeit noch enger. Studenten aus der Bundesrepublik Deutschland kommen nach Allenstein zum Erfahrungsaustausch. Mit der Ermländisch-Masurischen Universität arbeitet auch der Allensteiner Rotary-Club zusammen, der den Kauf von Einrichtungen für eine bessere Diagnose bei den Patienten der Budzik-Klinik fördert. Die modernen Geräte ermöglichen die Heilung von Gehirn-Erkrankungen. *PAZ*

Ein kleines Jubiläum in Sensburg

5. Sommerolympiade der deutschen Jugend im südlichen Ostpreußen

Vom 23. bis 25. Juni traf sich die Jugend der deutschen Volksgruppe in Ermland und Masuren zur inzwischen bereits fünften Sommerolympiade. Sie fand wie im Vorjahr in Sensburg im Erholungszentrum „Polonez" am Schwarzsee statt.

Gekommen waren 70 Personen aus neun deutschen Gesellschaften der Region. Die letzte Schulglocke war gerade verstummt, da ging es für viele Jugendliche der Deutschen Minderheit bereits auf den ersten Ausflug der Sommerferien. Der größte Teil der Teilnehmer an der fünften Sommerolympiade der deutschen Jugend in Ermland und Masuren geht noch zur Schule, doch einige Studenten fanden gleichfalls den Weg nach Sensburg. Am Freitag gab es neben dem Kennenlernen neuer Gesichter Wiedersehensfreude bei Sportlern, die ihre Kräfte schon ein- oder mehrmals miteinander gemessen hatten.

Diese sportliche Konkurrenz ist ein Aspekt der Sommerolympiade, wesentlich ist aber auch das Miteinander während des Wochenendes. Dazu gehört die Eröffnungszeremonie, die wie bei der großen Olympiade den feierlichen Rahmen für das gemeinsame Sportfest bietet – mit olympischer Fahne, olympischem Feuer und dem Eid der Wettkämpfer und Schiedsrichter. Gekommen waren dazu in diesem Jahr die Schirmherrin der Veranstaltung, Sensburgs Bürgermeisterin Otolia Siemieniec, und als Vertreter des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren Vorstandsmitglied Leon Kuck, der Vorsitzende der Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Hohenstein.

Dann stand das Pflichtprogramm für die Teilnehmer auf der Tagesordnung, der Dreikampf aus 60-Meter-Lauf, Weitspringen und Kugelstoßen. Immer wieder wanderte der Blick zum grau verhangenen Himmel, doch das Wetter blieb den ganzen Sonnabend trokken. Die angenehmen Bedingungen spornten die jungen Sportler ebenso an wie die Siegchancen.

Marek Kuhn aus Wolfsdorf bei Guttstadt, inzwischen Student in Allenstein, freute sich wie im Vorjahr über den zweiten Platz: „Ich hatte zwar gehofft, dass es diesmal reicht, aber Kamil Komorowski war im Weitsprung einfach zu gut." Ob sich seine Leistung im Vergleich zu 2016 verbessert hat, konnte er aber nicht sagen: „Vor einem Jahr gab es andere Disziplinen, etwa Medizinballwerfen und Bankspringen, das lässt sich nicht vergleichen."

Die zusätzlich angebotenen Disziplinen umfassten vor der Mittagspause Korbwurf und Beachvolleyball. Am frühen Nachmittag gab es dann eine Premiere – der erste Schwimmwettbewerb der Olympiade. Trotz der wenig einladenden Temperatur wagten einige Mädchen und Jungen den Sprung ins Wasser am Bootssteg und wurden von dort aus frenetisch bejubelt.



Bild: E.G.



Bild: U.H.

Stolze Teilnehmer: Siegerehrung und Schwimmwettkampf

Deutlich mehr Interesse unter den Teilnehmern fanden Bogenschießen und Pfeile werfen (Darts); das Angebot, im Tennis einen Pokal zu erobern, wurde hingegen fast nicht wahrgenommen.

Dann kam für viele der große Moment, die Verleihung von Medaillen oder Pokalen. Doch auch diejenigen, bei denen es nicht für einen Platz auf dem Podest gereicht hat, waren sehr zufrieden. Dagmara Choszczyk aus Ortelsburg etwa kam nicht nur wegen des Sports: „Ich wusste auch vorher, dass hier feine Leute sind." Ähnlich sah es Maks Michalzik aus Rastenburg: „Bei der Aufteilung in die Altersgruppen Senioren und Junioren hatte ich etwas Hoffnung, aber auch so ist es toll hier."

Das hört Edyta Gladkowska, die Vertreterin der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein und Organisatorin der Sommerolympiade, natürlich genauso gern wie ihr eingespieltes Organisationsteam: Waldemar Cybul, der den sportlichen Teil übernimmt, Monika Krzenzek vom zweiten Organisator, dem Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, sowie Karol Czerwinski vom Sensburger Verein „Bärentatze" und Arkadiusz Leska vom Verein „Heimat" in Ortelsburg, der Erfinder der Veranstaltung.

Auch der Ort der Sommerolympiade wurde wegen der umfangreichen Möglichkeiten gelobt. Trotzdem galt es am Sonntag, die Teilnehmer von dort wegzulocken. Der heimatkundliche Teil der Olympiade fand diesmal nämlich in der „Mazurka chata", dem Regionalmuseum von Krystyna Dickti in Zondern, statt. Lebendige Geschichte an Hand der dort gesammelten Gebrauchsgegenstände und der Erzählungen der Gastgeberin brachte den jungen Menschen näher, wie der Alltag früher in ihrer Heimatregion ausgesehen hat. Mit einem Quiz zum Wissen über das Erfahrene endete die Sommerolympiade 2017.

Konkrete Pläne für das nächste Jahr gibt es noch nicht, Arkadiusz Leska hat aber einen Vorschlag zu bieten: „Uns würde Osterode lokken, wo gerade das neue Leichtathletikstadion eingeweiht wurde." Ob das umsetzbar ist, hängt unter anderem von den finanziellen Mitteln ab. Für die diesjährige Ausgabe geht der Dank von Organisatoren und Sportlern dafür an das polnische Ministerium für Inneres und Verwaltung, das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, die Landsmannschaft Ostpreußen, den Bund Junges Ostpreußen, den Landtag der Woiwodschaft Ermland-Masuren und die Stadt Sensburg.

Uwe Hahnkamp

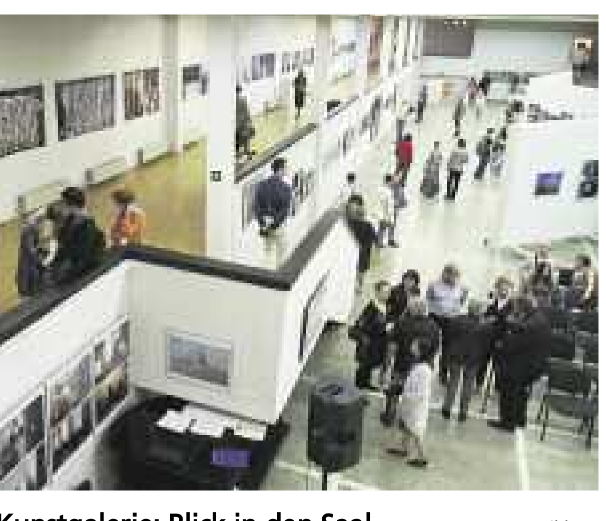
»Fotomania 2017«

Ausstellung in Königsberger Kunstgalerie wird immer beliebter

Seit 2003 findet alle zwei Jahre eine Baltische Biennale der Fotografie statt. Die Ausstellung zeigt Aufnahmen von Amateuren und Profis, die in verschiedenen Genres arbeiten.

Das Motto des diesjährigen Fotowettbewerbs lautete: „Wer bin ich?" Die teilnehmenden Fotografen konnte man in der Königsberger Kunstgalerie treffen. Über 7000 Aufnahmen aus vielen Ländern waren eingesandt worden, darunter aus Russland, Deutschland, Armenien, Weißrussland, Aserbaidschan, Litauen, Lettland und den Niederlanden. Für die Ausstellung waren schließlich 200 Arbeiten von 36 Künstlern ausgewählt worden, von denen acht aus dem Königsberger Gebiet kamen.

Sieger der Nominierung „Wer bin ich?" wurde Andrej Karpow aus dem sibirischen Nowokusnezsk, und in der Nominierung „freies Thema" siegte Maxim Sarytschew aus Minsk.



Kunstgalerie: Blick in den Saal Bild: J.T.

Parallel zur Wettbewerbs-Ausstellung wurden in einem anderen Raum die Arbeiten von Künstlern des Ostseeraums gezeigt. Unter ihnen waren Arbeiten aus Litauen und Deutschland. Fotokünstler aus dem Schwarzwald hatten Bilder mitgebracht, die den Schwarzwald so zeigen, wie er wirklich ist, außerhalb der Touristenorte. Unter den deutschen Teilnehmern war auch die Fotografin Juliane Wende. Sie interessiert sich für Hotelzimmer, ihre Geschichte sowie die ihrer Gäste.

Unter den ausgestellten Arbeiten befanden sich auch Zyklen zu unterschiedlichen Themen wie „Das Kind des Regens" (Litauen), „Porträt des Städtchens Kraschai" oder „Schwarzwald-Transfer" der Gruppe OrtPhoton (Deutschland).

Das Festival der Biennale-Ausstellung hatte sich über mehrere Schauplätze in Königsberg erstreckt. Im Museum Friedländer Tor beispielsweise wurde eine Fotoserie der Moskauer Fotografin Julia Absaltdinowa mit dem Titel „Das große Spiel" ausgestellt. Sie beschäftigt sich mit der Veränderung der Stadt Sotschi durch die olympischen Winterspiele 2014.

In jedem Jahr erweitert sich der Teilnehmerkreis der Fotoausstellung in Königsberg, und es kommen immer mehr Gäste aus mehreren Ländern.

Jurij Tschernyschew

Fontänen sprudeln wieder

Zur Sommersaison hat die Stadt Königsberg alle Brunnen gereinigt

Mit dem warmen und sonnigen Wetter sprudeln in Königsberg wieder die Springbrunnen. Sie stellen eine Verschönerung der Stadt dar und dienen den Touristen als Hintergrund für Fotos, ebenso wie die historischen Sehenswürdigkeiten. Besonders die lichtmusikalischen Springbrunnen auf dem Hansaplatz und in der Nähe des Dramentheaters haben es den Touristen angetan. Um sie herum herrscht immer viel Betrieb.

In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Springbrunnen in Königsberg zugenommen. Insgesamt zwölf von ihnen werden von der Stadt unterhalten. Allein sechs Springbrunnen gibt es auf dem Gelände des Ozeanmuseums. Der bekannteste ist der „Puttenbrunnen" des deutschen Bildhauers Stanislaus Cauer. Es ist eines seiner wenigen erhaltenen Werke. Vor dem Krieg wurde der Brunnen von einem Platz zum anderen bugsiert, ehe er am Hafen seinen Platz erhielt. Von dort gelangte er in die Obhut des Ozeanmuseums, wo er restauriert und im Hof des Ausstellungssaals „Packhaus" aufgestellt wurde.



Immer ein schöner Anblick: Brunnen am Dramentheater Bild: J.T.

Bevor die Brunnen wieder in Betrieb gingen, wurden sie ab April gewartet: Beleuchtung und Elektrik wurden überprüft, Kabel ersetzt und Lampen installiert. Für den Erhalt der städtischen Brunnen sind im Haushalt der Stadt für dieses Jahr drei Millionen Rubel vorgesehen. Von Mai bis September sollen damit die Brunnen gereinigt und regelmäßig auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft werden. Als besonders wartungsintensiv gelten die Brunnen auf dem Hansaplatz. Aus technischer Sicht gibt es auch viel Ärger mit dem Brunnen am Unterteich.

Während der Sommerzeit sind die Springbrunnen von 8 bis 23 Uhr in Betrieb. Ab 20 Uhr werden sie beleuchtet. So werden sie auch in diesem Jahr wieder Freude und Interesse bei den Besuchern der Stadt wecken. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

immer wieder erweckt unsere Ostpreußische Familie Erinnerungen – manchmal fällt da der Groschen etwas spät, aber Hauptsache: Er fällt. So erging es mir, als ich die Aufnahmen aus der Medizinischen Universitätsklinik Königsberg sah, über die wir in der letzten Folge berichteten. Eine ist darunter, die mich plötzlich veranlasste, Erinnerungen aus meiner Kinderzeit abzuspulen. Ich hatte ihn fast vergessen, meinen Aufenthalt in der Medizinischen Klinik, denn ich war damals erst zwölf Jahre alt. Mit starken Bauchschmerzen war ich in das Krankenhaus eingeliefert worden – heulend ob der Trennung von Eltern und Geschwistern – und das ich fünf Wochen später wieder unter Tränen verließ, aber diesmal war es der Abschied von lieben Menschen, die mich dort betreut hatten. Vor allem hatte sich eine junge Lehrschwester um mich gekümmert, die mich so gut verstand, weil sie ebenfalls Heimweh nach dem elterlichen Bauernhof in Masuren hatte. Außerdem hatte ich wohl bei meinen älteren Mitpatientinnen mütterliche Gefühle erweckt, ich fühlte mich sehr bald nicht mehr einsam, und außerdem gefiel mir der hohe, helle Raum mit den großen Bäumen vor den Fenstern, und überhaupt alles. Als ich dann wieder in unsere Wohnung in der Augustastraße zurückkehrte, die mir so klein und dunkel vorkam, beschloss ich, auch einmal Krankenschwester zu werden – was ich dann doch nicht geworden bin. Aber so haben die alten Fotos von der Medizinischen Uniklinik mich veranlasst, auf meiner Lebensspur fast 90 Jahre zurück zu gehen, und dass ich in meinem Erinnerungsschatz fündig wurde, ist schon ein beglückendes Altersgeschenk. Auch Herr **Karl-Heinz Gast**, der inzwischen von Herrn **Peter Perrey** die gewünschten Kopien von den alten Aufnahmen erhalten hat, wird sich freuen, wenn ich ihm von meinen Erinnerungen erzähle.

Das Leben kann man nur rückwärts verstehen, aber leben muss man es vorwärts! Dieser Spruch des dänischen Philosophen Søren Kierkegaard könnte wohl über jeder Folge unserer Ostpreußischen Familie stehen, und er ist auch für unsere erste Leserfrage geradezu maßgeschneidert. Denn Herr **Volker Kadow** aus Erfurt ist dabei, ein Buch über das Leben seiner Mutter zu schreiben, es soll den folgenden Generationen korrekte Informationen liefern. Und um diese zu erhalten, wendet sich Herr Kadow an uns, denn die Familie seiner Mutter stammte aus Königsberg. Herr Kadow schreibt: „Meine kürzlich verstorbene Mutter wurde am 10. Oktober 1936 in Königsberg geboren. Die Familie wohnte in der Wegnerstraße 13 in der Gartenstadt Westend. Leider finde ich weder den Ortsteil noch den Straßennamen auf einer Karte. Ich bin auch an einer Reise nach Königsberg interessiert, um das Geburtshaus meiner Mutter zu finden, falls es den Krieg und die Zeit danach überstanden hat."

Mit einigen Informationen konnten wir Herr Kadow bereits helfen. Die Wegnerstraße war die letzte Querstraße der Suevernstraße, die von der General-Litzmann-Straße kommend, die Siedlung Westend am Rand durchquerte. Diese Ausfallstraße, die vom Nordbahnhof bis Hardershof führte, hieß ursprünglich Fuchsberger Allee, wurde 1930 in Stresemannstraße umbenannt, drei Jahre später in General-Litzmann-Straße, bei den meisten Königsbergern blieb es aber im Sprachgebrauch bei dem ursprünglichen Namen. Auf der nördlichen Seite der General-Litzmann-Straße lag die Siedlung Charlottenburg, beide Gartenstädte gingen – nur durch die große Straße getrennt – in einander über. Dies zur Orientierung für unsere Leserinnen und Leser aus Königsberg, die Herrn Kadow helfen könnten, das Geburtshaus seiner Mutter zu finden oder die Stelle, an der es sich befunden hatte. Es muss direkt am Wirrgraben gelegen haben, der die Gartenstadt südlich begrenzte. Dieser bereits zur Ordenszeit angelegte zwölf Kilometer lange Wasserweg war ein beliebtes Ziel für Schulwanderungen – auch da habe ich meine Erinnerungen! Aber nun zu einem weiteren wichtigen Punkt: Wie heißt die Wegnerstraße auf Russisch, falls sie überhaupt noch existiert? Damit werden die Kenner des heutigen Königsbergs angesprochen, unter unseren älteren Königsbergern gibt es vielleicht noch jemanden, der die Großeltern von Herrn Heise gekannt hat: Sie hießen **Erwin Laskowski** und **Maria** Laskowski geborene **Gutzeit**. Also gehen wir auf die Suche. Nach den letzten Erfolgen auf ähnliche, das Königsberger Umland betreffende Fragen hoffe ich, dass auch Herr Kadow einige Informationen erhält. Außerdem habe ich einem russischen Königsberg-Führer entnommen, dass das südlich vom Fürstenteich gelegene Rathshof fast unversehrt geblieben ist. Das berechnet schon zu einigen Hoffnungen. (Volker Kadow, Matthias-Schleiden-Weg 1 in 99099 Erfurt, Telefon 0172/3492909.)



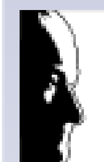
Königsbergs Wappen Bild: LO

Der nächste Leserwunsch führt auch nach Königsberg, doch den muss ich schon direkt erfüllen, denn eine ausführliche Bearbeitung würde unsere Kolumne sprengen. Aber anschneiden will ich das Thema doch, weil ähnliche Fragen schon öfters gestellt wurden. Denn es handelt sich um die einzige Sage der Königsberger Geschichte, die von dem Schustergesellen Hans von Sagan, der anno 1370 in der Schlacht bei Rudau im Samland das deutsche Ordensheer vor den angreifenden Litauern rettete, indem er trotz einer schweren Verwundung die sinkende Ordensfahne hochriss. Wir Älteren, die wir noch in der Heimat zur Schule gingen, haben die Sage gelernt oder eines der Gedichte, die über diese für den Orden so entscheidende Schlacht geschrieben wurden. Auf das wohl bekannteste Gedicht bezieht sich unser Leser **Bernhard Wiesberger**: „Hans von Sagan war ein Altgesell zu Königsberg am Pregel, er hämmerte das Leder schnell und pochte nach der Regel." Dieses Gedicht veranlasste ihn zu seinem Schreiben an mich, denn er möchte gerne mehr über diesen Hans von Sagan erfahren. Das ist eine lange Geschichte, denn die Figur des tapferen Schustergesellen wird in das Reich der Sage verwiesen. Der historische Kern ist wahrscheinlich der Kampf des schlesischen Herzogs Balthasar von Sagan auf der Seite des Ordens gegen den Kneiphof. Wie auch immer: Hans von Sagan wurde zur Kultfigur der ostpreußischen Geschichte und nicht nur dieser, denn er wurde zu einer Art Schutzpatron der deutschen Schuhmachergilden. Und er ist auch heute noch gegenwärtig, wenn wir uns zu einem Heimattreffen zusammenfinden und ostpreußische Wappen die Wände schmücken: Das dreigeteilte Königsberger zeigt einen aus den Fluten ragenden blauen Arm, dessen Hand eine Krone trägt. Es soll der Arm des Hans von Sagan sein, und die Rettung des Ordensheeres durch den Schustergesellen symbolisieren. Agnes Miegel hat dies in lyrische Form gebracht: „Es führt an ihren Toren drei Wappen die alte Stadt. Ich bin auf der Insel geboren, die den Arm im Schilde hat. Es hebt aus den blauen Wellen eine goldene Krone ins Licht, – vieler Städte Wappen sah ich, ein schöneres sah ich nicht."

Diese kleine Exkursion in die Heimatkunde muss man mir schon gestatten, ich kehre nun wieder in die Realität zurück, obgleich ja auch diese voller Fragezeichen ist. Aber wir versuchen sie in Ausrufungszeichen zu verwandeln, was nicht immer gelingt wie im Fall der Familie Wolff aus Rastenburg, deren Hausbibel auf ihrem Fluchtweg im Winter 1945 im zugeschneiten Straßengraben landete. Dort fand sie die Mutter unseres Lesers **Paul Heise** und bewahrte sie bis zu ihrem Tode im Jahr 1956. Nun wollte der Sohn die Bibel wieder ihrem ursprünglichen Besitzer zurückgeben und bat uns, Angehörige der Familie Wolff zu suchen. Wir brachten seinen Wunsch in Folge 10, aber es meldete sich niemand aus dieser ostpreußischen Familie, auch keine Nachbarn oder Freunde – dafür aber die Redakteurin des Heimatbriefes „Rund um die Rastenburg", Frau **Edith Kaes**, die den Spuren der Familie Wolff nachgegangen ist und diese nun in der Juniausgabe trittfest zu machen versucht. Frau Kaes hat einen sehr informativen Bericht geschrieben, der das Schicksal der Familie Wolff aufzeichnet, die von ihrem Hof auf dem Pülzer Abbau im Treck mit anderen Bewohnern auf die Flucht ging, die bereits im Kreis Rößel endete. Das Gepäck der vollbeladenen Wagen landete im Straßengraben, um sie leichter zu machen und damit das Weiterkommen auf den vereisten, schneeverwehten Wegen zu sichern, aber auch das nutzte nichts: Die Familie Wolff kehrte wie andere Treckgefährten wieder um und erlebte nun den Russeneinfall in ihrem Haus. Eine später erfolgte Suche nach den zurückgelassenen Sachen, zu denen auch die Bibel gehörte, erbrachte keinen Erfolg. Nun erhofft sich Frau Kaes, mit ihrem sehr ausführlichen Bericht Zeugen zu finden, die etwas über den Verbleib der Familie Wolff sagen könnten, die nach der Zuweisung dieses Gebietes an Polen auch die polnische Staatsangehörigkeit angenommen hatte, um auf ihrem Hof bleiben zu können. Das konnte sie wohl bis zum Jahr 1972, von da an ist das Schicksal der Familie Wolff unbekannt. Hier setzt nun Frau Kaes mit ihrer Suche ein, ihr zweiseitiger Bericht im Heimatbrief vermittelt in Text und Bild detaillierte Informationen, zu denen Eintragungen aus der gefundenen Bibel gehören, darunter auch eine kleine Familienchronik, in der **Adolf Wolff**, *22. November 1909, als Hausvater und **Adelgunde** Wolff geborene **Sonntag**, *6. August 1909, als Hausmutter eingetragen sind, dazu die Namen ihrer Kinder **Elli** und **Herbert**. Zu dem aufschlussreichen Beitrag in dem Heimatbrief trägt Frau Kaes selber mit ihren vor Ort erworbenen Kenntnissen bei, so mit einem von ihr im Jahr 1996 gemachten Foto von dem Wolff-Hof in Pülz. Aufgrund dieser Informationen könnte es vielleicht nun doch zu einem Hinweis auf heutige Mitglieder der Familie kommen, ich würde es Frau Kaes und Herrn Heise wünschen. Für mich war es jedenfalls eine Freude zu sehen, wie Themen aus unserer Kolumne weiter verfolgt und ergänzt werden können.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Miroslav Klose mit Zweifeln?

Oppelner Ratsherren wollen dem Weltmeister die Ehrenbürgerschaft aberkennen

Zwei Jahre ist es her, dass der am 9. Juni 1978 in Oppeln zur Welt gekommene erfolgreichste Torschütze der deutschen Nationalmannschaft, Miroslav Klose, nach großem Ach und Krach den Titel „Ehrenbürger der Stadt Oppeln" erhielt. Doch bis heute hat Klose die Würdigung nicht entgegengenommen. Im Oppelner Stadtrat wird man ungeduldig. Besonders die Gegner der Ehrung Kloses wollen einen Fortbestand der Ehrung von dessen Entgegennahme abhängig machen.

Für die Ehrenbürgerschaft hatte sich 2015 Beata Kubica, eine polnische Ratsherrin der in Polen schwachen Grünen, stark gemacht. Kubica ist Fußballfan und leitet einen gemeinnützigen Verband in Oppeln, der sich für ein gesundes Leben einsetzt. Für sie war Klose allein deshalb ein geeigneter Kandidat, weil er durch Fleiß, Disziplin, Ehrgeiz und seine Bescheidenheit sowie die absolute Ablehnung jeglicher Laster ein Vorbild sei. Außerdem, so die in Königlich Neudorf [Nowa Wies Krolewska], einem heutigen Ortsteil Oppelns, aufgewachsene Kommunalpolitikerin, sei Klose der berühmteste Oppelner der Gegenwart. Als Kubicas Vorschlag im Netz die Runde machte, donnerten hasserfüllte, antideutschen Parolen durchs Netz. Es folgte eine hier unübliche Bürgerbefragung, obwohl es in der Geschichte dieser Ehrung durch Oppeln genügend andere Kandidaten gab, welche die Gesellschaft in dieser Weise spalteten. Zu nennen sind hier Lech Walesa oder Ryszard Kuklinski, einen Oberst der Volksarmee und CIA-Agent.

Zu Hilfe kamen Kubica Vertreter der deutschen Volksgruppe. Der deutsche Ratsherr Martin Gambiec nahm Kontakt zu Kloses Manager Alexander Schütt auf und stieß bei diesem auf offene Ohren. Eine Vorlage wurde im Stadtrat eingebracht, die das Gremium entzweite. Zwölf Ratsherren stimmten für das Anliegen einer Ehrenbürgerschaft, fünf dagegen, drei enthielten sich. Einer der Gegner war Tomasz Wrobel. Für ihn ist das Zögern Kloses ein Argument für die Aberkennung der Ehrung. „Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Ehrentitels hat ein Geehrter diesen nicht entgegengenommen. Seit zwei Jahren hängen wir quasi in der Luft. Wir sollten nicht so tun, als wäre nichts passiert. Miroslav Klose hat bislang keinerlei Signal gesetzt, als sei er überhaupt daran interessiert. Es ist eine Geringschätzung der Stadt und seiner Einwohner und es diskreditiert die ehrenvolle Auszeichnung", so Wrobel gegenüber der „Gazeta Wyborcza". In die Liste der Ehrenbürger Oppelns sei zuletzt Jakub Blaszczykowski vom VfL Wolfsburg aufgenommen worden, der nicht aus Oppeln stamme, sich jedoch für die Stadt einbringe, wogegen Klose seinen Titel nur deshalb erhalten habe, weil er in Oppeln zu Welt gekommen sei, wettert Wrobel. Ins selbe Horn bläst Marek Kawa, ein Ratsherr der Regierungspartei PiS. Auch er stimmte 2015 gegen Klose. Er droht nun damit, Schritte einzuleiten, Klose die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. „Als über die Ehrenbürgerschaft abgestimmt wurde, habe ich den legendären (polnischen) Nationalspieler Jan Tomaszewski konsultiert. Er war in dieser Sache negativ eingestellt und schlug vor, den Titel eher dem Vater von Miro anzuerkennen", sagte Kawa dem Portal 24opole.pl. Inzwischen stellte Kawa eine Anfrage an Stadtpräsident Arkadiusz Wisniewski, was denn nun in der Angelegenheit passiere. Daraufhin antwortete Pressesprecherin Katarzyna Oborska-Marciniak, Klose sei zu den Feierlichkeiten im Rahmen des 800. Stadtjubiläums in diesem Jahr eingeladen worden. Ein Antwort sei bislang ausgeblieben.

Miroslav Klose Bild: Imago

Dass sich Klose so lange Zeit lässt, könnte daran liegen, dass er das unschöne Spektakel um seine Person in Oppeln durchaus mitbekommen hat und es ihm deswegen schwerfällt, ausgerechnet von denen geehrt zu werden, die ihm vor zwei Jahren so zugesetzt haben. Außerdem hat sich Klose, dessen Mutter Polin und dessen Vater ein deutscher Oberschlesier ist, bislang nie gerne vereinnahmen lassen. Und dann sind da seine Fans, die oft schon seinem Vater und seinem Onkel zugejubelt hatten, die ebenfalls Fußball spielten und aus Slawentzitz [Slawiecice] stammten, und sich nun für Miro freuen und stolz auf ihn sind. Für die Deutschen in der Region ist Klose ein Held.

In der Woiwodschaft sind etliche sogenannte Miro-Fußballschulen entstanden. Dort lernen Kinder spielerisch Disziplin, faires Kämpfen und nebenher auch noch die deutsche Sprache – also eine gute Basis für kleine Europäer. Stadtrat Martin Gambiec versichert, er stehe weiterhin in Kontakt mit Kloses Management, und es heißt, dass Klose seinen Titel bald entgegennehme. Das soll noch in dieser Legislaturperiode passieren. Sie endet 2018. *Chris W. Wagner*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Gahre, Wanda, geb. **Keil**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Nikoleyczik, Gertrud, geb. **Kaleyka**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 19. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Hein, Christel, aus Ponath, Königsberg, am 20. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Pernak, Ingeborg, geb. **Fischer**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 15. Juli
Wiesner, Edeltraut, geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schedwill, Walter, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Eichhorn, Christel, geb. **Klein**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Lehmann, Elfriede, geb. **Bartoschewitz**, aus Lyck, Blücherstraße 5, am 19. Juli
Schmidt, Renate, geb. **Joschek**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 14. Juli
Strauss, Hans, aus Königsberg, am 17. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gallas, Ursula, geb. **Gronau**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Palfner, Gertrud, geb. **Wichmann**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Zerkowski, Norbert, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 15. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bartholomeyczik, Waltraud, geb. **Wabbals**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Bartholomeyczik, Waltraut, geb. **Wabbels**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Hansen, Hedwig, geb. **Pichlo**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. Juli
Jortzick, Hildegard, aus Mulden, Kreis Neidenburg, am 20. Juli
Kolodzey, Elfriede, geb. **Krüger**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 14. Juli
Meyrath, Alfred, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Pohl, Elfriede, geb. **Grommas**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. Juli
Wilde, Helene, geb. **Fenzau**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Danker, Erika, geb. **Blumenscheit**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Joswig, Anna, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Lojewski, Fritz, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 16. Juli
Maillard, Wolfgang-Eisenhardt, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 17. Juli
Meyer, Edith, geb. **Gaedtke**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 20. Juli
Pyrags, Heinz, aus Kämpen, Kreis Elchniederung, am 9. Juli
Rossa, Lieselotte, geb. **Kloß**, aus Lyck, Hindenburgstraße 13, am 18. Juli
Schellong, Günter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Suchalla, Berta, geb. **Kopka**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Topeit, Hermann, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brosda, Klara, geb. **Zoels**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Dietrich, Heinz, aus Wehlau, am 20. Juli
Ebner, Klaus aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 8. Juli
Friederitz, Margarete, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 20. Juli
Glasauer, Edith, aus Langheide, Kreis Lyck, am 14. Juli
Großmann, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli
Hartwig, Emil, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 18. Juli
Hauzel, Dr. Inge, geb. **Leppek**, aus Königsberg, am 14. Juli
Kolenda, Gerda, geb. **Gedaschke**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Kugland, Gerhard, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Lütgens, Ursula, geb. **Czinczel**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Juli
Methfessel, Friedel, geb. **Alexey**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 15. Juli
Timm, Eva, geb. **Motzkau**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Zielinski, Else, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beck, Ruth, geb. **Kelch**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Burdenski, Harry, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Hein, Liesbeth, geb. **Kowalzig**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juli
Jentsch, Gertrud, geb. **Zeranski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Lullies, Meta, geb. **Beckert**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 14. Juli
Meister, Lieselotte, geb. **Boseniuk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Merchel, Reinhold, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 14. Juli
Perret, Christel, geb. **Bindzus**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. Juli
Raddeck, Ella, geb. **Strewinski**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Reimer, Egon, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Träder, Gisela, geb. **Schulz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Tulowitzki, Ilse, geb. **Laszig**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Wagner, Irmgard, geb. **Migge**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 14. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Escherich, Ruth, geb. **Kirschner**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Fehling, Elisabeth, geb. **Tchorz**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Frey, Anita, geb. **Blosze**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Grolla, Edith, geb. **Kompa**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Heinemann, Else, geb. **Gayko**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 17. Juli
Jablonski, Alfred, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. Juli
Janz, Erwin, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 14. Juli
Jordan, Charlotte, geb. **Reuter**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Kahmann, Edith, geb. **Broden**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Krieger, Ursula, geb. **Sindakowski**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Juli
Krüger, Gertrud, geb. **Czarnetzki**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Kuczinski, Heinz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Juli
Mälz, Hanna, geb. **Kyjewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Sander, Herta, geb. **Nickel**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 19. Juli
Schrubba, Werner, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Schummek, Gertrud, geb. **Nowitzki**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 15. Juli
Tröster, Gertrud, geb. **Okolowitz**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Tupeit, Irmgard, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. Juli
Weber, Dietlind, geb. **Olschewski**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 20, am 17. Juli
Winzel, Helene, geb. **Tonk**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beyer, Erich, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Bille, Hildegard, geb. **Kurbjuweit**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Blumenscheit, Helga, geb. **Raabe**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 9. Juli
Clausen, Waltraut, geb. **Scheller**, aus Altenfließ, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Cruanes-Taddey, Ruth, geb. **Taddey**, aus Neidenburg, am 16. Juli
Dietterle, Irmgard, geb. **Wroblewski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Dietz, Reinhard, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 14. Juli
Fabik, Erna, geb. **Bahl**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 20. Juli
Fiedrich, Herta, geb. **Zagorney**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Günther, Hannelore, geb. **Steppat**, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Juli
Jäger, Irene, geb. **Zippro**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Kuhrau, Ilse, geb. **Schmidtke**, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. Juli
Lagenstein, Ursula, geb. **Vogel**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 15. Juli
Lange, Waltraud, geb. **Laggies**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Lindenschmid, Edith, geb. **Grimm**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Mallunat, Ruth, geb. **Mlodoch**, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 14. Juli
Matern, Rudi, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Menke, Irmgard, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 15. Juli
Ollesch, Erich, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. Juli
Pape, Erna, geb. **Jablonowski**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Powierski, Irmgard, geb. **Jestremski**, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Quednau, Helmut, aus Lyck, Yorkplatz, am 14. Juli
Restart, Ingrid, geb. **Schorlepp**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Rogalski, Hans, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Spiridiniene, Käte, geb. **Loleit**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arnér, Edith, geb. **Borchert**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Baltruschat, Günter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Berwein, Helmut, aus Ortelsburg, am 17. Juli
Buttgereit, Harri, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 19. Juli
Chojetzki, Helga, geb. **Trojahn**, aus Ortelsburg, am 14. Juli
Cochius, Hannelore, geb. **Twardy**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 19. Juli
Czierlinski, Gertrud, geb. **Posdziech**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Erler, Waltraud-Erika, geb. **Piasetzki**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 18. Juli
Gaberell, Ursula, geb. **Böhnke**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 17. Juli
Hoffmann, Bruno, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Karweck, Peter, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 19. Juli
Krupinski, Sieglinde, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 15. Juli
Kukuk, Reinhard, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Kypar, Horst, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 19. Juli
Mallon, Fritz, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Milster, Gerda, geb. **Zoranski**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Juli
Sawitzki-Schleiwies, Helga, geb. **Schleiwies**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Schulz, Lothar, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 14. Juli
Schurna, Waltraud, geb. **Markowski**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Steinke, Friedhelm, aus Kraukeln, Kreis Lötzen, am 15. Juli
Thiemecke, Inge, geb. **Wisotzki**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 18. Juli
Toffel, Hedwig, geb. **Groß**, verw. **Glodek**, aus Kaunen, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Vits, Waltraut, geb. **Barkus**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Weiss, Klaus, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Zgaga, Gerhard, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Adamek, Agnes, geb. **Hosenberg**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Barkowski, Heinz, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Bartsch, Hanna, geb. **Aust**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Juli
Biallas, Reinhold, aus Treuburg, am 16. Juli
Brandes, Winfried, aus Fürstliches Vorwerk, Köllmen bei Altstadt, Kreis Mohrungen, am 17. Juli
Domscheit, Edeltraud, geb. **Littek**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Götzel, Jutta, geb. **Schlack**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Klimmer, Alfred, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Neumann, Heidemarie, geb. **Erzberger**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Oelberg, Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Rogge, Edith, geb. **Möwius**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Rogge, Irmgard, geb. **Wolk**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Rump, Renate, geb. **Lörchner**, aus Steilberg, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Stempel, Gudrun, geb. **Weidenbach**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Walpuski, Helmut, aus Klein Dankheim, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Heimatbrief

Der Angerburger Heimatbrief Nummer 159 vom Juni 2017 dürfte inzwischen alle registrierten Bezieher erreicht haben. Wer den Angerburger Heimatbrief künftig erhalten möchte oder wieder beziehen möchte, wende sich bitte an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft in Rotenburg (Wümme).

Auf den Seiten 16/17 des Angerburger Heimatbriefes Nummer 159 ist die Einladung mit Tagesordnung zu unserer 1. Mitgliederversammlung (Kreistagssitzung) am Sonnabend, dem 9. September 2017 um 9.30 Uhr nach der ab 1. Oktober 2016 gültigen Satzung veröffentlicht. Auf der Tagesordnung stehen unter anderen Wahlen und der Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2016.

Die Einladung mit Programm für die 63. Angerburger Tage am 9. und 10. September 2017 in der Theodor-Heuss-Schule in Rotenburg (Wümme) ist auf den Seiten 4-6-48 des Angerburger Heimatbriefes Nummer 159 mit der Bitte um Beachtung abgedruckt.

Ein Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage wird dabei die Übergabe des Angerburger Kulturpreises durch den Landkreis Rotenburg (Wümme) in der Rotenburger Theodor-Heuss-Schule am Sonnabend, den 9. September 2017 um 20 Uhr sein.

Alle Heimatfreunde sind herzlich zu den 63. Angerburger Tagen eingeladen und durch Ihren Besuch werden es wieder unterhaltsame Tage in angenehmer Atmosphäre in der grünen Wümmestadt Rotenburg.

Kurt-Werner Sadowski



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Einladung zur Mitgliederversammlung

Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft: Sonnabend, 2. September, 14 Uhr, Stadthalle, 21423 Winsen/Luhe, Luhdorfer Straße 29. Hiermit lädt der Vorstand der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) e.V. in der Landsmannschaft Ostpreußen die Vereinsmitglieder zur ordentlichen Mitgliederversammlung ein.

Tagesordnung
1. Begrüßung, Protokoll, Beschlussfähigkeit
2. Rechenschaftsberichte des Vorstands
3. Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstands
4. Vorstandswahlen
5. Heimatbrief und Spenden
6. Zusammenarbeit mit Schloßberg
7. Verschiedenes

Wir bitten um rege Teilnahme.
Elsbeth König, Daniela Wiemer, Dres. Winfried Daunicht und Gerhard Kuebart.

Jugendbegegnung

Donnerstag, 20. bis Montag, 31. Juli, Jugendherberge Otterndorf, Schleusenstraße 147, 21762 Otterndorf: Deutsch-russische Jugendbegegnung.

Anmeldungen beim Jugendbeauftragten Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

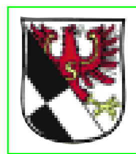


ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Übergabe der Bruderhilfe

Dienstag, 1. bis Freitag, 4. August, Heinrichswalde: Teilnahme am Stadtfest und Übergabe der Bruderhilfe.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Sommerfest

Sonnabend, 22. Juli: Goldaper Sommerfest in Goldap.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe Hamburg

Mittwoch, 2. August: Kultureller Vortrag oder Autorenlesung.

Heimatgruppe Köln

Mittwoch, 26. Juli, Informationen über Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail C.Maschke@netcologne.de.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Reisebilder aus Ostpreußen

Sonnabend, 15. Juli, Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung) in der Patenstadt Neumünster: Gelegenheit zum Besuch der Sonderausstellung „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff (1890 – 1974). Sie ist nur noch kurze Zeit als Leihgabe des Ostpreußischen Landesmuseums Lüneburg im Ausstellungsraum zu sehen. Einlass ist ab 10 Uhr.

Um 15.30 Uhr beginnt der Vortrag „Reisebilder aus dem Königsberger Gebiet und dem Memelland“. Ute Eichler zeigt Fotos von der Erkundung dieser Region im Jahr 2016 und berichtet von ihren Erfahrungen mit dem Reisedienst Schukat-Schülke, Anklam. – Der Eintritt in den Ausstellungsraum und zum Vortrag ist – wie immer – frei.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Bericht zum Jahrestreffen

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer, beim Jahrestreffen der Ostpreußen in Neuß war auch unsere Kreisgemeinschaft mit einem Stand vertreten. Außerdem waren weitere Bezirksvertrauensleute und Vorstandsmitglieder erschienen, so Dietmar Anger, Gerd Birth, Dr. Christine Bilke-Krause, Martin Lehmann und Gerdi Westerkowsky, insgesamt etwa 20 Teilnehmer „mit Pr.-Eylau-Bezug“. Kräftig mitgeholfen haben die Ehemänner von Borries und Westerkowsky. Manfred Westerkowsky vertrat beim Einzug der Wappenträger der ostpreußischen Kreise den Kreis Preußisch Eylau. Über das Treffen in voll besetzter Halle wurde schon im Ostpreußenblatt ausführlich berichtet.



Am Stand in Neuss: Schatzmeisterin Erika Zschiesche (l.) und Kreisvertreterin Evelyn v. Borries (r.) Bild: privat

Evelyn von Borries nutzte die Anwesenheit fast des gesamten geschäftsführenden Vorstands, um mit diesem am Folgetag in ihrem Wohnhaus in Hilden eine Sitzung abzuhalten. Eingehend beraten wurden vor allem die Archivierung und das diesjährige Kreistreffen.

Das Kreistreffen findet in diesem Jahr nicht am dritten September-Wochenende, sondern am 30. September und 1. Oktober, zudem an einem neuen Standort, der Niedersachsenhalle (unweit des bisherigen Tagungshotels Niedersachsenhof) statt. Bitte schon jetzt Unterkunft buchen (über die Tourist-Info Verden, Telefon 04232–12345). *M.L.*

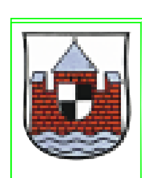


RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Tag der offenen Tür

Donnerstag, 27. Juli, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Neuss: Tag der offenen Tür.



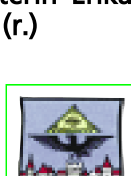
TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Treffen Johanna-Wolff-Schule

Mittwoch, 9. bis Sonntag, 13. August, Alte Messe Leipzig, Breslauer Straße 33, 04299 Leipzig: Diesjähriges Treffen der ehemaligen Johanna-Wolff-Schüler.

Der Preis für ein Einzelzimmer beträgt 60 Euro und für ein Doppelzimmer 75 Euro mit Frühstück und einem Ticket der Mitteldeutschen Verkehrsbetriebe für Fahrten in Leipzig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Geplante Unternehmungen: Stadtrundfahrt mit Begleitung, Besuch des Völkerschlachtdenkmals, Schiffsrundfahrt und Besuch der Thomaskirche mit Kantaten oder Motetten. Anmeldungen zum Treffen nimmt die Schulsprecherin Frau Irmgard Steffen unter der Telefonnummer (0611) 844938 gerne entgegen.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Zum Geburtstag von Volker Zillmann



Der Jubilar Volker Zillmann Bild: privat

Lieber, lieber Volker,

Du feierst am 27. Juli Deinen 80. Geburtstag und um viele Dir Nahestehende, und die Familie, im riesigen Freundeskreis, als besonnener Pädagoge, in Amtswürde, in Kommunalpolitik, Öffentlichkeit und Ehrenamt, als Buchautor und Historiker, hast Du Dich verdient gemacht!

Du hast Güte und Glauben – Liebe deinen Nächsten – vorgelebt! „Tue Gutes“, ist ein persönlicher Rat, den Du an mich weitergegeben hast. Deinen oft zitierten Tenor: „das kriegen wir hin, das schaffen wir!“, hast Du selten aber erfolgreich bei unbequemen Themen Frieden stiftend eingebracht. Die Festlegung, der Respekt durch Dich als persönlicher Garant einer lebendigen 64-jährigen Partnerschaft zwischen Lütjenburg und Breitenstein, 19 Jahre Kommissionsarbeit und funktionierende Partnerschaft zu Uljanovo wird von Dir aktiv, kreativ und sinnvoll gelenkt. Mit Deiner Jutta zur Seite, der gute starke Mittelpunkt Eurer langjährigen Ehe, bildet ihr ein bewundernswertes Team, und das spüren wir auf jeder unserer Sitzungen, durch liebevolle Verwöhnung in dem so kultivierten zauberhaften Zuhause. Vor mir liegt der letzte Weihnachtsgruß von 2016, unten das kleine Foto von Euch mit Hajo Wolf, dem 18. und jüngsten Mitglied Eurer Familie, und zeigt Euch als glückliche und dankbare Großeltern.

Bleibt alle gesund an jedem neuen Tag und seid weiter ein Segen für uns im Kleinen und im Großen stets Eure

Katharina Willemer



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften in Leipzig

In bewährter Form wurde das Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Fischhausen, Labiau, Königsberg und Wehlau durchgeführt, erstmals mit der Kreisgemeinschaft Tilsit. Der Veranstaltungssaal war mit rund 160 Teilnehmern gut gefüllt. Vielen Dank an alle Beteiligten für die dabei aufgewendete Mühe und Zeit. Die versammelten Landsleute begingen bei diesem Regionaltreffen den „Tag der Heimat“ und das Jubiläum „25 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen im Freistaat Sachsen“.

Nach dem Ertönen der Glocke des Königsberger Doms und des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ eröffnete Eberhard Grashoff das Treffen durch eine kurze Begrüßungsansprache. Der Ablauf des Treffens war so organisiert, dass vor und zwischen den Darbietungen ausreichend Zeit zum Kennenlernen, für Gespräche sowie Essen und Trinken zur Verfügung stand. So entstand insgesamt eine lockere und entspannte Atmosphäre. Die kulturelle Umrahmung begann mit dem Auftritt des Kinderensembles „Sonnenschein“ der Spätaussiedler vom Deutsch-Russischen Zentrum in Leipzig unter Leitung Frau von Eichle und der Moderation von Dr. Manfred Hellmund. Die Darbietung wurde durch reichlichen und herzlichen Beifall belohnt. Im Anschluss nutzten die anwesenden Vorsitzenden oder Vertreter der teilnehmenden Kreisgemeinschaften das Podium für Kurzansprachen zum Tag der Heimat aus der Sicht ihrer Kreisgemeinschaft.

Gerd Gohlke, Vorstandsvorsitzender der Kreisgemeinschaft Wehlau, würdigte die Initiative des Leipziger Teams für die Durchführung des Regionaltreffens unter Beteiligung mehrerer Kreisgemeinschaften als aktuell zweckmäßige Methode der Organisation von Zusammenkünften der Vertriebenen und Spätaussiedler, um sich an ihre Heimat zu erinnern, des schrecklichen Ereignisses der Vertreibung der vielen Millionen aus der Heimat zu gedenken und nach den vorhandenen Möglichkeiten die heimatliche Kultur zu pflegen.

Erwin Feige sprach für die Teilnehmer der Stadt Tilsit. Er begrüßte insbesondere die anwesenden Vertriebenen als Zeitzeugen des in seinen Ausmaßen in der Geschichte einmaligen Ereignisses der Volksvertreibung. Mit anrührenden Worten sprach er über seine schöne und bekannte Heimatstadt Tilsit an der Memel. Die Stadtgemeinschaft Tilsit hat gute Beziehungen zu ihrer Heimatstadt, wo nicht nur der Tilsiter Käse herstammt, sondern auch die preußische Königin Luise in Sorge um das Schicksal Preußens mit Napoleon verhandelte. Feige verwies auch auf eine Kuriosität, die in Literatur und Theater Eingang fand: Der „Hauptmann von Köpenick“ lebte anfangs als Schuhmacher Wilhelm Voigt in Tilsit, wo er als Ganove unter der Polizeiaufsicht stand und später in Verkleidung als Hauptmann den berühmt gewordenen Kassenraub zu Köpenick startete.

Der Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen/Landesgruppe Sachsen, Alexander Schulz, dessen Eltern aus Ost- und Westpreußen stammen, würdigte das 25-jährige Bestehen der Landesgruppe in einem kurzen Überblick über die Aktivitäten der Landesgruppe und die vor Ort einzusehende Ausstellung über die Integration der aus den östlichen deutschen Provinzen Vertriebenen in Sachsen. Thomas Rieser von der Kreisgemeinschaft Labiau schilderte seine Eindrücke während einer Reise in die Heimat, wo er nur noch Überreste seines Heimatortes vorfand. Ostpreußen sei aber eine Faszination. Man muss Ostpreußen ebenso gesehen haben wie andere schöne Regionen Europas.

Der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Hans-Jörg Froese, bedankte sich bei den Organisatoren der Veranstaltung und lobte die erfolgreiche Initiative. Das jährliche Regionaltreffen in Leipzig sei nun im Terminkalender der LO angekommen und dort fest vereinnahmt. In seiner Rede würdigte er die Bedeutung der vielen Kreisgemeinschaften, Stadtgemeinschaften, Verbände und Gruppen sowie auch insbesondere der Prussia-Gesellschaft für ihre Bemühungen zur Verständigung mit den heutigen Bewohnern Ostpreußens und bei der Bewahrung und Weitergabe des heimatlichen Erbes.

Professor Dr. Radzuweit (Kreisgemeinschaft Labiau) hielt als Zeitzeuge einen Vortrag zum Thema „Angekommen in der neuen Heimat“. Dabei schilderte er seinen interessanten Lebensweg vom ostpreußischen Lorbass auf dem Lande nach der Vertreibung über eine gewünschte Ausbildung in der Landwirtschaft, das Studium der Medizin bis hin zur erfolgreichen Tätigkeit in wichtigen medizinischen Einrichtungen wie zum Beispiel in der Berliner Charité und seine Forschungs- und Lehrtätigkeit als Professor.

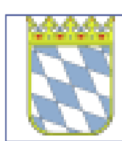
Anschließend sorgte der Chor „Lied der Heimat“ vom BdV Dresden unter der Leitung von Frau Wellnitz mit der Darbietung von bekannten ostpreußischen Liedern zum Mitsingen für gute Stimmung, die durch beliebte Märsche und Melodien, dargeboten durch das Blasorchester der Feuerwehr Seehausen unter der

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Bild: privat

Unterhaltsames Rahmenprogramm: Chorsingen in Leipzig

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

München – Freitag, 28. Juli, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: Gemeinsame Kaffeetafel mit Lesung von Herbert Tennigkeit „Meine Heimat Ostpreußen – Erinnerungen an ein geliebtes Land". – Freitag, 14. Juli, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: Frauengruppe



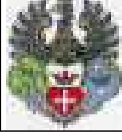
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 14. Juli, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



BRANDENBURG

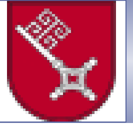
Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@googlemail.co, Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Landesgruppe – Die Landesgruppe Brandenburg führte am 30. Juni ihre Jahresmitgliederversammlung durch. Nach dem Besuch der Dauerausstellung der Prußenstiftung TOLKEMITA begrüßte der Vorsitzende Hans-Jörg Froese die Anwesenden. Zu Beginn wurde in einer Totenehrung der Toten von Flucht und Vertreibung gedacht.

Der Bericht des Vorstands über die Aktivitäten im Jahr 2016 und der Tätigkeitsbericht des Vorstands wurde vorgetragen. Desgleichen der Bericht des Kassenwarts und der entsprechende Bericht der Kassenprüferin. Nach der Aussprache erfuhr der Vorstand die Entlastung. Anschließend standen die Vorhaben im Jahr 2017 im Mittelpunkt.

Unter „Verschiedenes" wurde das Vorstandsmitglied Manfred Höhne mit der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Damit ehrt die LO die hervorragende Breitenwirkung der von dem Ausgezeichneten initiierten und betriebenen Internetplattform: http://www.ostpreussen.net/index.php.

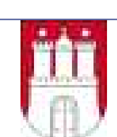
Ein Vortrag über eine „Reise durch Ostpreußen im Juni 2017" – Von Potsdam über Danzig, Allenstein, Lyck, Tauroggen, Memel bis nach Nidden durch das Ehepaar Schulz-Fieguth stand am Schluss der Veranstaltung. *Ney*



BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Landesgruppe – Sonnabend, 23. September, ab 7.30 Uhr bis zirka 20 Uhr: Tagesfahrt nach Schwerin. Nachdem alle, die im Vorjahr die Drei-Tagesfahrt nach Greifswald und zum Treffen in Neubrandenburg mitmachten, über das Programm mit Chören und Kulturgruppen junger Teilnehmer aus dem polnischen, russischen und litauischen Teil Ostpreußens sowie dem Treffen aller 40 Heimatkreise begeistert waren, haben wir beschlossen, auch das diesjährige Treffen der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern als Ziel einer Gruppenreise anzubieten. Wir starten am 23. September, um 7.30 Uhr ab ZOB Bremen (Cinemaxx) und werden um zirka 10.15 Uhr in Schwerin ankommen. Die Rückfahrt ist um 17.15 Uhr vorgesehen, sodass wir um zirka 20 Uhr wieder in Bremen sein werden. Der Preis beträgt pro Person: 39,50 Euro zugüglich Eintritt zum Treffen: 7 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen; sollten 25 oder mehr Personen teilnehmen, ermäßigt sich der Fahrpreis auf 32,50 Euro pro Person. Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, stattdessen kann der Tag auch individuell in Schwerin verbracht werden. Anmeldungen sind bitte baldmöglichst, spätestens bis zum 1. August, an Sausner Reisen, 28816 Stuhr, Telefon (0421) 801801 zu übermitteln.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 15. Juli, Gastronomie „NewLiving-Home", Julius-Vosseler-Strasse 40: Sommerfest mit dem Chor LAB unter der Leitung von Dieter Dziobaka, mit einem fröhlichen Sommerprogramm. Achtung, neuer Veranstaltungsort ist die Gastronomie „NewLivingHome" in der Nähe der U2-Haltestelle Hagenbecks Tierpark. Vom Bahnhof aus stehen für Gehbehinderte Rolltreppen und Fahrstühle zur Verfügung. Zum Veranstaltungsort sind es zirka fünf Gehminuten. Im Hugh-Greene-Weg 2 stehen kostenlose Tiefgaragenplätze zur Verfügung. Für Kaffee und Kuchen ist gesorgt. Ein Stück Torte und Kaffee satt kosten neun Euro. Weiter Auskünfte erteilen Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784, Reinhard Mallée, Telefon (040) 22589.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. Hamburg, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: „Mit heißem Herzen gearbeitet, Käthe Kollwitz vor 150 Jahren in Königsberg geboren." Kaffee und Schmandkuchen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Landesgruppe – Bericht – Das Monatstreffen zur Maienzeit stand unter der Überschrift „Der Mai tritt ein mit Freuden". Diese Liedzeile griff gesanglich der Frauenchor auf, diesmal in kleiner Besetzung als Sextett, und er erfreute mit weiteren Liedern über den wonnigen Mai die Besucherschar, die freudig in den Chorgesang einstimmte.

Musikalisch begleitet wurde der Chor von dem glänzend aufgelegten Landsmann Mathias Budau, der sehr zur Freude des Publikums auch mit Sologesang zum heiteren Programm beitrug. Zudem rezitierte er Gedichte von Hermann Löns und Wilhelm Busch - und eine humorvolle Erzählung von Heinrich Spoerl „Der Willi und ich". Besonderen Anklang fand das Potpourri des „Hausmusikers" aus populären Schlagern, darunter „Tulpen aus Amsterdam" und „Was eine Frau im Frühling träumt", die die Gäste im Saal zum Mitsingen animierten.

Den heimatlichen Sprachklang ließ Lieselotte Paul erleben, als sie in bewährter Weise Gedichte und Geschichten vortrug, zum Teil auch in ostpreußischer Mundart wie Fritzchens Aufsatz „Die Veejel". Wie sich die übrigen Monate des Jahres über den Monat Mai mit seinen „Eisheiligen" und der „Kalten Sophie" mokierten, gab Ilse Klausen zum Besten.

Mit lebhaftem Beifall bedankte sich das Publikum bei den Mitwirkenden und bei Helga Kukwa, der Leiterin der Frauengruppe, die für das abwechslungsreiche Programm gesorgt hatte und auch selbst mit Darbietungen zu dem gelungenen Nachmittag beitrug. *Dieter Schetat*

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung sprach Ingrid Nowakiewitsch über „Das Lied der Deutschen" und seinen Dichter Hoffmann von Fallersleben. Zur Einführung zeigte Dietmar Balschun einige Bilder wie ein Portrait des Dichters.

Der Dichter hieß eigentlich nur Heinrich Hoffmann und wurde am 2. April 1798 in dem kleinen Ort Fallersleben, geboren. Später nannte er sich nach seinem Geburtsort Hoffmann von Fallersleben. Er fühlte sich aber durch das „von" keineswegs als Edelmann. Er war im Gegenteil ein überzeugter Bürger, der zum damals privilegierten Adel ein spöttisches Verhältnis hatte. Er studierte Germanistik und lernte dabei die Gebrüder Wilhelm und Jakob Grimm kennen. Hoffmann von Fallersleben war schon während seines Studiums ein Anhänger des Liberalismus, was er in seinen Schriften, vor allem in seinen „Unpolitischen Liedern" ausdrückte. Er erhielt in Breslau zunächst eine Stelle als Bibliothekar, später als Germanistikprofessor an der Universität. Dort wurde er aber wegen seiner politischen Ansichten schon bald wieder entlassen und sogar des Landes verwiesen. Hoffmann überreicht dem Verleger Campe auf Helgoland das gerade entstandene „Lied der Deutschen". Hoffmann hatte das Lied so gedichtet, dass es auf die Melodie der österreichischen Kaiserhymne „Gott erhalte Franz, den Kaiser, unsern guten Kaiser Franz"(von Joseph Haydn) zu singen war. Diese Melodie kannte in Deutschland jedermann.

Das „Lied der Deutschen", gedichtet im August 1841, von Campe bereits im September gedruckt, wurde schon im Oktober 1841 auf einer öffentlichen Veranstaltung am Hamburger Jungfernstieg von der Hamburger Liedertafel gesungen. Erst während der Weimarer Zeit, im Jahre 1922, erklärte es der erste Reichspräsident Friedrich Ebert zur Nationalhymne. Aber da waren Hoffmann von Fallersleben und sein Verleger schon lange tot. In den Jahren 1933 bis 1945 war es das Deutschlandlied, und heute singen wir den 3.Vers „Einigkeit und Recht und Freiheit- für das deutsche Vaterland..." als Nationalhymne.

Hoffmann von Fallersleben widmete den 2. Vers seines Liedes „Deutsche Frauen, deutsche Treue, deutscher Wein und deutscher Sang..." seiner Jugendliebe Henriette von Schwakenberg. Er heiratete dann aber im Jahre 1848 Ida vom Berge, mit der er vier Kinder hatte. Im Jahre 1860 berief ihn der Herzog von Ratibor nach Corvey bei Höxter, wo er bis zu seinem Tode am 9. Januar 1874 als Bibliothekar arbeitete. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof des Klosters Corvey.

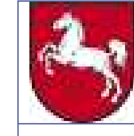
Hoffmann von Fallersleben hat nicht nur das „Lied der Deutschen" und zahlreiche politische Schriften geschrieben, sondern von ihm stammen auch so bekannte Volkslieder wie „Morgen kommt der Weihnachtsmann", „Kuckuck, Kuckuck, ruft's aus dem Wald" und „Winter ade!" Er sammelte Gassen- und Salonlieder, Vaterlandslieder und deutsche Lieder aus der Schweiz.

Zum Schluss berichtete Nowakiewitsch noch, wie das Lied der Deutschen sie einmal in Bedrängnis brachte. Im Erdkundeunterreicht der 4. Klasse hat sie Deutschland besprochen und dabei alle drei Strophen dieses Liedes behandelt. Bei einem Ausflug fingen einige Kinder an zu singen „Deutschland, Deutschland über alles...", alle drei Verse hintereinander. Etliche waren darüber entsetzt, aber ließen sich durch die Angabe, dass das Lied im Erdkundeunterricht behandelt worden sei, beruhigen.

Mit dem Ostpreußenlied klang der Nachmittag aus.

Bei der nächsten Monatsversammlung, Mittwoch, 30. August, werden wir die Autobahnkirche an der A 45 bei Wilnsdorf besuchen.

Wiesbaden – Donnerstag, 27. Juli, 15 Uhr, Erbenheim, Kleingartenverein am Wasserwerk: Sommer-Gartenfest. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet. Zu Beginn verwöhnen wir Sie mit Kaffee und leckeren Kuchen. Musikalisch unterhält Sie das bewährte Duo Budau und Dr. Hübethal. Wir freuen und, wenn Sie am Gartenfest teilnehmen. Wegen der Essensdisposition bitte anmelden bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 bis zum 17. Juli. Sollten Sie nach erfolgter Anmeldung am Gartenfest nicht teilnehmen, muss das bestellte Essen dennoch bezahlt werden, da wir die gemeldeten Portionen verbindlich gebucht haben. Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt, überdachte Bereiche stehen zur Verfügung.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Zusammen mit den anderen Landsmannschaften Oldenburgs unternahmen wir am 5. Juli eine Kulturfahrt zur Heimatstube der Kreisgemeinschaft Angerburg nach Roten-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Bild: Lüdemann

Ausgezeichnet: Hans-Jörg Froese verleiht Manfred Höhne das Silberne Ehrenzeichen der LO

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Leitung von Frank Werner dann noch einen weiteren Höhepunkt hatte. Die technische Sicherstellung der Beschallung lag wieder in den zuverlässigen Händen von Uwe Nietzelt (Kreisgemeinschaft Fischhausen).

Unser diesjähriges Regionaltreffen, bei der sich die Erfahrung und Routine des Organisators Eberhard Grashoff merkbar auswirkten, war wieder eine gelungene Veranstaltung. Sie wird, soviel steht schon fest, im nächsten Jahr wieder stattfinden. Insgesamt fand das Treffen bei den Teilnehmern einen guten Anklang. Das Bedürfnis der Erlebnisgeneration der Vertreibung, aber auch vieler Nachkommen, sich an die Heimat zu erinnern und das kulturelle Erbe zu pflegen ist ungebrochen. *Helmut Fellbrich*

Auf Borowskis Spuren – Eine Fotoaustellung im OL

In diesem Jahr wäre er 100 Jahre alt geworden: Der in Tilsit geborene Johannes Bobrowski (1917–1965). Er gilt als einer der bedeutendsten deutschen Dichter des 20. Jahrhunderts. In seinem literarischen Werk hat er sich auch intensiv mit seiner Heimatregion, der Landschaft und dem Miteinander der dort lebenden Volksgruppen auseinandergesetzt. Passend dazu zeigt das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg vom 8. Juli bis 8. Oktober Bilder des litauischen Fotografen Arturas Valiauga. Auf den Spuren Bobrowskis ist er mit seiner Kamera auf Entdekkungsreise gegangen. Eine Topographie des Lebens und Schaffens des Dichters ist entstanden.

Am 16. August erinnert das Landesmuseum dann nicht nur mit Fotokunst sondern auch mit einer szenischen Lesung an den Dichter. Die Berliner Schauspielerin und Sängerin Christiane Görner trägt Gedichte, Prosa und Zeitzeugenberichte vor. Bettina Erchinger begleitet sie am Klavier. Beginn ist um 18.30 Uhr.

Weitere Informationen: *Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 759950, Fax (04131) 7599511, E-Mail: info@ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

burg/Wümme. Es ist wichtig für uns Vertriebene, dass wir die Einrichtungen besuchen, die unsere Landsleute als Verortungspunkte ihres heimatgeschichtlichen Engagements geschaffen haben. Die Kreisgemeinschaft Angerburg hat eine kleine Freistätte für ihre Heimatarbeit schaffen können, die einen Schauraum und eine umfangreiche Bibliothek einschließlich eines Archivs umfasst. Die aktive Unterstützung des Landkreises Rotenburg ermöglicht ihnen eine Geschäftsstelle, wie sie zur Handhabung einer engagierten Heimatkreisarbeit notwendig ist. Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft, Herr Sadowski, tatkräftig unterstützt von seiner Gattin, erklärte uns alles sehr genau und beantwortete geduldig alle unsere Fragen, was bei 30 Personen nicht immer einfach war. Anschließend fuhren wir in die Innenstadt zum Kaffeetrinken. Nach einem kurzen Rundgang durch die Stadt fanden sich alle pünktlich zur Rückfahrt ein, die zügig und störungsfrei unter Umgehung sämtlicher Staus ablief.

Im August haben wir Sommerpause und für den September laden wir rechtzeitig wieder ein.

Gisela Borchers



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 20. Juli, 15 Uhr, in den Räumen der Kreisvereinigung, 2. Stock, Wilhelmstraße 1b: Heimatliteraturkreis.

Bonn – Dienstag, 25. Juli, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 4: Treffen des Frauenkreises.

Dortmund – Montag, 17. Juli, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3, Eingang Märkische Straße: monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30-20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus: Chorproben der Düsseldorfer Chorgemeinschaft unter der Leitung von Radostina Hristova. – Montag, 10. Juli, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus: Vortrag von Dr. Bärbel Beutner „Die Wiedergeburt einer Kirche in Ostpreußen". – Freitag, 14. Juli, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. - Sonnabend, 15. Juli, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff.

Köln – Am Dienstag, dem 18. Juli, ab 14 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41-43: Versammlung der Ostpreußengruppe. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Raum unserer Treffen bereits ab 14 Uhr geöffnet ist und wir darum bitten, so zu kommen, dass die Versammlung ohne Verzug, um 14:30 Uhr, beginnen kann. Kommen Sie vorbei, wir freuen uns über jeden Besucher, der unser zweistündiges Nachmittagstreffen mit dem bereichert, was die Erinnerung oder neues Wissen über unsere Heimat verfügt. Wir weisen darauf hin, dass wir im August wegen vermehrter Urlaubsfahrten nicht zusammenkommen werden. Wir sehen uns dann mit hoffentlich guten Urlaubseindrücken – möglicherweise nach Fahrten in die heimatlichen Gefilde – erst am 19. September wieder. Zur Ermunterung für eine kurze Beschreibung über „früher" oder auch das, was in letzter Zeit geschah, kann Ihnen vielleicht diese Kurzgeschichte als Beispiel dienen. Es war kurz nach dem Zweiten Weltkrieg und jeder suchte zusammen, was dieser ihm an Habseligkeiten zurück ließ. Helmut fand eine Geige. Sie lag verlassen und verdreckt aber ohne sichtbaren Schaden leider auch ohne Geigenbogen in einer Ecke. Geigen brauchte damals niemand, eher Brot. Ewald hatte während des Krieges Musikunterricht bekommen und spielte nun als 14-Jähriger alle gängigen Tanz- und Volkslieder auswendig und fehlerfrei. Freudig nahm er das von Helmut angebotene Instrument in Besitz. Mit Geduld und Spucke entstand aus Pferdeschwanz-Haaren und einer gebogenen Rute der benötigte Bogen. Das Kolophonium wurde durch Tannenharz ersetzt. Ewalds Musikerherz erbebte bei den ersten kratzigen Klängen des Instruments. Er spielte in allen freien Minuten und ging uns manchmal damit auf die Nerven. Wir bemerkten bei ihm keinen erkennbaren Fortschritt, denn es gab in dieser Zeit weder Noten noch Lehrer. Schuld gab Ewald natürlich auch dem recht unhandlichen Geigenbogen, den man nicht richtig spannen konnte. Die Zeiten änderten sich. Ewald befand sich zusammen mit vielen von uns im polnischen Teil Ostpreußens. Seine Geige mit dem unhandlichen Bogen nahm er überall mit und spielte, was ihm einfiel – neuerdings auch manches der schönen polnischen Volkslieder. Eines Tages hörte ein Pan Henryk Kowalski Ewalds, nicht gerade mit künstlerischem Anspruch gespielten, Weisen zu und bat, ihm das Instrument für einige Minuten zu überlassen. Beim Blick auf den Bogen huschte über Pan Henryks Gesicht ein vielsagendes Lächeln. Die Geige wurde erst einmal „richtig" gestimmt, dann setzte er sie an und kratzte auf ihr nicht viel besser herum als sein Vorgänger. Aus den kurzen Passagen, die wir hörten, ließ sich jedoch bald schließen, dass hier ein fortgeschrittener Musiker zu Werke ging. Es dauerte einige Minuten bis Henryk sich mit der Geige – aber besonders mit dem Bogen – vertraut gemacht hatte. Seine Töne wurden immer klarer, die Passagen gingen langsam in gängige Melodien über. Irgendwann holte Pan Henryk tief Luft und befand sich sichtlich in einer bei ihm länger zurückliegenden Zeit seines Musikerlebens wieder. Er spielte den „Tiroler Tango" mit einer für uns unvorstellbaren Bravour und Vehemenz, stellenweise zweistimmig, die uns fast die Tränen in die Augen trieb. Wir sperrten „Maul und Ohren" auf, besonders Ewald, und konnten kaum glauben, dass es dieselbe Geige und derselbe schäbige Bogen waren, die solche Klänge erzeugen konnten. Pan Henryk gab zu unserer Freude noch einige Einlagen, unter anderem „Gaude amus igitur", ehe er irgendwann für immer aus unserem Gesichtsfeld verschwand. – Im Nachhinein kann gesagt werden, dass Ewald auch heute noch mit 86 Jahren immer noch der Geige, nur einer anderen mit besserem Bogen, treu geblieben ist. Ein Henryk Kowalski hat sich zu einem hervorragenden Konzertgeiger entwickelt. Seine herrlichen Soli konnte man in den 1950er Jahren oft im Radio Warschau hören. Es liegt nahe, dass es unser Henryk Kowalski gewesen sein konnte. War er es wirklich? Niemals werden wir es erfahren, aber immer, wenn wir diesen Namen hörten, wurden wir an die Situation mit Ewalds vom Schicksal gebeutelten Geige von „damals" erinnert.

Günter Donder

Neuss – Sonnabend, 15. Juli, 12 Uhr, Cornelius-Kirche in Neuss-Erfttal: großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Witten – Montag, 17. Juli: Fahrt ins Blaue.

Landesgruppe – Der Fehmaraner Edmund Ferner aus Burg ist erneut mit einem großen Vertrauensbeweis zum Landesvorsitzenden der Ostpreußen in Schleswig-Holstein gewählt worden. Auf der Vertreterversammlung in Kiel erhielt er sämtliche Stimmen der 42 anwesenden Delegierten. Da Ferner dieses Amt seit 2005 ausübt und keine Gegenstimme erhielt, war er natürlich sehr erfreut.

Den Landesvorstand vervollständigen der stellvertretende Vorsitzende Georg Baltrusch (Bad Oldesloe), Schriftführer Peter Gerigk (Schwarzenbek) zugleich noch Schatzmeister. Dieses Amt wird Gerigk behalten, da ein neuer Schriftführer gewählt wurde, nämlich Herr Hans-Albert Eckloff aus Bad Schwartau. Als Beisitzer wird weiterhin Edwin Falk (Eutin) fungieren.

Der Landesvorsitzende Ferner möchte besonders die Freundschaft zu den litauischen, polnischen und russischen Menschen pflegen und die alte ostpreußische Kultur bewahren. Als Kulturreferent möchte er sich in besonderem Maße weiterhin für die Geistesgeschichte Ostpreußens engagieren.

Die Geistesgrößen Immanuel Kant, Johann Gottfried Herder, Johann Georg Hamann und E.T.A. Hoffmann liegen ihm besonders am Herzen, aber auch die Dichter und Schriftsteller Ernst Wiechert, Agnes Miegel und Ferdinand Gregorovius. Über diese ostpreußischen Persönlichkeiten hält er unermüdlich Vorträge bei den Landsmannschaften, bei Kirchen und Volkshochschulen.

Das Amt des Kulturreferenten hat Ferner übrigens schon seit 1975 inne. Doch Edmund Ferner ist auf Fehmarn und darüber hinaus nicht nur als Vertreter der Ostpreußen bekannt, auch als leidenschaftlicher Reiseleiter hat er sich einen Namen gemacht. Neben seinen Reisen in die alte Heimat Ostpreußen waren seine letzten drei großen Reisen nach Südamerika, Frankreich und Kuba von großem Erfolg gekrönt.

Flensburg – Donnerstag, 13. Juli: Besichtigung der Classic-Werft



Vertreterversammlung der LG Schleswig-Holstein: Georg Baltrusch, Bruno Schumacher, Edmund Ferner, Ulla Gutkowski und Gerhard Saltzmann (v.l.) Bild: privat

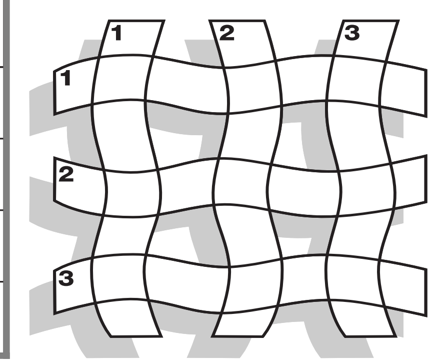
Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein Wort für die Abfahrt vom Urlaubsort.

1	TAT	TEIL
2	WAHL	KOFFER
3	HAUS	OPER
4	HAND	HOLZ
5	AUS	GRAD
6	HALB	RING
7	NEBEN	LOS



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 an einen bestimmten Ort schaffen
2 israelisches Parlament
3 Scharmützel, Kampf

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: T E / FAHRSCHEIN / MUSIK IRE / UL LESBAR / GREGOR ENZ

Mittelworträtsel: 1. Bestand, 2. Kabinen, 3. Maerchen, 4. Streich, 5. breiten, 6. Edelstein, 7. Geraeusch – Abreise

Magisch: 1. bringen, 2. Knesset, 3. Gefecht

PAZ17_28

Ostpreußen und Freunde auf Schloss Burg

Landsmannschaftliches Heimattreffen mit Kulturprogramm – Aufruf zur Traditionspflege

Das diesjährige „kleine Ostpreußentreffen" auf Schloss Burg im Bergischen hat in der Tradition der früheren Veranstaltungen stattgefunden, doch gab es auch einige Neuerungen.

Die Landesgruppen Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern und Schlesien luden zum ersten gemeinsamen Heimattreffen auf dem Plateau vor der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg an der Wupper ein. Gemeinsam verbrachte man bei Sonnenschein und Regenschauer einen erlebnisreichen Tag, wobei das Wiedersehen und das Plachandern mit alten Bekannten sowie das Kennenlernen neuer Freunde dieser drei Heimatregionen im Mittelpunkt standen. Der Veranstaltung wohnten auch die Landtagsabgeordneten Helmut Seifen und Nic Vogel sowie Remscheids Bürgermeister Lothar Krebs bei. „Heute stehen kulturelle Themen im Vordergrund. Dies soll auch künftig so bleiben. Wir wollen uns hier treffen, um Traditionen zu pflegen, Freunde wiederzusehen und neue Freunde zu gewinnen", betonte Wilhelm Kreuer, der seit Kurzem gewählte Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Landesgruppe NRW, in seinem Grußwort.

Auch wenn Teile von Schloss Burg wegen Sanierungsarbeiten eingerüstet waren, wachte die Reiterskulptur des Grafen Engelbert II. von Berg und Erzbischofs von Köln über das bunte Geschehen. Die drei beteiligten Landsmannschaften stellten Stände und Zelte auf, um die Besucher mit Informationsmaterial zu ihrer jeweiligen Heimatregion zu versorgen. Bücher und Broschüren mit historischen und aktuellen Bezügen, aber auch die *Preußische Allgemeine Zeitung* fanden interessierte Leser. Zur körperlichen Stärkung wurden beliebte kulinarische Spezialitäten und so manches edle Schlückchen angeboten. Zum Probieren gab es den ostpreußischen Bärenfang, den schlesischen echten Stonsdorfer sowie den pommerschen Kräuterlikör Schit-Lot-Em. Und was beim ostpreußischen Angebot immer dabei ist, war auch diesmal an einem Stand zu bewundern: Bernstein, das Gold der Ostsee.

Schön anzusehen und nicht zu übersehen waren ostpreußische Trachtenträgerinnen, darunter die gebürtige Königsbergerin Brigitte Kreuer und Sigrid Kruschinski. Ute und Karl-Heinz Grun waren in Trachten aus dem Riesengebirge gekleidet und hielten die Fahne für Schlesien hoch. Viele Gäste nutzten die Gelegenheit und besuchten den Glockenturm und die Gedenkstätte im Batterieturm.



Gute Stimmung trotz wechselhaften Wetters: Die *PAZ* findet Interesse am Ostpreußenstand (l). Die Veranstalter Detlef Lindemann, Wilhelm Kreuer und Rudi Pawelka freuen sich über das gelungene Fest (u., v.l.n.r.)

Foto: D.G.

Das Oberschlesische Blasorchester Ratingen sorgte mit einem Platzkonzert für gute Stimmung. Besinnlich und ruhig wurde es, als Pfarrer Volker Lubinetzki aus Wermelskirchen eine Andacht hielt.

Im Rahmen der Kundgebung wandten sich die Landesvorsitzenden der drei Landsmannschaften mit Grußworten an das zahlreich erschienene Publikum. Rudi Pawelka, Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien in NRW und BdV-Landesvorsitzender NRW, betonte, dass es die Aufgabe aller Landsleute sei, für ihre Heimatregionen einzutreten. Er fügte hinzu, dass das reiche ostdeutsche Erbe bewahrt und gepflegt werden müsse, um nicht in Vergessenheit zu geraten. Es sei wünschenswert, zu zeigen, welch wertvolles „geistiges Gepäck", die Vertriebenen auf der Flucht in die Bundesrepublik Deutschland mitgebracht haben. Veranstaltungen wie das Heimattreffen auf Schloss Burg seien eine gute Gelegenheit, um das Selbstwertgefühl der Vertriebenen zu stärken und neu aufzuladen.

Detlef Lindemann sprach als Vertreter der Pommerschen Landsmannschaft, Landesgruppe NRW, sowie als Vertreter der Bundeslandsmannschaft der Pommern: „Heimat ist nicht nur etwas Vergangenes, sondern sie hat die Menschen von innen und von außen her geprägt." Mit Blick auf die Gegenwart und Zukunft fügte er hinzu: „Es ist nun unsere Aufgabe, unsere ostdeutsche pommersche Kultur in das ganze gegenwärtige Deutschland einzubringen und es heute hier zu bezeugen."

Die Teilnehmer des Heimattreffens auf Schloss Burg lauschten ehrfurchtsvoll dem Läuten der Königsberger und der Breslauer Glocken sowie dem Trompetensolo von Frank Braun. Zum Gedenken an die Opfer von Gewalt und Krieg sowie an die Opfer der Vertreibung wurde ein Kranz niedergelegt. Der frühere, langjährige Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW, Jürgen Zauner, sprach ein Totengedenken unter dem Motto „Erinnern bewahrt vor Vergessen." Zauner schlussfolgerte: „Unsere noch verbleibende Lebenszeit steht im Zeichen der Hoffnung auf Gerechtigkeit und einen redlichen Ausgleich mit Versöhnung unter den einzelnen Menschen und ihren Völkern."

Für den Bund Junges Ostpreußen (BJO) meldete sich Tobias Link, der Vorsitzende des Regionalverbandes West, zu Wort. Der Student ist davon überzeugt, dass die Geschichte Ostpreußens nicht durch Augenblicks-Empfindungen einfach bei Seite geschoben werden darf. Er will gemeinsam mit seinen Mitstreitern helfen, dass Ostpreußen weiterhin ein wichtiger Pfeiler der europäischen Kultur bleibt. Der BJO biete attraktive Veranstaltungen für junge Leute an und suche den Kontakt zu Jugendlichen aus der Heimat der Vorfahren, so Link. Schließlich seien es gerade die heutigen jungen Einwohner aus Russland, Polen und Litauen, die die europäische Zukunft maßgeblich mitprägen werden.

Wilhelm Kreuer zeichnete Margitta Romagno, Bezirksreferentin der Ostpreußen von Düsseldorf, mit dem Verdienstabzeichen aus. Sie erhielt die Ehrung für ihre Tätigkeit als Betreuerin der Gedenkstätte des Deutschen Ostens im Batterieturm von Schloss Burg.

Den Gastvortrag bei der Kulturveranstaltung auf Schloss Burg hielt Renata Zajaczkowska, Vorsitzende der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft in Breslau (DSKG) und Vize-Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG). Vor Kurzem wurde sie für ihre Verdienste um die Deutsche Minderheit in Polen mit dem vom polnischen Staatspräsidenten Andrzej Duda verliehenen Verdienstkreuz der Republik Polen in Gold ausgezeichnet.

Gemeinsam mit Maria Neumann, Geschäftsführerin des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, legte die 1931 geborene Zajaczkowska mit dem Pkw 930 Kilometer aus Oppeln zurück. In ihrem Vortrag „Heimat und Identität aus Sicht der Heimatverbliebenen" betonte sie: „Ich habe die Ehre, all die zu vertreten, die der Heimat besonders treu waren und sind, nämlich die deutschen Schlesier, Ostpreußen und Pommeraner, die nach dem Krieg zugleich das Glück als auch Leid hatten, in der Heimat zu bleiben. Die Nachkriegsjahre waren für die in der Heimat verbliebenen Deutschen hart gewesen." Die Referentin sprach über herausragende Aktivitäten des VdG in Sachen Bildung und erklärte: „Um Zukunft zu haben, brauchen wir Bildung und Medien sowie moderne Kultur neben der Tradition. Durch die Sprache muss das wiederbelebt werden, was verloren gegangen ist. Wir alle, hier und da, sind die prädestinierten Brückenbauer für Völkerverständigung und Vertiefung der europäischen Einheit."

Die Kultur- und Frauenbeauftragte der LO, Bärbel Beutner, hat auch diesmal ein abwechslungsreiches Programm mit musikalischer Umrahmung durch das Oberschlesische Blasorchester vorbereitet. Der „Bunte Reigen" fiel – zum Glück für das Publikum und die beteiligten Akteure – nur zum Teil „ins Wasser".

Zu Gast war die schlesische Tanzgruppe „Der Fröhliche Kreis" aus Bergisch-Gladbach. Die Gruppe konnte wegen des einsetzenden Regens nicht ihr ganzes Programm vorführen, weil Samt, Spitzen, Brokat und die handgewebten Stoffe der Trachten durch zu viel Nässe gelitten hätten. Dennoch schafften sie es, bei den ersten Sonnenstrahlen einige schwungvolle Volkstänze zu zeigen.

Die Moderatorin Beutner ging auf das „reiche und geschichtsträchtige Schlesien" mit einem Gedicht von Friedrich Bischoff ein. Brigitte Kiel stellte die Geschichte und Kultur Pommerns detailliert vor.

Kreuer verabschiedete die trotz Regenschauer bis zum Schluss vor Ort gebliebenen Gäste im Namen der drei Landsmannschaften: „Bleiben Sie gesund und munter, halten Sie den heutigen Tag in guter Erinnerung und – vor allem – bleiben Sie den Ostpreußen, den Pommern und den Schlesiern gewogen. Und, nicht zuletzt: Kommen Sie auch im nächsten Sommer nach Schloss Burg. Auf Wiedersehen und Gottes Segen für Sie alle."

Dieter Göllner

Eine Sprache wird abgewickelt

Zu: Der Suizid der deutschen Sprache (Nr. 25)

Vielen Dank für den Abdruck von „Der Suizid der deutschen Sprache". Natürlich ist dieser Suizid schon sehr lange zu beobachten – allerdings haben nun scheinbar die sogenannten „Sozialen Netzwerke" endgültig die Führung im Verblödungsfeldzug übernommen.

Dabei ist es jedoch so, dass bereits vor Jahren die Konsumverbung, die ohnehin nur auf die Verdummung des Verbrauchers setzt, mit dem Irrsinn des Einbaus bewusster Rechtschreibfehler werbewirksam sein wollte. Das wurde dann als „Verfremdung" verkauft. Insofern dürfte man sich jetzt bestätigt fühlen und den „Ball der sozialen Netzwerke" liebend gern wieder aufnehmen, um ihn „verfeinert" an den Konsumenten weiterzugeben.

Deshalb ist wohl leider auch der letzte Satz im Artikel nur eine schöne Illusion: „Es bleibt nur zu hoffen, dass dieser ‚kulturelle Abschnitt' bald tief begraben wird."

Denn – wenn man Deutschland abschaffen will – dann freilich auch dessen Sprache.

Manfred Kristen, Freital

Zum Affen gemacht

Zu: „Eine Mode unter nationalsozialistischen Förstern" (Nr. 26)

Wie krank können Menschenhirne eigentlich noch sein, um gesunde Bäume zu fällen, nur weil diese ein Hakenkreuz bilden, welches man allerdings nur aus der Luft und nur zu bestimmten Jahreszeiten erkennen kann? Geht's noch? Was können denn die Bäume dafür?

Ich werfe die Fotos meiner Großväter ja auch nicht fort, nur weil sie eine Wehrmachtsuniform tragen – ebenfalls mit Hakenkreuz. Langsam muss es mal gut sein mit der von oben verordneten Reue und damit verbundenen Duckmäuserschaft. Es reicht jetzt, Deutschland sollte sich nicht noch mehr zum Affen machen.

Christina Brauer, Frankfurt am Main

Die EKD-Partei

Zu: Deutschland: Woran glaubst Du? (Nr. 25)

PAZ-Autorin Eva Herman sagt recht deutlich, was in unserem Land im Argen liegt. Ich muss mich aber wundern, dass ihr und auch Ihnen der Skandal zum evangelischen Kirchentag 2017 in Berlin entgangen zu sein scheint. Dort brachte es die Reformationsbotschafterin der evangelischen Kirche, Frau Prof. Dr. Margot Käßmann, tatsächlich fertig, in ihrer Bibelrede den nachstehenden Satz, „zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern, da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht", öffentlich kundzutun.

Die einzige Persönlichkeit, die diese unglaubliche Diffamierung eines ganzen Volkes aufgriff und in scharfer Form als „linksfaschistische Ergüsse im Namen der Kirche" bezeichnete, war Erika Steinbach. Der Auftritt und diese von Hass gegen das deutsche Volk getragene Äußerung der Frau Käßmann wurden von den Staatsmedien und der gelenkten Presse konsequent totgeschwiegen.

Ich habe nach Kenntnis von diesem Vorgang eine E-Mail an Frau Käßmann gesandt, in der ich meine Empörung sehr deutlich machte – keine Antwort bisher, was alles sagt!

Frau Steinbach habe ich für ihre Aufrichtigkeit und ihre Liebe zu unserem Land per E-Mail meinen Dank und meine Hochachtung übermittelt. Sie bedankte sich prompt, wie es sich unter aufrichtigen Menschen gehört.

Frau Steinbach schrieb auf Facebook unter anderem: „Wie gut, dass ich diese politische Partei namens EKD bereits vor geraumer Zeit verlassen habe. Das Bodenpersonal Gottes ist in Deutschland weitgehend grenzwertig".

Dem ist wohl weiter nichts hinzuzufügen, außer dass Mitglieder der evangelischen Kirche sich nach diesem Skandal bestimmt Gedanken über einen Austritt aus einer Kirche machen, die ihren Vertretern solche Hasstiraden auf das eigene Volk erlaubt.

Rupert Hamm, Jena

Klima-Jammer

Zu: Wenn die Currywurst klimaneutral wird (Nr. 22)

Zum Thema Klimawandel sind Ihnen einige skurrile Absätze bezüglich der Übertreibung dieses Themas gelungen. Zu viele Möchtegerne wollen das Klima „retten", ohne auch nur wissenschaftliche Abhandlungen und Wahrheiten dazu zu kennen.

Das Klima und das Kohlendioxid in der Atmosphäre sind nicht von Menschen gemacht, werden allenfalls geringfügig beeinflusst, und trotz aller Unkenrufe blühen, wachsen und gedeihen Pflanzen, Tiere und Menschen ganz gut auf dieser Erde. Die damit verbundene sogenannte Energiewende ist ein Geldumverteilungssystem, geschaffen von grünen und anderen unfähigen Politikern, die gern ein Kohlendioxid-Gesetz gegen die Bürger hätten.

Recht hat der neue US-Präsident Donald Trump, wenn er für die Vereinigten Staaten von Amerika aus dem „Klimaschutzabkommen" aussteigt. Jammern tun jetzt all die anderen, die nun gegebenenfalls mehr zahlen müssen.

Günter Aigner, Berlin



Eine unantastbare Lichtgestalt: Anders als Ex-Kanzler Helmut Schmidt, dessen Foto in Wehrmachtsuniform inzwischen tabu ist, muss Ex-Wehrmachtsoffizier und Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker keine Bilderstürmerei befürchten Bild: Imago

Ein Freifahrtschein für Richard von Weizsäcker

Zum Leserbrief: Es wird voll am Pranger (Nr. 25)

Man kann davon ausgehen, dass, sollten alle ehemaligen Wehrmachtsoffiziere am Pranger stehen, Richard von Weizsäcker aus folgenden Gründen die einzige Ausnahme bleiben wird. Als ehemaliger Fahnenflüchtiger oder Deserteur hat der Ex-Bundespräsident einen Freifahrtschein.

In seiner „Befreiungsrede" am 8. Mai 1985 heißt es wörtlich: „Der ganz überwiegende Teil unserer Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben. Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind."

Es folgt der typische von Weizsäcker Rückwärtssalto, der alle seine „Ja-Aber-Reden" auszeichnet: „Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen. Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen", womit er die Sippenhaft ohne Ausnahme ein für allemal eingeführt hat.

Von diesem Satz hat er sich nie distanziert, meinte aber, dass man seinen Gedanken nicht gerecht werden würde. Es habe ihm ferngelegen, irgendjemanden einen Vorwurf zu machen.

Ferner heißt es: „Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten." Nur einer konnte es nicht, sein Vater. Hat er diesen doch vor der Entnazifizierungsspruchkammer damit verteidigt, dass er, der Vater, obwohl er diese Transporte per Paraphe (Namenskürzel, d. Red.) genehmigt hatte, glaubte, dass es sich um Urlaubstransporte handelte.

Schließlich sei die von v. Weizsäcker erfundene, in der Nachkriegszeit „erzwungene Wanderschaft" erwähnt. Die in diesem Zusammenhang zu beklagenden zirka zwei Millionen umgekommenen deutschen Staatsbürger fanden keine Erwähnung. Sicherlich deshalb nicht, weil sie im Vergleich zu den während des gesamten Krieges getöteten Menschen nur als „Kollateralschaden" zu betrachten sind.

So einen Menschen stellt man nicht an den Pranger. Oder? Und alle Anwesenden im Plenarsaal spendeten stehend Beifall für diese Rede, was beispielhaft für die politische Leitkultur in der Bundesrepublik ist.

G. Knull, Buxtehude

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Lautlose Hummel

Seit Kurzem gibt es Elektro-Vespas im Retro-Design im Handel – Unser Autor wagte einen Selbstversuch auf den Zweirädern

Der eigentliche Grund, warum ich einen Elektroroller mein Eigen nenne, liegt darin, dass in Hollabrunn in Niederösterreich vor einiger Zeit ein Kebabladen in die Luft geflogen ist. Brandstiftung – die Splitter der zerborstenen Fensterscheiben flogen bis über die Straße und blieben dort in der Hauswand stecken. Noch bevor die Kriminalpolizei Spuren auswerten konnte, hatte das Stadtamt alles schön weggeräumt.

Von dem Brand war auch ein Fachgeschäft für Elektroräder betroffen, an dem wir früher immer nur vorbeigelaufen waren. Der Inhaber verlor alle Fahrzeuge, die Versicherung zahlt nicht, aber wo eine Tür zufällt, geht eine andere auf: An seinem neuen Standort mitten in der Fußgängerzone hat er nun viel mehr Laufkundschaft, man schaut sich seine Zweiräder an und setzt sich auch mal drauf. Das schöne neue Fahrgefühl mit dem Charme einer Akku-Gartenschere stinkt nicht und lärmt nicht, sondern zieht einfach kraftvoll nach vorne.

In meinem Fall tut dies jetzt ein Elektroroller der deutschen Firma Emco in Lingen, ein „Nova R2000“ im beinharten Retro-Design à la Vespa, mintgrün. Mein Gott, jetzt fehlt nur noch der Petticoat oder ein weitgeschnittener Parka der Brit-Proleten aus den Malocherstädten, die so gerne mit einem Dutzend Rückspiegeln und Scheinwerfern fuhren.

Ja, dieser Roller sieht richtig gut aus, sodass die Leute gucken und dass man beim Fahren denkt, sie sollten es tun. Schnell noch ein witziger Schriftzug drauf, beispielsweise „luftgekühlt“ von den alten Deutz-Traktoren, und ab geht die Post. Die beiden Akkus reichen für „bis zu“ 100 Kilometer und man kann sie „bis zu“ 1000-mal aufladen. Das geht an der normalen Steckdose und dauert vier Stunden Ladezeit.

Was wirklich für den Roller spricht und richtig Spaß macht: Er zieht an der Ampel besser als eine richtige Vespa, die man erst hochschalten muss. Und die angegebenen 45 Stundenkilometer Spitze sind echt, auf dem Tacho kommt man deutlich über 50. So summt man ganz entspannt und mit dem unvergleichlichen Rollergefühl durchs Städtchen oder übers Land, man kann kleine Besorgungen machen und Fußgänger, die einen mal wieder nicht gehört haben, frech von der Straße hupen. Mit einem kleinen Lautsprecher wird es noch besser – dann kann man, während man über die Auen gleitet, Schlager aus den 60ern hören oder neue Popmusik. Und bei Rast oder Picknick ist so ein Roller die Kulisse schlechthin.

Das alles ist Lebenslust pur und für mich die Antwort auf die vor diesem Kauf gestellte Frage, ob sie wirklich so schmerzlich ist, die kleine Lücke zwischen Fahrrad und Automobil. Ja, ist sie, aber das weiß man erst hinterher.

Auf der anderen Seite gibt es auch Nachteile, sogar gravierende. Einmal ist so ein Elektroroller nicht gerade billig. Der Emco schneidet da noch recht gut ab, während das Konkurrenzmodell „Kumpan“ so richtig ins Geld geht. Meiner war ein Vorführmodell und daher 1800 Euro billiger gegenüber dem Listenpreis, aber das macht immer noch knapp 3000 Euro, auch wenn ich in Österreich eine Förderung von 375 Euro bekomme. Man spart über die Jahre sehr viel an Reparaturen und Energiekosten ein, aber niemand weiß, wie lange die Akkus wirklich halten, und dann wird es teuer.

Nachteilig ist außerdem, dass dieser Roller in China hergestellt wird und dort im Großhandel weitaus billiger ist – 600 bis 800 Dollar mit einfachen Akkus. Rechnet man es durch, würde ein Eigenimport vielleicht 500 Euro billiger kommen als mein Vorführroller, dafür hätte ich keine Garantie, keinen Service und keinen Ansprechpartner. Trotzdem könnte sich Emco etwas mehr Mühe geben, den deutschen Anteil an diesem Gefährt etwas deutlicher zu zeigen – wenn es ihn überhaupt gibt. Die Chinesen kennen den bei ihnen sehr populären Flitzer unter der Bezeichnung „Bumblebee“ (Hummel).

Das Glück liegt auf dem Rücken des E-Rollers: Ein Trio „brettert“ lautlos durch die Landschaft Bild: Emco

Und der dritte Nachteil ist die knarzige, nicht besonders wertig erscheinende Plastikkarosserie. Die spart zwar immens viel Gewicht und kann bei Bruch sehr kostengünstig ersetzt werden, aber das Gequietschte nervt einfach. Für einen „echten“ Rollerfahrer wäre das wahrscheinlich gar nicht denkbar. Die Chinesen haben auch ein bisschen sehr viel Deko draufgepackt, was aber nicht jedermanns Sache ist.

Schön und gut – solange man damit nicht aufs Oldietreffen des Vespaclubs fährt, kann man mit dem Zweisitzer ordentlich Spaß haben. Als Fortbewegungsmittel ist er auf kurzen Strecken unschlagbar und er macht auf den Normalbürger, der sich mit historischen Rollermodellen nicht so auskennt, enorm viel Eindruck. Ins Freibad, zur Straußwirtschaft oder zum Schnellrestaurant, zur Post oder morgens zum Bäcker, um Brötchen zu holen: Immer neue Einsatzzwecke bieten sich Tag für Tag ganz von alleine an. Und wer sonst nichts zu tun hat, kann sich einfach draufsetzen und ziellos durch die Gegend brettern, alleine oder in der Gruppe.

Dann lernt man die Landschaft auf ganz neue Weise kennen: Man schmeckt die feuchte Luft nach einem Sommerregen, man spürt das Knistern der Insekten im Gesicht und riecht, dass man auf dem Land wohnt. Schlaglöcher teilen sich ganz unmittelbar mit und an Straßenkreuzungen muss man die Füße herunterstellen, damit man nicht umfällt. Mit einem Auto ist das alles anders, man ist lange nicht so dicht dran. Und: Man lernt neue Leute kennen, einmal diejenigen, die sich nach den technischen Einzelheiten dieses Gefährts erkundigen, oder die, die ganz einfach nur neugierig sind.

Die jährliche Zulassungsprüfung ist für 20 Euro gemacht, bei einem Benziner wäre es das Vierfache. Strom für 100 Kilometer kostet 1 Euro, bei Benzin wären es 5 Euro. Reparaturen und Wartung fallen am Motor gar nicht an, und ein Getriebe, Ölkette und solche Sachen gibt es auch nicht. Deshalb eignen sich Elektroroller gerade für Vielfahrer. Lediglich das Aufladen macht den Roller immer wieder für Stunden unbenutzbar. Das kann man aber nachts erledigen und man gewöhnt sich schnell dran.

Fazit: Es bleiben Unsicherheiten und nicht zuletzt der Verdacht, dass Emco den Roller einfach nur umetikettiert hat. Aber egal – wer sich den Sommerwind durch die Klamotten pfeifen lassen und seinen Wohnort nochmal ganz neu entdecken will, der macht mit einem kräftigen und zuverlässigen Elektroroller ganz sicher keinen Fehler. Und für den entspannten Weg zur Arbeit, in die Schule oder Uni taugt er ebenfalls. *Alexander Glück*

Fähigkeit zum Trauern

Die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich und ihre Seelenanalyse der Nation

Über den moralischen Zustand der Republik nach dem Zweiten Weltkrieg gab kaum jemand besser Auskunft als Margarete Mitscherlich. Zusammen mit ihrem Mann Alexander Mitscherlich veröffentlichte sie 1967 ein Buch, dessen Titel zu einem geflügelten Wort geworden ist: „Die Unfähigkeit zu trauern“. Der Sachbuch-Bestseller brachte damals die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit erst richtig in Gang.

Der Erfolg des Buches ist umso erstaunlicher, da die Autoren nicht aus der überlegenen Warte von Historikern aus urteilten, sondern als Ärzte den gesellschaftlichen Seelenzustand analysierten. Die als Margarete Nielsen am 17. Juli 1917 in Gravenstein nahe von Sonderborg und der deutsch-dänischen Grenze geborene Autorin war Psychoanalytikerin, Verfasserin zahlreicher Schriften und Herausgeberin der Zeitschrift „Psyche“.

Ihr dänischer Vater wirkte als Landarzt und ihre deutsche Mutter als Schuldirektorin, die der Tochter früh die Anlagen zur Selbstständigkeit vermittelte. Nach dem Abitur, das sie in Flensburg ablegte, studierte die Deutsch-Dänin nacheinander in München sowie Heidelberg Literatur und Medizin. 1944 legte die junge Frau das Staatsexamen ab. 1947 lernte sie in einer Schweizer Klinik den verheirateten Arztkollegen Alexander Mitscherlich kennen. Mit Folgen: Sie wurde seine Geliebte, ließ sich von ihm für Sigmund Freud und die Psychoanalyse begeistern, welche sie in Heidelberg, Stuttgart sowie London studierte. Den 1949 geborenen gemeinsamen Sohn überließ sie ihrer Mutter. Das war der Preis ihrer Selbständigkeit.

1955 kam es zur Heirat. Die nunmehrige Frau Doktor Mitscherlich zog mit ihrem Mann in Heidelberg zusammen, wo er die Psychosomatische Klinik leitete. Damit begann neben ihrer selbstständigen Tätigkeit eine enge Teamarbeit mit dem Ehemann. Sie selbst gehörte einerseits in Frankfurt/Main 1960 zu den Mitbegründern des „Sigmund-Freud-Institutes“, lehrte hier und war therapeutisch tätig. Andererseits analysierte sie im Tandem mit ihrem Mann die Weigerung großer Teile der bundesrepublikanischen Bevölkerung zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Beide brachten in dem Buch „Die Unfähigkeit zu trauern“ zum Ausdruck, dass „de facto kein Abschied von Hitler und dem zwölfjährigen NS-Terror stattgefunden“ habe und bezeichneten diesen Zustand als Hypothek für die nachfolgenden Generationen. Die „Verweigerung jeder Anerkennung von Schuld“ beinhaltete für das Autorenpaar neue Schuld.



Wurde vor 100 Jahren geboren: Margarete Mitscherlich Bild: Imago

Das schlug ein wie eine Bombe, löste heftige Diskussionen aus und wird zuweilen auch als Geburtshelfer der 68er interpretiert. Zur Arbeit des Forscherpaars gehörte auch die Herausgabe einer Fachzeitschrift. Mehr noch: Margarete Mitscherlich stellte sich an die Seite von Alice Schwarzer und schrieb feministische Artikel für die Zeitschrift „Emma“. Sie gedieh zu einer „Frontfrau des Feminismus“. Den Frauen riet sie: „Rüstet und entrüstet euch!“ Dazu lehnte sie die „Anpassungsneigung, die Identifikation über männliche Alphatiere“ für Frauen kategorisch ab.

Als ihr Mann 1982 starb, schüttelte sich die couragierte Feministin kurz und setzte ihren öffentlichen Kampf fort. Sie war inzwischen auch als Wissenschaftlerin und Feministin anerkannt, gab die Zeitschrift „Psyche“ nun allein heraus. Auch mit ihrem Buch „Die friedfertige Frau“, das 1985 von der Frauenbewegung als aufsehenerregende Untersuchung zum Rollenverhalten von Frauen in der Politik gefeiert wurde, erlangte die ungewöhnliche Frauenpersönlichkeit eine beträchtliche Nachwirkung.

Für ihre Arbeit erhielt sie zahlreiche Auszeichnungen, darunter 2001 das Große Bundesverdienstkreuz. Sie blieb bis zuletzt aktiv, arbeitete mit 87 noch zweimal wöchentlich mit Patienten, gab Interviews und sah dem Ende mit „großer Gelassenheit“ entgegen. Mitscherlich starb am 12. Juni 2012 in Frankfurt am Main, wenige Wochen vor ihrem 95. Geburtstag. Seit 2013 gibt es in Frankfurt einen Mitscherlichplatz. Mitscherlich hat einen gewissen Anteil daran, dass die Fähigkeit zum Trauern inzwischen von so manchem Zeitgenossen etwas übertrieben wird. *M. Stolzenau/tws*

Schwere Erntehelfer

Büffel mähen Gras auf Berliner Pfaueninsel

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg kann sich auf der Berliner Pfaueninsel die Rasenmäher sparen. Denn das Gras stutzt im Sommer wieder eine kleine Gruppe Wasserbüffel. Damit wird die erfolgreiche Beweidung der Hechtlaichwiese aus den Vorjahren fortgesetzt. Sie fand erstmals im Luisenjahr 2010 statt.



Ganz scharf auf Gras: Wasserbüffel in Berlin Bild: SPSG/Jan Uhlig

Die Beweidung mit den Tieren hat sich als Alternative zur maschinellen Mahd bewährt. Die Wasserbüffel sollen die artenreichen Feuchtwiesen von Gehölzaufwuchs freihalten und damit seltene Pflanzenarten fördern. Zudem vermitteln sie den Besuchern eindrucksvoll die frühere Weidenutzung der Pfaueninsel. Vor allem in diesem Bereich ist der landschaftliche Charakter seit nahezu 200 Jahren fast unverändert. Bereits ab 1801 bis zur Auflösung der Menagerie im Jahr 1842 wurden Wasserbüffel auf der Pfaueninsel am Büffelteich westlich der Meierei als „Zootiere“ gehalten.

Die Tiere stammen vom Ökohof Gut Darß in Mecklenburg-Vorpommern. Es handelt sich um die Kuh Kia mit dem Kalb Karlchen und um die Kuh Ode mit dem Kalb Oskar. Beide Bullenkälbchen wurden am 22. März geboren. Wegen der kalten Witterung im April und dem damit verbundenen geringen Pflanzenwachstum konnte der Wasserbüffelauftrieb in diesem Jahr erst ab Ende Mai durchgeführt werden.

Voraussichtlich bis Mitte Oktober sind die Tiere auf der zirka drei Hektar großen Feuchtwiese sowie auf der nordöstlich der Meierei gelegenen zirka zwei Hektar großen Fläche zu bestaunen. *tws*

Aus Schweizer Sicht

Adrian Arnold befürwortet Führungsrolle Deutschlands

Nicht wenige Leser werden die Überlegungen des Berlin-Korrespondenten vom Schweizer Fernsehen für unmöglich erachten. Zumindest regen seine Ausführungen über das heutige Deutschland zu Fragen über unser Land und seine Position in der Welt an, die nach seinen zutreffenden Worten „sich deutsche Journalisten selten stellen“.

In großer Offenheit beschreibt Adrian Arnold die Bundesrepublik als einen Riesen, ob sie dies wolle oder nicht. Doch dieser Riese zögere und begehe Fehler, denn er schaue immer noch auf seine dunkle Vergangenheit. Der Autor wünscht sich, dass er nicht zum Zwerg wird „und sich vor lauter Schuldgefühlen nur noch duckt und windet“. Dieses Land mit seiner Ordnung, seiner Disziplin und Zuverlässigkeit besitze eine unvergleichliche Stärke.

Dabei geht er noch sehr viel weiter: „Muss Deutschland nicht jenes Land sein, das mutig seine Führungsrolle in Europa annimmt und aus dieser Führungsrolle Europa in eine Stabilität bringt. Darf man in Deutschland über diese Führungsrolle nachdenken, ohne neue Großmannssucht und Bevormundung anderer Staaten zu befürchten?“

Hätten andere Staaten jahrzehntelang eine Führungsrolle der Deutschen gefürchtet, so bedürften sie ihrer heute und erwarteten sie auch. Hinter den Kulissen sei den Staatschefs vollkommen klar, dass die Zukunft eines stabilen Europas davon abhänge, was in Berlin entschieden wird. Zur Führungsrolle gehöre die militärische Verantwortung für Europa. Heute aber sei Deutschland mit seiner beschnittenen Armee viel zu schwach. Um militärisch mitentscheiden zu können, müsse Berlin aufrüsten.

Über die Bundeskanzlerin erfährt der Leser, sie habe die Denkweise der Naturwissenschaftlerin zur Grundlage ihres Handelns gemacht und sei eigentlich stets ideologiefrei. Im Gegensatz zum US-Präsidenten handele sie stets rational aus, nie emotional.

Das Buch gewährt einen tiefen Einblick in den inneren Zirkel des Kanzleramtes, in dem unbedingtes gegenseitiges Vertrauen höchste Priorität habe und bis heute so gut wie keine Interna nach außen gedrungen seien. Ziel Merkels sei, das europäische Projekt voranzutreiben. Dies indes erfordere eine möglichst große Einigkeit in Deutschland, doch daran kranke es am meisten.

Als eine Ursache sieht der Beobachter aus dem Alpenland die Differenzen zwischen der CSU und der Kanzlerin. Diese gäben der Bevölkerung das Gefühl, die Regierung habe die Situation nicht mehr im Griff. Seehofer, glaubt er überaus kritisch, gehe es nicht um das Wohl der Union, sondern um ihn selbst und seine Position. Weite Kreise der CSU und des konservativen CDU-Flügels, der bei der ideologischen Verschiebung der Partei fast ausgeschaltet wurde, hätten nach seiner Ansicht das Anwachsen der AfD erst möglich gemacht zu einem Sammelbecken der unzufriedenen und sich machtlos fühlenden Bürger. Offenbar überfordere sie die Bundesrepublik, doch müsse diese jene Kreise aushalten. Man solle sie bewusst einbeziehen und sie in den Parlamenten in die Verantwortung nehmen.

Asylkrise wurde völlig unterschätzt

Nach Meinung des Verfassers ziele die AfD primär auf Zerschlagung und Neuanfang ab, nicht aber auf gemeinsame konstruktive Problemlösung. Man mag da anderer Auffassung sein. Zutreffend ist jedenfalls die Meinung des Schweizers, den IS-Terroranschlag am Berliner Weihnachtsmarkt 2016 als „Merkels Tote“ hinzustellen, sei eine dumme AfD-Propaganda.

Bei der vielschichtigen Problematik des Asylsucherstroms wirft der Autor der Bundesregierung vor, diese unterschätzt und nicht rechtzeitig nach Lösungen gesucht zu haben. Die Kommunen – ohne jegliches Mitspracherecht – wurden überfordert, die plötzlichen Veränderungen seien „einfach von Berlin befohlen“ worden. Dem Optimismus der Kanzlerin folgten die Menschen nicht mehr, das viele Kleinreden der Medien verstärkte das Misstrauen und ließ die Beliebtheitswerte der Bundeskanzlerin jäh herabsinken.

Nach den Bundestagswahlen müssten die Welt und Deutschland sich entscheiden über die Zukunft unseres Kontinents. Abschließend schreibt Arnold voller Optimismus: „Der Riese ist reif für diese Führungsrolle. Er ist reif für den Erhalt der Friedens- und Werteunion Europas“.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

***Adrian Arnold: „Deutschland, der ängstliche Riese. Merkel und die verunsicherte Republik“**, Orell Füssli-Verlag, Zürich, 2017 gebunden, 191 Seiten, 19,95 Euro*

Opfer der DDR



Drei Historiker decken auf

Wer im Berliner Umland wohnt, findet an vielen Orten im Wald, entlang des Berliner Mauerwegs, Stelen mit Fotos der Gesichter, der Lebens- und Fluchtgeschichten der an dem jeweiligen Ort auf der Flucht zu Tode Gekommenen. Immer handelt es sich um Opfer einer Zeit, als die Mauer die Stadt Berlin in zwei Teile spaltete. Mögen auch die Biografien, Gegebenheiten und Umstände zum Thema „Tote an der Berliner Sektorengrenze“ weitgehend erforscht sein, so fehlte bis heute eine Publikation, die sich der Opfer vor der Errichtung der Mauer in Berlin annahm.

Die Historiker Gerhard Sälter, Johanna Dietrich und Fabian Kuhn legen mit ihrem Werk „Die vergessenen Toten“ eine umfangreiche Darstellung des Themas vor. Welche Schwierigkeiten es ihm erschwerten, sich dem Thema zu nähern, machen sie in ihrer Einleitung deutlich. So sind unter anderem waren viele Unterlagen bereits vor 1989 vernichtet worden. Auch wird unter dem Punkt Kategorienbildung verdeutlicht, dass es nicht einfach war, in den Wirren Nachkriegsberlins und seines Umlands eindeutig zu unterscheiden, wer ein Todesopfer des DDR-Grenzregimes geworden war und wer nicht. Zu unklar waren noch die Sektorengrenzen, zu jung noch das Kontrollsystem, zu undeutlich die Vorschriftenlage.

Anliegen der Autoren war es, eine vollständige Dokumentation der Opfer des DDR-Grenzregimes zu erstellen. Anhand biografischer Daten berichten sie davon, wie Menschen in der Zeit zwischen Teilung und dem Mauerbau Berlins allein zur Zementierung der gesellschaftlichen Ordnung und Durchsetzung der SED-Macht zu Opfern wurden..

39 Personen kamen zwischen 1948 und 1961 unmittelbar im Grenzraum zu Tode. Die Umstände, die zu ihrem Ableben führten, wurden mithilfe umfangreicher Quellen aufgearbeitet. So wurden hierfür Bestände der Bundes- und Landesarchive in Freiburg, Koblenz und Berlin herangezogen, aber auch Quellen des Berliner Landeskriminalamtes, der Staatsanwaltschaft und der Polizeihistorischen Sammlung Berlins.

Für den Leser berührend ist es, die Lebensgeschichten der jeweiligen Person zu verfolgen. Und es stellt sich wiederholt die Frage nach dem „Warum?“. Weshalb mussten hier so viele Menschen so sinnlos sterben? *S. Friedrich*

***Gerhard Sälter, Johanna Dietrich, Fabian Kuhn: „Die vergessenen Toten. Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Berlin von der Teilung bis zum Mauerbau (1948–1961)“**, C.H. Links Verlag, Berlin 2017, gebunden, 312 Seiten, 30 Euro*



»Auf dem Holzweg sein«

Kalender für ein Zitat pro Tag

Der Langenscheidt-Verlag, bekannt für sein breites Sortiment an Wörter- und Lehrbüchern, hält neben einer Reihe von zweisprachigen Büchern oder Publikationen, mit denen man eine Sprache spielerisch erlernen kann, auch Kalender bereit.

Einer davon ist der „Sprachkalender 2018. Berühmte Zitate“. Mit diesem unterhaltsamen Kalender kann man nicht nur in fünf Minuten täglich seine Fremdsprachenkenntnisse auffrischen – es kommen Zitate in englischer, deutscher, französischer, italienischer, spanischer und lateinischer Sprache vor –, sondern auch noch etwas für seine Bildung tun. Denn die Rückseite eines jeden Kalenderblattes enthält neben der Übersetzung auch Informationen über die Herkunft des jeweiligen Zitats oder der Redewendung. Wussten Sie zum Beispiel, wo die geläufige Redewendung „Das ist doch Kokolores“ herkommt? Der Sprachkalender 2018 gibt Auskunft darüber. Es hat etwas mit einem Wecker zu tun. Oder dass „den Nagel auf den Kopf treffen“ nicht etwa aus der Handwerkersprache stammt, sondern aus dem Wortschatz der Bogenschützen kommt? Wer die Zitate und ihre Erklärung liest, wird sich nicht langweilen. *MRK*

***„Langenscheidt Sprachkalender 2018. Berühmte Zitate“**, Langenscheidt Verlag, München 2017, Abreißkalender, 640 Seiten, 9,99 Euro*



Heitere, aber bittere Satire

Die Flucht eines jungen Kameruners vor der deutschen Willkommenskultur

Johannes Reckholder schildert in seiner heiteren, aber bitter ernsten Satire und in opernhafter Dramaturgie die Geschichte eines jungen Kameruners, der, versorgt mit guten Sprachkenntnissen und mit den notwendigen Finanzmitteln, im Jahr 2015 nach Deutschland kam, um in Tübingen Germanistik zu studieren. Was er erlebte, und in welche Verstrickungen er in seiner Naivität geriet, wird in 13 Kapiteln in spannender Weise geschildert.

Das Schicksal nahm seinen Lauf in Stuttgart und endete in Rothenburg ob der Tauber, nachdem er sich vorher als „multikultureller Ehrengast“ in Berlin geoutet hatte und beschimpft wurde: „Rassist! Da hilft deine schwarze Pelle auch nichts mehr!“ In Stuttgart wurde er von einer resoluten Dame in Beschlag genommen: „My name is Claudia. Welcome in Stuttgart!“ Er geriet in einen Kreis von „Welcome Angels“ mit dem Slogan „Vorfahrt für Vielfalt“. Sie war eine „idealistisch entflammte Weltbürgerin kommender Zeitalter“, die den jungen Kameruner Calvin Dlele für sich entflammen wollte, nicht ohne Gewalt.

Schließlich gelang sein Ausbruch, und er kam nach Frankfurt in eine Sporthalle, in eine „Asylbewerberlandeserstaufnahmestelle“. Es gab keine Kontrolle. Die Halle „war wie geschaffen für Untergrund-Existenzen“. Eine Frauenrechtlerin schimpfte: „Da kommt wohl ‘ne ganze Menge Mittelalter und Paschakultur ins Land.“ Nächste Station war Berlin-Kreuzberg, ein Kulturzentrum, an dessen Wand der Schriftzug stand: „Fuck Germany“. Ein syrischer Professor prophezeite massive Probleme: „Ihr importiert eine Parallelgesellschaft. Wir werden Europa bald nicht mehr wiedererkennen.“ Ein Araber frohlockte: „Wir werden Europa kulturell erobern“, ein anderer sagte zu Deutschland: „Wir werden sie hinausgebären. Und wir werden jung, stark und gläubig sein. Allah aber ist mit den Siegern.“ Für andere ist Immigration der „neue Weg zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus 2.0.“

Nach etlichen Abenteuern gelang ihm auch die Flucht aus Berlin, mit der er sich aus den Fängen der Türkin Leyla, einem „durchtriebenen Lüderchen ohne Skrupel“, befreite. Er landete in Rothenburg ob der Tauber, wo sich „ein Kampf der Erinnyen in geradezu altgriechischen Dimensionen“ abspielte. Hier beendete er abrupt sein „Deutschlandabenteuer“ und flog in seine Heimat nach Kamerun zurück, wo er als Deutschlehrer arbeitet und in Wehmut an die deutschen Kulturleistungen in der Welt zurückblickt. *Wolfgang Thüne*

***Johannes Reckholder: „Deutschland. Der Wahn. Dleles Flucht nach Afrika. Eine Satire“**, Tredition Verlag, Hamburg 2017, broschiert, 174 Seiten, 7,99 Euro*



Abrechnung mit »Experten«

Ex-Lehrerverbands-Präsident kritisiert die deutsche Bildungspolitik

Jeder, der heutzutage mit Schulabgängern zu tun hat, kennt deren Bildungsdefizite. Wo diese herrühren, weiß keiner besser als der langjährige Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus. Das belegt dessen neuestes Buch „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“. Hierbei handelt es sich um eine Generalabrechnung mit den „Bildungsexperimenten“ und „kuriosen Lehrplanreformen“, die das bundesdeutsche Schulwesen in den letzten Jahrzehnten ruiniert haben und laut Kraus aus der flächendeckenden Abkehr vom Leistungs- und Eliteprinzip resultieren. Trotz Föderalismus herrsche in jeder Hinsicht Gleichmacherei – und zwar mittlerweile auch in den CDU-regierten Bundesländern. Infolgedessen sei alles über Bord geworfen oder in seiner Bedeutung geschmälert worden, was einstmals zwingend zu einem effektiven Schulsystem gehörte: Frontalunterricht statt unnützer „Projektarbeit“, Hausaufgaben, Sitzenbleiben bei mangelhafter Leistung und aussagekräftige, ehrliche Noten. Dazu komme die Sprachverhunzung durch die missratene „Schlechtschreibreform“ von 1996 und der Siegeszug des Gender-Geschwafels beziehungsweise der „Denglisch“-Seuche.

Als Hauptverantwortliche für diese katastrophale Entwicklung hin zur „Wohlfühlpädagogik“ ohne Leistungsanspruch nennt Kraus linke Ideologen und Bildungswissenschaftler, einflussreiche „Lifestyle-Philosophen“ vom Schlage eines Richard David Precht und Gerald Hüther sowie die „Bertelsmänner“ mit ihren ewig neuen, stets arg tendenziösen Studien, an deren „Ergebnisse“ unsere Politiker jedoch blind glauben.

Am Ende seiner Analyse bringt der Autor dann eine ganze Reihe von konkreten Ratschlägen, „was Eltern trotz allem tun können“. So empfiehlt er unter anderem, „notfalls Revolten“ an den Schulen zu inszenieren, „Mut zur Autorität“ zu haben und die Kinder nicht auch noch zu Hause zu verhät-scheln.

Das Buch atmet von der ersten bis zur letzten Zeile jenen mittlerweile selten gewordenen gesunden Menschenverstand, den eigentlich jeder Pädagoge haben sollte. Und genau deshalb wird Kraus nun von phrasendreschenden Politikern wie Hubertus Heil, lange Zeit stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Bildung und Forschung, angegangen: „Bei allem Respekt vor Herrn Kraus, die Welt hat sich weitergedreht“, giftete Heil im Deutschlandfunk. Ja, in der Tat: Davon zeugen nicht zuletzt die „Volksvertreter“, welche ihren Doktortitel durch Betrug erwarben – darunter auch Uwe Brinkmann, vormals Chef der SPD-Jugend in Hamburg und sicher ein „leuch-tendes Vorbild“ für sämtliche Schüler der Hansestadt. *Wolfgang Kaufmann*

***Josef Kraus: „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt. Und was Eltern jetzt wissen müssen“**, F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung, München 2017, gebunden, 267 Seiten, 22 Euro*



Hommage an eine Stadt

Danzig in Bild und Text

Die Hansestadt Danzig blickt auf eine bewegte Geschichte zurück, in der Deutsche und Polen stets eine Rolle gespielt haben.

Der kleinformatige Bildband „Einst und Jetzt. Danzig/Gdansk“ greift diese deutsch-polnische Verbindung auf und stellt zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandene Fotografien den entsprechenden heutigen Ansichten gegenüber. Das Buch ist in einer von der „Märkischen Oderzeitung“ herausgegebenen Buchreihe erschienen. Der Herausgeber Frank Mangelsdorf ist Chefredakteur der Zeitung. Danzig, heute die sechstgrößte Stadt der Republik Polen, als Symbol für ein offenes Europa darzustellen, sei ein besonderes Anliegen der Redaktion, schreibt Mangelsdorf in seinem Vorwort.

Beginnend mit dem Hohen Tor werden dem Leser die Sehenswürdigkeiten der Stadt einst und jetzt vorgestellt. Der Begleittext erzählt etwas zur Geschichte und Bedeutung des jeweiligen Bauwerks. Daneben finden auch typische Danziger Spezialitäten wie das berühmte Goldwasser Erwähnung, und werden Fischfrauen von damals und heute gewürdigt.

Da der Text gemäß der Intention, den europäischen Charakter Danzigs hervorzuheben, zweisprachig abgefasst ist, dürfte das ansprechende Buch auch polnische Leser erfreuen. *M. Rosenthal-Kappi*

***Frank Mangelsdorf (Hg.): „Einst und Jetzt. Danzig/Gdansk“**, Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2017, deutsch-polnisch, gebunden, 95 Seiten, 16,99 Euro*

MELDUNGEN

Kollektivschuld für Zuwanderer

München – Arme Immigranten: Der Schriftsteller und Orientalist Navid Kermani forderte bei einer Feierstunde am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur auch Zugewanderte aus anderen Kulturkreisen auf, die Last zu tragen, ein Deutscher zu sein. Forderung Nummer Zwei: Die Erinnerung an Auschwitz müsse mit allen Mitteln auch über die Lebenszeit der Zeitzeugen hinaus aufrechterhalten werden, so der iranisch-stämmige Kermani. *FH*

Ungeforderte Schüler?

Berlin – Lehrer erwarten von Kindern aus türkischen und arabischstämmigen Einwandererfamilien weniger als von ihren Klassenkameraden. Das zeigte eine Studie des Sachverständigenrates Deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Die zuwanderungsfreundliche Organisation fordert Lehrer jetzt auf, sich verstärkt um diese Schüler zu kümmern und mehr von ihnen zu fordern. Warum die Lehrer sich so verhalten, wurde nicht abgefragt. *FH*

ZUR PERSON

Anwalt der schwarzen Meute

Als Chaoten beim G 20 die Hamburger Straße Schulterblatt verwüsteten, stand die Rote Flora dort wie ein Fels in der Brandung. Von hier ging mutmaßlich die linksextreme Gewalt aus, die zu Brandschatzungen, Geschäfts-Plünderungen und Angriffen gegen die Polizei führten.

Jetzt muss das Gebäude einen Angriff von erbosten Anwohnern und Politikern abwehren. Die Rote Flora sei „Biotop und Keimzelle des Linksextremismus" und müsse dicht gemacht werden, forderte der Hamburger CDU-Fraktionschef André Trepoll.

Einer, der das verhindern will, ist der Autonomen-Sprecher und Chefplaner der G20-Proteste, **Andreas Beuth**. Als Anwalt, der alle juristischen Kniffe kennt und schon vielen angeklagten Anarchisten zum Freispruch verholfen hat, steht der 64-Jährige jetzt selbst in der Defensive. Grund ist seine Äußerung, wonach er „gewisse Sympathien" für Gewaltaktionen hege, „aber doch bitte nicht im eigenen Viertel, wo wir wohnen. Also warum nicht in Pöseldorf oder Blankenese?"


Bild: pa

Später distanzierte er sich von dieser Aussage und bot an, obwohl man nicht reich sei, finanzielle Hilfe für die stark betroffenen Geschäfte zu leisten, etwa durch ein Solidaritätskonzert.

Das wäre eine Verzweiflungstat, würde das doch nur erneut die schwarze Meute anlocken. Und es zeigt, dass Beuth bei der Rettung der Roten Flora mit dem Rücken an der Wand steht. Das 1889 als Theater eröffnete Gebäude wurde 100 Jahre später von Autonomen besetzt. Sie wollten den Abriss zugunsten eines neuen Musicaltheaters verhindern, das sie als Fremdkörper im links-alternativen Stadtteil ansahen. Nach zahlreichen gewalttätigen und politischen Exzessen um das besetzte Haus erwarb es 2014 der SPD-Senat für 820 000 Euro. Jetzt muss sich zeigen, ob Bürgermeister Olaf Scholz den Mumm besitzt, Beuth und seine Kumpanen aus dem Haus zu jagen. *H. Tews*



Die Schande von Hamburg

Warum Kriminelle eine Stadt übernehmen, was der Schwarze Block wirklich will, und wo die Anarchisten untertauchen / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Die dämlichste Frage lautet: Warum? Warum ließ Hamburg sich zerlegen? Die nicht minder dämliche Antwort lautet: Darum! Kinder fragen und antworten so. Kinder dürfen das. Erwachsene auch, denn „Darum" ist nach den Chaosnächten von Hamburg die einzige Antwort. Es gibt keine Begründung für die Gewalt mit Ansage, außer dass diese Gewaltorgie geplant und gewollt war. So, wie sie immer gewollt wird von linksradikalen Kriminellen, die sich mal Kommunisten, mal Anarchisten, mal Autonome nennen, die wechselweise zur „Interventionistischen Linken", zum „Ums Ganze"-Bündnis", zur „Autonomen Antifa", zum „Fast Forward", zum „Revolutionären Aufbau Waterkant" oder wie sie alle noch heißen mögen zählen. Sie wollen Gewalt um der Gewalt willen. Jeder weiß das. Oder könnte es doch wissen. Schließlich war Hamburg nicht der erste Gipfel, den sie stürmten. Immer vereint unter dem Motto: „Staat, Nation, Kapital – Scheiße". Denn: „Wir wollen keinen sozialeren Kapitalismus, sondern gar keinen!"

Die Absichten sind bekannt, die Täter sind bekannt. Und doch wird vorher so getan, als lasse sich ein Gewaltausbruch durch einen Streifenpolizisten mit Basecap und Sommerhemd vermeiden, wenn man ihn nur als Deeskalations-Beamten deklariert. Offenbar gehört das Recht auf Randale zu den schützenswerten Gütern.

Die Taktik der reisenden Linkskriminellen ist ebenso bekannt wie ihre Absicht. Sie tauchen unter in den Demos der Wohlmeinenden vom linken Rand der Couch, der Kirchen, der Gewerkschaften, der Kulturschaffenden und Artverwandten. Unter all denen, die ihr Herzensanliegen auf die Straße tragen: Hamburg ist bunt, Hamburg ist weltoffen. Aber ein Schwarzer Block ist nicht bunt. Für den sind das Sprechblasen linker Softies, die ihnen den roten Teppich ausrollen.

Linkskriminelle tarnen sich als linke Softies. Poloshirt, bunte Hose, netter Junge (manchmal auch Mädchen). Erst wenn es losgehen soll, wird die bunte Tarnung gegen die schwarze Tarnung gewechselt, dann steht da geschlossen ein Schwarzer Block. Jeder weiß, dass das passieren wird. Und jeder weiß, was dann passieren wird: Die Polizei untersagt die Vermummung. Ohne Erfolg, auch das ist bekannt. Denn der schwarz Vermummte, der eben noch ein netter Junge war (oder Mädchen) weiß, was von ihm erwartet wird. Oft genug wurde das geplant und geübt. Denn die eigentlichen Täter sind ja nicht fehlgeleitete, naive Wirrköpfe. Die strategische Planung machen Leute, so zwischen 40 und 50 Jahre alt, die haben ihre Erfahrungen von Gipfel zu Gipfel gesammelt.

Warum wird nicht genauer hingehört, wenn ein Strippenzieher gespreizt erklärt, das Verhältnis zum Staat, zu den Bullen, sei „ganz klar antagonistisch". Staat und Polizei sind also Gegner. Man setze auf „Selbstermächtigung", „massenhaften Ungehorsam" und „die Nichtanerkennung des staatlichen Gewaltmonopols". Man wolle den revolutionären Bruch, „natürlich auch mit den dazugehörenden Formen der bürgerlichen Demokratie". Noch Fragen? Wo sind die „wehrhaften Demokraten", wenn so etwas in aller Öffentlichkeit gefaselt wird? Warum wird eine eindeutige Kampfansage nicht zur Kenntnis genommen? Man muss noch nicht einmal die Anfängerschulung beim Bundesnachrichtendienst besuchen, um auf solche Texte zu stoßen. Sie sind öffentlich.

> **Wofür musste sich die Stadt zerlegen lassen? Weil es gut war, miteinander zu reden**

Urheber solcher Drohungen demonstrieren gerne Seit' an Seit' mit Kirchen, Gewerkschaften und Kunstschaffenden, ganz vorne, wo die Prominenz läuft. Die linksgestrickte Schickeria, die wohlwollend alternative Schonräume pflegt, findet ein bisschen Revoluzzertum chic. Keine der zum G 20-Gipfel angekündigten Demos wurde so häufig und genüsslich beim Namen genannt wie „Wellcome to hell". Das war doch mal originell. „Willkommen in der Hölle" klang so schön gruselig. Jetzt, nachdem es gebrannt hat – ausgerechnet vor allem im versifften Wohnzimmer der Roten Flora – jetzt, nachdem die Randalierer dort wie die Teufel tobten, jetzt erst dämmert vielen alternativen Sympathisanten, was mit dem Motto angekündigt, ordentlich angemeldet und genehmigt wurde.

Verdächtigen wir nicht die Falschen? Schneller als die Stadtreinigung rund um die Rote Flora aufräumen konnte, wurden wir mit Analysen beglückt, die uns nachdenklich machen sollten. Dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Ralf Stegner verdanken wir die Erkenntnis, dass nur mit „rechter Gesinnung" Gewalt wie in Hamburg möglich sei. Also wüteten im Schanzenviertel wieder mal so was Ähnliches wie Neo-Nazis. Falsch, sagt die Chefin der Linken, Katja Kipping, es war die Polizei. Die ist für Kipping sicher auch schon fast Neo-Nazi. Jedenfalls, sagte sie, sei die Polizei marodierend durch die Stadt gezogen und habe Menschen schikaniert, die ein Bier trinken wollten. Wirklich, Volksvertreter mit solchen Ansichten sollten uns nachdenklich machen.

Hätte man damit rechnen können, dass binnen Stunden Teile Hamburgs Szenen wie im Bürgerkrieg erleben würden? Bürgermeister Olaf Scholz hat das weggelächelt. Der Gipfel werde nicht viel mehr Aufregung in die Stadt bringen als der Hafengeburtstag, hatte er gesagt. Am Ende werde die Stadt stolz sein. Noch am Tag, bevor der Mob losschlug, hatte er die Ortswahl damit begründet, der Gipfel benötige die große Stadt, um zigtausend Delegierte und Journalisten zu beherbergen. Nun könnte man fragen, ob zigtausend Delegierte und Journalisten überhaupt untergebracht werden müssen, ob nicht allein in der großen Zahl der Misserfolg programmiert ist. Aber das ist ein anderes Thema. Jetzt stand Olaf Scholz inmitten seines Trümmerhaufens und stammelte hilflos in einer Videobotschaft: „Ich appelliere an die Gewalttäter, mit ihrem Tun aufzuhören und sich zurückzuziehen." Die verehrten Herren und Damen Gewalttäter haben sich gewiss sehr beeindruckt gezeigt. Arme, stolze Stadt Hamburg.

Udo Lindenberg war cleverer. Der hatte seine Bude im Hotel Atlantic geräumt, bevor Angela Merkel kam. Von anderen Gipfeltreffen wusste er, was da auf ihn zukommt. Da nahm er lieber rechtzeitig Reißaus und hinterließ die Empfehlung, Helgoland wäre ein sehr viel besserer Ort für das G 20-Treffen. Dem wäre nicht zu widersprechen. Noch sehr viel besser wären allerdings die Zentrale Sahara oder der Große Salzsee in Utah/USA geeignet. Mit etwas gutem Willen ließen sich etliche prima Alternativen entdecken.

Nach dem linkskriminellen Event beförderte ein Sonderzug die erschöpften, aber sicherlich hochbeglückten Randalierer zurück in die Heimat. Einige wenige Plätze blieben vermutlich frei. Denn es hatte Festnahmen gegeben. Wenn auch nur einige wenige. Denn das mit der Festnahme ist nicht so einfach. Entweder es muss eine Videoaufnahme vorhanden sein – und woher soll man die wohl nehmen, wenn doch so gut wie gar nicht gefilmt wurde? – oder jemand muss bei einer Plünderung beobachtet worden sein. Ja, und woher soll der Zeuge kommen, wenn es rundum keine Gaffer, geschweige denn Polizisten gegeben hat? Nein, einfach ist das nicht. Auch nicht, wenn schwarz vermummte Gestalten lässig, ach was, seelenruhig durch Wohnstraßen ziehen und hier und dort ein Auto abfakkeln. Da kann man leider nichts machen.

Wenn sich die eingangs gestellte Frage nach dem „Warum" nicht beantworten lässt, dann vielleicht doch wenigstens die Frage nach dem „Wofür". Wofür musste sich die Stadt zerlegen lassen? Weil es gut war, miteinander zu reden. Und etwas weniger übereinander. Das ist von Gipfel zu Gipfel der schwindsüchtige Ertrag, egal, wie viele Girlanden notdürftig drum herum gestrickt werden. Ein Ignorant, wer meint, das sei nicht jeden Preis wert.

MEINUNGEN

Münchens ehemaliger Oberbürgermeister ***Christian Ude*** *(SPD) nimmt im „Spiegel"-Interview (1. Juli)* ***Donald Trump*** *in Schutz:*

„Mich ärgert auch die Überheblichkeit, mit der viele Deutsche den Bau der Mauer zwischen Mexiko und den USA verurteilen. Wie unterscheidet sich denn Europas Flüchtlingspolitik in der Zielsetzung von Donald Trumps Abschottungsversuchen? Mehr Selbstkritik wäre angebracht. Es wird lange dauern, bis an der mexikanischen Grenze mehr Menschen gestorben sind als im Mittelmeer ertrunken."

Heribert Schwan*, Helmut Kohls Ghostwriter, – 2009 im Streit mit ihm geschieden – spekuliert in der „FAZ" (6. Juli) über die letzten Jahre des Altbundeskanzlers:*

„Es bleibt die Ungewissheit, ob Helmut Kohl es vielleicht doch so gewollt hat, seiner zweiten Frau Maike Kohl-Richter zuliebe, oder ob er in Oggersheim in der Falle saß und nicht mehr rauskonnte."

Der Diplom-Ingenieur ***Frank Hennig*** *wundert sich in* „Tichys Einblick" *(5. Juli) über* ***nationale Klimapläne:***

„Im Ergebnis des Weltklimagipfels in Paris 2016 sind die Unterzeichnerstaaten aufgerufen, ihre nationalen Klimapläne einzureichen. Kann man Klima planen? Das Wetter kann man vorhersagen. Kann man Wetter planen? Dazu müsste man gezielt Einfluss nehmen und es auf Wunsch gestalten können. Abgesehen von bisher angewandten Techniken wie das Impfen von Wolken mit Silberjodid, um regional Niederschläge auszulösen, sind praktische Verfahren dazu eher nicht bekannt. Abgesehen von zauberhafter Hilfe von Feen, Hexen oder Zwergen, die aber nur im Geltungsbereich der Werke der Brüder Grimm und Kollegen tätig sind. Die Fähigkeiten der uns Regierenden reichen erwiesenermaßen nicht aus, einen Flughafen in vertretbarem Zeit- und Kostenrahmen zu bauen oder die Landesgrenzen zu kontrollieren (Ausnahme: G 7-Gipfel in Elmau oder G 20-Gipfel in Hamburg). Das Wetter indes so beeinflussen zu können, dass eine globale Erwärmung am Ende des Jahrhunderts ein bestimmtes Maß nicht übersteigt, diese mithin gottähnliche Fähigkeit schreiben sie sich allen Ernstes zu."

EU-Kommissionspräsident ***Jean-Claude Juncker*** *hatte am 4. Juli einen seltenen* ***Moment der Wahrheit****. Als nur 30 von 751 Abgeordneten des EU-Parlaments in Brüssel zu einer Rede des maltesischen Ministerpräsidenten erschienen, rief er wild gestikulierend in sein Mikrofon:*

„Sie sind lächerlich. Das Europaparlament ist lächerlich, sehr lächerlich."

Kai Gniffke*, ARD-Chefredakteur, entdeckt im Interview des Medien-Magazins „Der Journalist" auf die tendenziöse Trump-Berichterstattung der ARD angesprochen hochüberraschend sein* ***Berufsethos:***

„Wir haben uns nicht zu positionieren, sondern nur nüchtern zu beschreiben, wie sich Trumps Politik unter Berücksichtigung aller Fakten darstellt. Wir sollten den Teufel tun, unserem Publikum zu sagen, was es zu denken hat. Auch nicht zwischen den Zeilen. Das wäre das Ende unserer Glaubwürdigkeit und ehrlich gesagt auch das Gegenteil von dem, was ich unter einem guten Journalismus verstehe."